

ENERGIEDEPESCHE

INFORMATIONEN FÜR ENERGIEVERBRAUCHER

Dezember 2010 | 24. Jahrgang | 4 | 10

Bund der Energieverbraucher e.V.



BREITER PROTEST GEGEN ENERGIEKURS DER REGIERUNG

Vier Gewinnen – Millionen verlieren

WEGWEISER UND HILFE

Kampf gegen den Schimmel

WER MIT WEM

Verflechtungen der Energiewirtschaft

HERMANN SCHEER

Das grüne Vermächtnis



Liebe Leserinnen und Leser

Die Laufzeitverlängerung und das sogenannte Energiekonzept der Bundesregierung sind Themen, die uns stark bewegen. Ebenso erschüttert hat uns der plötzliche und viel zu frühe Tod von Hermann Scheer. Er war der Vater des Solarzeitalters, er wird uns sehr fehlen. Seine Gedanken stehen in besonders krassem Gegensatz zu dem, was der Bundestag nun beschlossen hat. „Vier gewinnen, Millionen verlieren“, so titelten 50 Stadtwerke in einer Anzeige gegen die Laufzeitverlängerung (Seite 18). „Das herrschende Energiesystem, das sich auf die Altenergien stützt, verkörpert zwar die einflussreichste wirtschaftliche Macht auf dem Globus, aber in Wahrheit ist es schon „erledigt“ – offen ist allerdings, ob die Menschheit mit erledigt sein wird“, schrieb Scheer bereits vor 15 Jahren in seinem Buch „Sonnenstrategie“. In seinem letzten Werk „Der energetische Imperativ“ hat er noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig ein rascher Umstieg ist. Eine Zusammenfassung finden Sie auf Seite 26.

Warum ist der Ausstieg aus der Atomenergie und der Wechsel zu den Erneuerbaren nicht längst beschlossene Sache? Ein Grund sind die vielfältigen Verflechtungen der Energiewirtschaft, deren Krakenarme weit in die Politik reichen. Lutz Mez belegt dies mit aktuellen Beispielen und einem Verflechtungsdiagramm (Seite 22).

Die Zeche zahlen die Verbraucher – und angesichts der ständig wachsenden Energiepreise versuchen viele, die Heizkosten zu drosseln. Doch niedrige Temperaturen und mangelndes Lüften begünstigen die Bildung von Schimmel. Ist auch Ihre Wohnung gefährdet? Unsere Anti-Schimmel-Box mit dem Feuchtemesser zeigt Ihr Risiko an. Diese Box mit nützlichen Utensilien, um Schimmelpilzbildung auf die Spur zu kommen, können Sie als Mitglied kostenlos bei uns ausleihen. Die ganze Schimmel-Story lesen Sie hier auf Seite 10.

Sie sehen: Ihre Mitgliedschaft lohnt sich! Auch in dieser Ausgabe helfen wir Ihnen, bares Geld zu sparen. Auf Seite 14 lesen Sie zum Beispiel, worauf Ölkunden bei der Lieferung achten müssen, um nicht zu viel zu bezahlen. Wie Sie Stromfresser ausfindig machen und ihrem Elektrizitätshunger Einhalt gebieten, erfahren Sie auf Seite 36. Und sollten Sie im Besitz einer Stromheizung sein, könnten Sie zu den 530.000 glücklichen Kunden gehören, die Geld zurück bekommen (Seite 21).

Allen Lesern und Leserinnen wünsche ich viel Vergnügen mit diesem Heft und eine schöne Advents- und Weihnachtszeit!

Arbet Pöhl



10 Schimmel: Analyse und praktische Hilfe für Mitglieder



22 Verflechtungen in der Energie-
wirtschaft: Eine aktuelle Bestandsaufnahme



26 Hermann Scheer: Anleitung zur Energie-Revolution – das Vermächtnis des Vordenkers

AKTUELLES

- 4 Beim Schütteln Strom
Fehlender Wettbewerb kostet
Milliarden
- 5 CO₂-Emissionen: Einfluss der
Finanzkrise
Carrotmobs: Konsum für
den Umweltschutz
Kernkraft: 304 Milliarden Euro vom Staat
- 6 Peak Oil 2006: Jetzt Heizöl kaufen
Ossis zahlen mehr
- 7 Caritas-Check: Erfolg auf der
ganzen Linie
Zwangsgeld gegen *E.on edis*

ENERGIEPROTEST

- 8 „Kopf oder Zahl“ – Wie riskant sind
Rückforderungsprozesse?
Regionalgas Euskirchen muss
rückerstatten
- 9 EWE-Streit bleibt spannend

ZUHAUSE

- 10 Alarm an der Zimmerdecke:
Schimmelpilze in Aktion
- 13 Wenn der Feger zweimal klingelt
- 14 Tipps fürs Öl-Tanken
- 16 Leserbrief

UMWELTPOLITIK

- 18 Das Energie-Debakel
- 21 Heizstrom: Marköffnung per Dekret
- 22 Der lange Arm der Energiewirtschaft
- 26 Hermann Scheer: Anleitung zur
Energie-Revolution

ENERGIEBEZUG

- 30 Erneuerbare als Sündenbock
Online-Kaufgemeinschaften
- 31 RWE-Abrechnungen mit Fehlern
Teldafax: Wirbel um Billiganbieter
Günstige Gasanbieter

ENERGIEBEZUG

- 32 Der grüne Trend
Eigenverbrauch günstiger?
- 33 Energie-Ernte im Flug
Sonnige Kühlung
- 34 Windige Geldanlagen?
- 35 Flüssiggasfirmen vor dem OLG:
„Sie niveauloser Kerl“

ZUHAUSE

- 36 Der Stromzähler im Wohnzimmer
- 38 Netzspannung und Verbrauch
- 39 Wenn Mieter nachrechnen

INTERN

- 40 Mein energieverbraucher.de
Hauptversammlung
Kooperation mit Holzleitner
- 41 Service
- 42 Vor-Ort-Beratung
- 43 Bücher, Veranstaltungen

Die *Energiedepesche* erscheint vierteljährlich.

Einzelheft

5,00 Euro inkl. MWSt.
Abo für 4 Hefte inkl. Versandkosten:
22 Euro
Für Mitglieder ist der Bezug
im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber

Bund der Energieverbraucher e. V.
Frankfurter Straße 1, 53572 Unkel
Tel.: 02224.9227-0 | Fax: 02224.10321
redaktion@energiedepesche.de
www.energieverbraucher.de
Postgiro Köln, Kto 17573-508
BLZ 370 100 50

Redaktion u.v.i.S.d.P.

Dr. Aribert Peters

Redaktionsschluss

18. November 2010

Mitarbeiter dieses Hefts

Leonora Holling, Dr. Lutz Mez,
Dr. Aribert Peters, Oliver Stens

Grafisches Konzept

Oliver Kleinschmidt, Berlin
www.buero-kleinschmidt.de

Layout

DesignBüro Blümling, Köln
mail@bluemlingdesign.de

Bildnachweis

Julia Bidder; Martin Frey; TFA
Dostmann; Dr. Aribert Peters;
Pixelio.de: Claudia Hautumm,
jokerbomber, Peter Reinäcker,
JUREC, Andrea Kusajda, Edith
Ochs, Gerd Altmann, Grey59,
Peter Kirchhoff, Dagmar Zechel;
istock; Holzleitner; Fotolia.de:
iMAGINE; Photocase.de: kallejipp,
C-PROMO

Gesamtbeilage: **TFA Dostmann**

Anzeigenleitung

BigBen Reklamebüro
Tel.: 04293.890 89 0
Fax: 04293.890 89 29
br@bb-rb.de
www.bb-rb.de/energiedepesche

Druck

Krahe Druck GmbH, Unkel
www.krahe-druck.de

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

ISSN 0933-8055

Vertriebskz: Z 2045 F

Nachdruck oder Vervielfältigung, auch
auszugsweise, nur mit ausdrücklicher
Genehmigung des Herausgebers.

Beim Schütteln Strom

Licht im Handumdrehen: Schon länger gibt es Taschenlampen, die durch Schütteln aufgeladen werden. 30 Sekunden Schütteln reichen für bis zu acht Minuten Licht. Kostenpunkt: ab fünf Euro.

Künftig sollen sich auch Batterien durch Schütteln aufladen lassen: Vier bis acht ruckartige Bewegungen pro Sekunde erzeugen über einen Doppelschicht-Kondensator in einem Induktionsgenerator zehn bis 180 Milliwatt. Entwickler sind die Firma *Brother* sowie der Hersteller *Mintpass*.

Gedacht ist diese Form der Akkus für Geräte, die nur gelegentlich benutzt werden oder einen sehr geringen Energieverbrauch haben. Denkbar wäre ein Einsatz zum Beispiel in Fernbedienungen.

Wissenschaftler versus Iter

Namhafte Wissenschaftler fordern den Verzicht auf den *International Thermonuclear Experimental Reactor (Iter)*.

Das im südfranzösischen Cadarache geplante Versuchsprojekt sei weit von einem Prototyp entfernt und unerschwinglich. Die Tatsache, dass die Baukosten von geplanten fünf auf 15 Milliarden Euro gestiegen seien, gefährde viele andere wichtigere Forschungsprojekte.

An dem Kernfusionsreaktor sind neben den Europäern, die 45 Prozent halten, auch China, Indien, Japan, Südkorea, Russland und die USA beteiligt. Die EU hatte vor Kurzem beschlossen, bis zu 6,6 Milliarden Euro zu investieren.



Strenger Winter lässt Heizkosten steigen

Nach Angaben des Eschborner Energiedienstleisters *Techem GmbH* sind die jährlichen Heiz- und Warmwasserkosten für eine mit Heizöl versorgte 80 Quadratmeter große Wohnung um rund 18 Prozent von bundesdurchschnittlich 910 Euro in der Saison 2007/8 auf 1074 Euro in 2008/9 gestiegen. Ein Grund sei der witterungsbedingte Verbrauchsanstieg, so *Techem*. Bei Heizöl lag der Wert für 2008/9 bei durchschnittlich 14,6 Liter pro Quadratmeter etwa 1,2 Liter höher als in der Heizperiode 2007/8. Ein zweiter Grund seien höhere Brennstoffkosten: Die Energiepreise für Heizöl und Erdgas hätten von der Saison 2007/8 auf 2008/9 um durchschnittlich elf Prozent zugelegt. Außerdem seien die Nebenkosten für den Betrieb der Heizungsanlage gestiegen. *Techem* analysierte für die Erhebung die Daten von 331.209 Wohnungen in 63.314 Mehrfamilienhäusern in Deutschland.

STROM

Fehlender Wettbewerb kostet Millionen



Eine aktuelle Studie der *Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes* kommt zu dem Schluss, dass fehlender Wettbewerb auf dem deutschen Strommarkt *E.on*, *RWE* und *EnBW* seit 2002 mehr als 100 Milliarden Euro Rekordgewinne beschert hat. So gut und nachhaltig wird in keiner anderen Branche verdient – von der Wirtschaftskrise war dort keine Spur! Natürlich hat *E.on* sofort eine Gegenstudie bei *Frontier Economics* in Auftrag gegeben, die die vorliegenden Zahlen relativierte. Credo: Die marktbeherrschende Position gäbe es schon lange nicht

fordert daher die rote Karte für Marktbeherrscher und fordert alle Energiekunden zum Versorgerwechsel auf. „Der Druck muss von unten kommen. Wir sind die Kunden“, so der Vereinsvorsitzende Dr. Aribert Peters.

Spitzengehälter für Energiemanager

Unterdessen zeigt die Studie „Managergehälter 2010“ des *Kölner Bundesanzeigers*, dass die Manager von Energieversorgern mit ihrem Gehalt an der Spitze liegen. Für die Analyse wurden 239 börsennotierte Unternehmen untersucht. Da-

Unternehmen	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
E.on	142	5.856	5.533	6.829	5.240	10.114	4.150	13.793
RWE	5.049	5.018	6.143	5.157	5.526	6.147	6.023	7.328
EnBW	577	-389	1.250	1.381	1.534	1.682	1.691	1.915
Summe	5.768	10.485	12.926	13.367	12.300	17.943	11.864	23.036

Entwicklung der Konzerngewinne zwischen 2002 und 2009, Gewinnangaben in Mio. €

Quelle: Studie Stromwatch 3: Energiekonzerne in Deutschland von Prof. Leprich und Prof. Junke

mehr. Allerdings stellt das Gegengutachten die Milliardengewinne nicht in Frage. Macht im Durchschnitt pro Tag 40 Millionen Euro. Jedes Unternehmen muss Gewinne machen, keine Frage. Aber es darf die Frage gestellt werden, weshalb es – seit vielen Jahren – täglich 40 Millionen sein müssen – die wir alle mehr in der Tasche hätten, wenn der Wettbewerb besser funktionieren würde. Der *Bund der Energieverbraucher*

nach erhalten die Vorstandschefs im Branchendurchschnitt 1,2 Millionen Euro im Jahr, während sich die Bosse der Energieversorger über ein Salär von im Schnitt vier Millionen Euro freuen konnten. Die übrigen Vorstandsmitglieder erhielten immerhin noch 2,2 Millionen Euro. Selbst Chefs von Banken, Versicherungen und Pharmakonzernen lagen deutlich unter dem Gehalt der Energiemanager.

CO₂-EMISSIONEN

Der Einfluss der Finanzkrise

Die anthropogenen CO₂-Emissionen haben zwischen 1990 und 2009 um 35 Prozent zugenommen. Zwischen 2008 und 2009 fand allerdings ein Rückgang um 1,3 Prozent statt. Ohne China hätte der Anstieg seit 1990 nur 14,4 Prozent betragen. Rechnet man die CO₂-Ausstöße der Volksrepublik aus der Bilanz heraus, würde der Rückgang zwischen 2008 und 2009 sogar 4,1 Prozent betragen. China verursachte 2009 allein 23 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen und damit deutlich mehr als die USA und doppelt so viel wie die ganze EU. Betrachtet man allein die

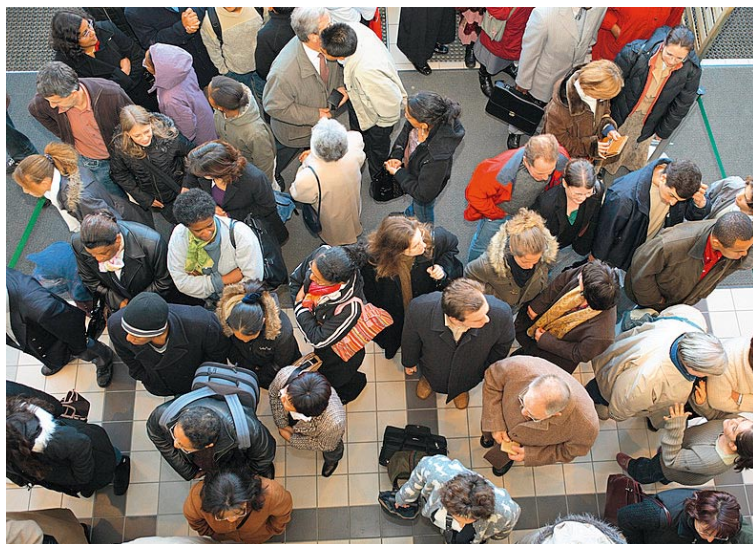
EU, dann haben sich dort die CO₂-Emissionen seit 1990 um 13 Prozent verringert. Allein zwischen 2008 und 2009 war ein Rückgang um 6,4 Prozent zu verzeichnen. Deutschland hat seine CO₂-Emissionen seit 1990 um 29 Prozent vermindert und seit 2008 um 8,4 Prozent.

Ursache für den Emissionsrückgang zwischen 2008 und 2009 waren jedoch weniger klimapolitische Maßnahmen, sondern die schwerwiegende wirtschaftliche Krise.

Das hat der Wissenschaftler Hans-Joachim Ziesing ermittelt (ET 60 (2010), Heft 9, S. 76-87).

CARROTMOBS

Konsum für den Umweltschutz



Am 21. Oktober 2010 lag der Klimaschutz direkt in den Händen der Verbraucher: In Hamburg, München, Passau und Lüneburg fanden jeweils so genannte Carrotmobs statt. Darunter versteht man das Gegenteil eines Boykotts: Menschen versammeln sich gezielt, um in einem bestimmten Geschäft gemeinsam zu konsumieren.

Dafür verpflichtet sich der Betreiber, einen bestimmten Prozentsatz des Umsatzes in den klimafreund-

lichen Umbau seines Geschäfts zu investieren. Energieberater haben die Einsparpotenziale in ausgewählten Läden untersucht. Je lauter die Kasse am Stichtag klingelte, desto mehr geplante Maßnahmen wurden umgesetzt. Der vom Studentennetzwerk *sneep* organisierte Carrotmob-Tag war eine europaweite Premiere: Nie zuvor hat eine derartige Aktion an so vielen Orten gleichzeitig stattgefunden.

STEUERN

Erneuerbare lassen Kassen klingeln

Der dezentrale Ausbau erneuerbarer Energien sorgt weiterhin für Beschäftigung, Einkommen und beschert den kommunalen Kassen zusätzliche Steuereinnahmen: Auf 8,9 Milliarden Euro beziffert das Institut für ökologische Wirtschafts-

forschung (IÖW) diese Wertschöpfungseffekte für das kommende Jahr. Dazu steuern Ökostrom-Kraftwerke rund 7,5 Milliarden Euro bei, Anlagen zur Wärme- und Kraftstofferzeugung jeweils rund 740 Millionen Euro.

Entwicklung der kommunalen Wertschöpfung durch erneuerbare Energien



* Berechnung auf Basis Zubauprognose des BEE

Quelle: IÖW; Stand: 10/10; www.unendlich-viel-energie.de, © Agentur für Erneuerbare Energien

KERNKRAFT-SUBVENTIONEN

304 Milliarden Euro Stütze vom Staat

Die Nutzung der Kernenergie in Deutschland kostet die Bundesbürger 304 Milliarden staatliche Förderung: Von 1950 bis 2010 seien mindestens 204 Milliarden Euro staatliche Fördermittel geflossen. Weitere 100 Milliarden Euro kämen künftig auch ohne die geplante Laufzeitverlängerung noch dazu, so eine Studie des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag von Greenpeace.

Dazu zählen direkte Finanzhilfen des Bundes wie Forschungsförderung, Kosten für die Atommüllendlager Asse II und Morsleben oder die Stilllegung der ostdeutschen Meiler, Steuervergünstigungen in der Energiebesteuerung und durch die Regelungen bei den Entsorgungsrückstellungen sowie Zusatzeinnahmen

durch den Emissionshandel. Jede Kilowattstunde Atomstrom werde so mit mindestens 4,3 Cent subventioniert – das ist mehr als die EEG-Umlage 2011, so Greenpeace. Kernkraft sei nicht nur die gefährlichste, sondern auch die teuerste Form der Stromerzeugung.

Bei einer fairen Berechnung der Strompreise wären viele Anlagen der erneuerbaren Energien bereits heute ohne Förderung konkurrenzfähig. Die Regierung führe in ihren Subventionsberichten nur Atomsubventionen von rund 200 Millionen Euro bis 2010 auf, weil sie die Förderatbestände nicht berücksichtige.

http://gpurl.de/Studie_Atomsubventionen

Russland beliefert China mit Öl und Gas

China und Russland haben mit der Einweihung einer Öl-Pipeline eine langfristige Zusammenarbeit in Energiefragen besiegelt. Über die neue Pipeline vom östlichen Sibirien ins nordostchinesische Daqing wird in den nächsten 20 Jahren russisches Öl nach China transportiert, ab 2011 pro Jahr rund 15 Millionen Tonnen. Russland bekommt im Gegenzug Anleihen von umgerechnet 18,6 Milliarden Euro.

Beim Gas will Russland ab 2015 über 30 Jahre lang 31,5 Milliarden Kubikmeter über eine neue Pipeline nach China liefern.

Die Preisverhandlungen dazu zwischen Gazprom und der chinesischen CNPC sollen bis Juli 2011 abgeschlossen sein. Die beiden Staaten beschließen außerdem ein umfangreiches Paket von Kooperationen bei Kernkraft und erneuerbaren Energien. So baut Rosatom für die Jiangsu Nuclear Power zwei Druckwasserreaktoren in Ostchina.

Ein- und Ausschalten per Funk

Wer einen neuen Lichtschalter installieren möchte, muss dazu keine neuen Leitungen mehr verlegen: Der Funktaster FT4F der Firma Eltako erzeugt allein aus der Energie des Tastendrucks genug Energie für ein Funksignal zur Lampe. Kostenpunkt: 58 Euro. Die Stiftung Warentest hat das System getestet (test 9/2010) und kommt zu dem Schluss, dass das System überzeugt und sich auch für die Altbauseanierung eignet.

Kartellamt soll Heizungsableser kontrollieren

Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz wirft Heizungsablesern zu hohe Preise vor und fordert ein Eingreifen des Bundeskartellamts. Nach Angaben der Verbraucherschützer haben drei Unternehmen 75 Prozent des Marktes unter sich aufgeteilt und erwirtschaften Gewinnmargen von bis zu 40 Prozent. Das Kartellamt müsse prüfen, ob dies nicht zu Missbrauch und überhöhten Preisen führe.

Ossis zahlen mehr

Wenn es um Energiekosten geht, müssen ostdeutsche Haushalte tiefer in die Tasche greifen als Wessis. Das liegt an den höheren Strom- und Gaspreisen sowie am durchschnittlich niedrigeren Einkommen in den neuen Bundesländern.

Laut dem Vergleichsportal Check 24 geben zum Beispiel Leipziger 9,5 Prozent ihres Einkommens für Strom und Gas aus und liegen damit bundesweit an der Spitze. Basis sind ein durchschnittliches Haushaltseinkommen von 1552 Euro netto und Energiekosten von 148 Euro.

München hat dagegen die niedrigste Energiequote: Bei monatlich 2138 Euro netto Haushaltseinkommen und Energiekosten von 114 Euro müssen Münchner 5,3 Prozent für Energiekosten aufwenden. Der bundesweite Durchschnitt beträgt 7,2 Prozent. Die in der Relation „teuersten“ Plätze nach Leipzig sind Gera und Jena, im Westen sind es Krefeld und Bremerhaven.

PEAK-OIL SCHON VORBEI

Jetzt Heizöl kaufen

Seit 2006 geht die weltweite Förderung konventionellen Öls zurück. Das hat jetzt die *Internationale Energieagentur* in ihrem *World Energy Outlook 2010* bestätigt.

Die Fördermenge konventionellen Erdöls werde nie wieder das Niveau von 2006 erreichen, so der Bericht. In der *Internationalen Energieagentur* haben sich 28 OECD-Länder zusammengeschlossen, um die Regierungsinteressen der größten „westlichen“ Energieverbraucherländer zu vertreten. Damit bestätigen sich Vorhersagen der *Energy Watch Group*. Im Gegensatz zur *Energy Watch Group* skizziert die IEA jedoch noch immer viel zu optimistische Erwartungen beim Ausbau der Förderung aus konventionellen und unkonventionellen Ölressourcen.

Der Bund der Energieverbraucher erwartet daher sowohl kurz- wie auch langfristig erhebliche Preissteigerungen für Öl. Denn wenn die verfügbaren Mengen sinken, kann die Nachfrage nur durch starke Preisanstiege reduziert werden. Anders ausgedrückt: Wenn nicht genug für alle da ist, bekommt der Meistbietende den Zuschlag. Je größer die Knappheit, umso höher steigt der Preis. Die von der IEA erwarteten Ölpreise von 113 Dollar je Barrel im Jahr 2035 wurden bereits im vergangenen Jahr überschritten. Seit den 80er-Jahren verbraucht die Menschheit mehr Öl, als neue Reserven entdeckt werden.



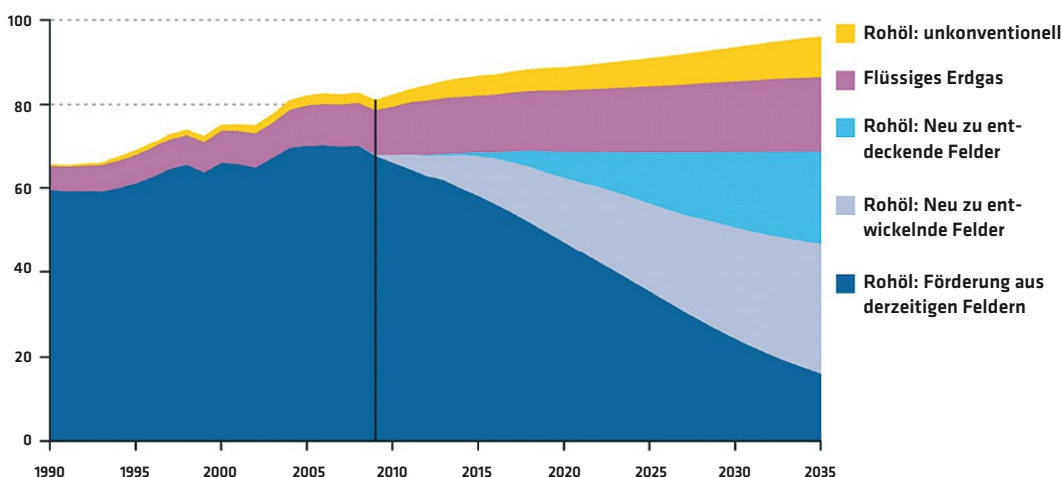
<http://tinyurl.com/ieafactsheet>

<http://tinyurl.com/ieagrafiken>

<http://tinyurl.com/preissteigerungen>

Weltölförderung

Millionen Barrel pro Tag



Quelle: IEA 2010

CARITAS-STROMSPAR-CHECK

Erfolg auf der ganzen Linie

Der Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte, den die Caritas und die Energie- und Klimaschutzagenturen bundesweit anbieten, übertrifft alle Erwartungen: Bezieher von Arbeitslosengeld II zahlten nach dem Check durchschnittlich 102 Euro weniger Stromkosten pro Jahr, die Empfänger von Wohngeld hätten ihre jährlichen Aufwendungen für Strom, Heizung und Warmwasser sogar um durchschnittlich 171 Euro reduzieren können.

Dies sind die zentralen Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation des Projekts, die die Forschungsstelle Umweltpolitik der FU Berlin im Auftrag der nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums vorgenommen hat. Die bisher-

gen Annahmen lagen rund zehn Prozent niedriger.

Bislang haben die rund 1.500 eigens geschulten Stromsparhelfer 33.000 Bezieher von Arbeitslosengeld II, Wohngeld oder Sozialhilfe in den vergangenen eineinhalb Jahren beraten und kostenlos Energiesparlampen, Steckerleisten, Sparduschköpfe und weitere Hilfsmittel zur Senkung der Strom- und Wasserkosten verteilt. Das Projekt soll 2011 fortgesetzt werden. Dazu würden weitere Geldgeber gesucht, hieß es. Für Energieversorger sei der Stromspar-Check eine hervorragende Möglichkeit, mit dem Thema „Energieschulden“ präventiv umzugehen und langwierige sowie kostspielige Mahnverfahren zu vermeiden.

HOCHSPANNUNGSLEITUNGEN

3.500-Kilometer-Loch im Netz?

Im deutschen Stromnetz fehlen 3.500 Kilometer Hochspannungsleitungen, heißt es in der zweiten Netzstudie der Deutschen Energie-Agentur (dena), die im November 2010 vorgestellt wurde. Um die Lücken bis 2020 zu schließen, müssten etwa sechs Milliarden Euro investiert werden, so die dena. Bei ihrer ersten Studie 2005 hatte die Agentur noch von einer Lücke von gerade mal 850 Kilometern gesprochen. Wegen des schnellen Ausbaus der erneuerbaren Ener-

gien sei dieser Wert überholt. Außerdem seien von den einst geforderten 850 Kilometern bislang weniger als 100 Kilometern realisiert worden.

Der Wiesbadener Prof. Lorenz Jarass hält die Ausbauzahlen der dena für unbewiesen. Er fordert absolute Priorität für Ökoenergie im Stromnetz.

KUNDENMONITOR

Energieversorger Dritttletzte

Die Langzeitstudie „Kundenmonitor Deutschland“ zeigt eine steigende Bedeutung des Verhältnisses von Preis und Leistung für das Kundurteil in der Mehrzahl der 30 untersuchten Branchen. Im Branchenvergleich landeten die Gasversorger mit einem Globalzufriedenheitswert von

2,53 knapp vor den Stromversorgern mit 2,54 auf dem drittletzten Platz. Ganz hinten rangieren die Fondsgesellschaften mit 2,80.

Mehr unter www.kundenmonitor.de

STROMVERBRAUCH

Netbook schlägt PC und Notebook

Wer sich beim Neukauf eines Computers für ein Notebook entscheidet, spart gegenüber einem vergleichbaren Stand-PC bis zu 70 Prozent Stromkosten, so die „Initiative EnergieEffizienz“ der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena), Berlin.

Wer seinen Rechner für einfache Anwendungen nutzt, sollte darüber nachdenken, ein Netbook, also ein kleines Notebook, zu kaufen. Diese besonders sparsame Variante ver-

braucht im Normalbetrieb gut 40 Prozent weniger Strom als ein herkömmliches Notebook.

Das führe zu großen Einsparungen, denn mittlerweile verfügen fast 80 Prozent der deutschen Haushalte über einen Rechner.

Auf www.office-topten.de bietet die dena eine Datenbank mit den energieeffizientesten Computern am Markt.



BUNDESNETZAGENTUR VERHÄNGT ZWANGSGELD

Strafe für E.on edis

1.300.000 Euro Strafe wegen der Behinderung des Stromanbieterwechsels muss die E.on edis AG aus Fürstenwalde zahlen. Das geht aus einer Zwangsgeldfestsetzung der Bonner Bundesnetzagentur hervor. Das Dokument verweist darauf, dass E.on edis die Aufforderung, Missstände beim Stromanbieterwechsel und bei der Bereitstellung von Daten zu beseitigen, missachtet habe.

Hintergrund ist der Vorwurf von *lekker Strom* und der Hamburger *LichtBlick AG*, E.on behindere systematisch den Wettbewerb auf Regionalebene und stelle Abrechnungs-

daten und Protokolle von abgeworbenen Kunden nicht oder nur verspätet bereit. E.on edis begründete die Verzögerungen mit der EDV-Umstellung. Viele Tausend Verbraucher sind betroffen, die über den Stand des Lieferantenwechsels im unklaren bleiben und verärgert und verunsichert sind.

Bis 20. Januar 2011 muss E.on edis nun Ordnung schaffen, sonst hat die Bundesnetzagentur bereits ein weiteres Zwangsgeld in Höhe von 1.300.000 Euro angedroht.

<http://tinyurl.com/ediszwangsgeld>

Urteilssammlung

Über die Serie der Niederlagen der Versorger vor zahlreichen Gerichten kann man sich aktuell hier informieren: http://www.energieverbraucher.de/seite_1711.html

Auch Industriekunden müssen Verteuerung tragen

Das OLG Celle hat den Stadtwerken Hannover verboten, Kostensteigerungen bei der Gasversorgung nur auf die Tarif-Haushaltskunden abzuwälzen. Zur Kompensation der Steigerung sonstiger Kosten müssten auch die Industriekunden herangezogen werden (Urteil vom 19. August 2010 Az. 13 U 82/07).

Regionalgas Euskirchen muss rückerstatten

Die Regionalgas Euskirchen muss zu hoch berechnete Gaspreise an Sondervertragskunden vollständig zurückzahlen.

Das entschied das Bonner Landgericht in zwei Klageverfahren gegen den regionalen Gasversorger in zweiter Instanz. Bereits 2008 hatte der Bundesgerichtshof die Preisklausel für nichtig erklärt. Dennoch weigerte sich die Regionalgas beharrlich, das zuviel kassierte Geld zurückzuzahlen. Nach Ansicht der Bonner Richter bleibt es jetzt bei dem Gaspreis, der jeweils bei Vertragsunterzeichnung mit den Sonderkunden vereinbart wurde – auch wenn er schon lange zurückliegt.



Laut Urteil können auch Kunden, die keinen Widerspruch gegen die einseitige Gaspreiserhöhung eingelegt haben, die zu viel gezahlten Gebühren von Regionalgas zurückfordern. Revision hat das Bonner Landgericht gegen die Entscheidung nicht zugelassen (AZ: 55 218/09).

Weitere 100 Klagen aus Euskirchen und dem Rhein-Sieg-Kreis liegen noch bei den Amtsgerichten, 50 weitere in der Berufungsinstanz.

„Kopf oder Zahl“ – Wie riskant sind Rückforderungsprozesse?

Zum Jahresende stellt sich für viele Verbraucherinnen und Verbraucher die Frage, ob sie zu viel Geld für Strom und Gas bezahlt haben und ob sie mögliche Überzahlungen gerichtlich zurückfordern sollten.

Rückforderungsansprüche verjähren genau wie Nachforderungen des Energieversorgers binnen drei Jahren zum Jahresende. Das bedeutet, dass ein Verbraucher einen etwaigen Rückforderungsanspruch aufgrund einer Jahresrechnung von 2007 nach dem 31. Dezember 2010 nicht mehr erfolgreich gerichtlich geltend machen kann. Damit der Rückforderungsprozess jedoch nicht zum Glücksspiel wird, sollten Verbraucher einige wesentliche Eckpunkte eines derartigen „Regresses“ gegen den Versorger kennen.

I. Wer kann sein Geld zurückfordern?

Die Rückforderung von Entgelten kann man nur Sondervertragskunden empfehlen: Die Zulässigkeit von Preiserhöhungen in der Vergangenheit bemessen sich dabei ausschließlich nach der Wirksamkeit einer im Sondervertrag enthaltenen Preisänderungsklausel. Fehlt eine solche Klausel oder ist diese unwirksam, weil sie den

Verbraucher zu viel Entgelt entrichtet hatte. Auf eine derartige Ungewissheit lässt sich kein seriöser Rückforderungsprozess stützen.

II. Wie wird der Rückforderungsanspruch beziffert?

Steht fest, dass es sich um einen Sondervertragskunden handelt, gilt es, den Rückforderungsanspruch zu beziffern. Dabei gab es in der Vergangenheit zwei unterschiedliche Auffassungen in der Rechtsprechung: Entweder waren aufgrund der unwirksamen/fehlenden Preisänderungsklausel sämtliche Preisänderungen des Versorgers unwirksam, schulden die Verbraucher dem Unternehmen auch lediglich den Preis, den der Sondervertrag ursprünglich genannt hat. Oder der Sondervertragskunde hatte irgendwann Widerspruch eingelegt, dann galt der zuletzt unwidersprochen gezahlte Preis als (neu) vereinbart. Manche Gerichte, etwa das Oberlandesgericht

Widerspruch nicht notwendig

Verbraucher benachteiligt, hat der Versorger kein wirksames Preisänderungsrecht gehabt. Dies ist für alle Verträge anzunehmen, die vor 2009 geschlossen wurden.

Bei Tarifkunden/Kunden der Grundversorgung kann sich der Versorger hingegen auf ein Preisänderungsrecht aus § 4 Abs. 2 AVBGasV/AVBStromV bzw. § 5 Abs. 2 GasGVV/StromGVV berufen. Zwar ist insoweit damit nicht geklärt, ob die Preisänderung auch „billig“ im Sinne des § 315 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) war. Dies müsste erst noch ein Gericht nach Widerspruch des Verbrauchers aufgrund § 315 Abs. 3 BGB klären und gegebenenfalls einen angemessenen Preis festsetzen. Da aber nicht vorausgesehen werden kann, welchen Preis ein Gericht festsetzen wird, ist völlig ungewiss, ob der Ver-

Frankfurt/Main, zogen daraus den Schluss, dass ein Sondervertragskunde, der nie Preiserhöhungen widersprochen hat, auch nichts zurückfordern könne.

Die erste Meinung bestätigt der Bundesgerichtshof offenbar in seiner Entscheidung vom 14. Juli 2010. Demnach komme es im Sondervertrag gerade nicht auf den Widerspruch des Verbrauchers an. Vielmehr würden alleine die Preise zu Vertragsbeginn gelten. Dieser richtungsweisende Spruch pro Verbraucherinteressen ist ausdrücklich zu begrüßen. Demnach können Rückforderungsprozesse beziffert werden, indem der Verbraucher den ursprünglich vereinbarten Preis vom gezahlten Preis abzieht. Was übrig bliebe, ist der gerichtlich einklagbare „Regress“-Betrag.



III. Wie setzt die Rechtsprechung das Urteil des Bundesgerichtshofes um?

Obwohl das Urteil vom 14. Juli 2010 ein Stück weit Rechtssicherheit im Rückforderungsprozess gebracht hat, lässt sich beobachten, dass bei vielen Instanzgerichten diese Rechtsprechung noch unbekannt scheint. Dies ist für Verbraucher besonders dort ärgerlich, wo Gerichte noch auf das Erfordernis eines Widerspruches abstellen. Es ist zu hoffen, dass an dieser Stelle bald ein Umdenken eintritt, da nicht in allen Fällen eine etwaige Revision zum Bundesgerichtshof möglich sein wird. Abweichende Auffassungen zum Nachteil der Verbraucher könnten also rechtskräftig werden.

Gerichte, die keinen Widerspruch im Sondervertragsbereich fordern, etwa das Oberlandesgericht Düsseldorf (Hinweisbeschluss vom 29. September 2010, Az VI-2U (Kart) 5/09), weisen jedoch darauf hin, dass das Urteil des Bundesgerichtshofes einen weiteren Aspekt enthält. So sei bei älteren Verträgen, etwa vor 2000, denkbar, dass die Beschaffungskosten gestiegen sind. Der Versorger habe damit ein berechtigtes Interesse, solche erhöhten Beschaffungskosten an den Kunden weitergeben zu können. Ansonsten stelle sich für das Unternehmen ein wirtschaftliches Ungleichgewicht ein, das dieses möglicherweise nicht zu kompensieren vermöge. Diese Argumentation erinnert an den Vortrag vieler Versorger in Rückforderungsprozessen, entsprechende Verfahren würden sie in die „Pleite treiben“. Eine Kommentierung dieses Vortrages dürfte

sich erübrigen. Anders sieht das zum Beispiel das Hanseatische Oberlandesgericht (Beschluss vom 12. Oktober 2010, Az 13 U 211/09): Der Versorger hätte seinerseits den Vertrag kündigen können.

IV. Fazit

Der Rückforderungsprozess hat ein gutes Stück mehr Klarheit für Verbraucher gewonnen, nachdem der Bundesgerichtshof sich endlich zur Frage eines etwaigen Widerspruches geäußert hat. Für diejenigen, welche jedoch „Altverträge“ besitzen, besteht eine neue Unsicherheit, welchen Preis ein Gericht als verbindlich/billig/angemessen annehmen wird.

Wer keine Rechtsschutzversicherung besitzt, die die Verfahrenskosten übernimmt, dem ist zu empfehlen, sich besonders gut beraten zu lassen. Dies sollte die Entscheidungsfindung bei der Abwägung Ihrer Interessen erleichtern.

Eine Münze zu werfen, ist entschieden die schlechtere Alternative.



Rechtsanwältin
Leonora Holling

EWE-Streit bleibt spannend

Im Streit um die Gaspreiserhöhungen der EWE AG hat der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe am 14. Juli 2010 entschieden, dass die aktuell von der EWE verwandte Preisanpassungsklausel unwirksam ist (Az.: VIII ZR 246/08).

Zugleich bestätigte der BGH die Auffassung der klagenden Kunden, wonach es auf einen Widerspruch nicht ankommt.

Für die Zeit vor 2007 hat der BGH das Verfahren zur weiteren Sachaufklärung an das Oberlandesgericht (OLG) Oldenburg zurückverwiesen.

Dieses wird zunächst allerdings zu prüfen haben, ob EWE bei Vertragsschluss auch ordentlich auf ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) hingewiesen hat. Kann EWE den Nachweis der ordentlichen Einbeziehung ihrer AGB beim OLG Oldenburg nicht erbringen, sind die Gaspreiserhöhungen unwirksam, weil die Klausel gar nicht Bestandteil der Verträge mit den Klägern geworden ist.



Vor einem abschließenden Urteil könnte das OLG Oldenburg die Sache noch dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg vorlegen. Dieser müsste darüber entscheiden, ob die bis zum 1. April 2007 von der EWE verwendete Klausel den europarechtlichen Vorgaben der EU-Gasrichtlinie (RL 2003/55/EG) an die Transparenz von Versorgungsbedingungen entspricht. Die EU-Gasrichtlinie verlangt nämlich ganz ausdrücklich besonders verbraucherfreundliche und transparente Versorgungsbedingungen.

Unterdessen hat der frühere Bremer Bürgermeister Henning Scherf bereits einen Kompromiss vorgeschlagen: Die EWE soll allen betroffenen 650.000 Kunden knapp 50 Prozent des zu viel bezahlten Preises zurückzuerstatten.

Das OLG hat ebenfalls einen Vergleichsvorschlag gemacht, der allerdings nur für die an der Klage beteiligten Kunden gilt. Danach sollen die zuviel bezahlten Beträge ab 2007 voll erstattet und für die Zeit davor zu zwei Dritteln zurückgezahlt werden.

Alarm an der Zimmerdecke

Wer kennt das nicht? Dunkle Flecken auf der Tapete, auf Duschvorhängen oder den elastischen Fugenmaterialien in der Dusche oder „verschimmelte“ Lebensmittel. Meist stellt Schimmelpilzbefall jedoch nur ein hygienisches Problem dar. Richtiges Heizen und Lüften beugt vor.

Schimmel ist häufiger, als man denkt: Eine groß angelegte Untersuchung aus dem Jahr 2003 kam zu dem Ergebnis, dass 22 Prozent aller Wohnungen sichtbare Feuchteschäden haben. Neun Prozent davon waren Schimmelpilzschäden. Feuchteschäden traten gehäuft in Zusammenhang mit bestimmten Verhaltensweisen auf, zum Beispiel, wenn Kochen oder Baden die Luftfeuchtigkeit erhöhen, ohne dass angemessen gelüftet wird. Weitere Ursachen für Feuchteschäden sind sozioökonomische Merkmale, etwa viele Personen in wenigen oder zu kleinen Räumen sowie bestimmte bauliche Voraussetzungen, etwa undichte Fenster, keine Wärmedämmung sowie Außenwandecken oder -kanten.

Von Pilzen und Menschen

Rund um uns wimmelt der Schimmel: Über 250.000 Schimmelpilzarten tummeln sich in unserer Nähe. Manche Schimmelpilze sind erwünscht, etwa als Veredler von Käse wie beim Blauschimmelkäse *Penicillium roqueforti* oder beim Camembert *Penicillium camemberti*. Andere Pilzarten tummeln sich in Gartenerde oder verderben Lebensmittel. Die Sporen von Schimmelpilzen sind so klein, dass sie fliegen können. Die Schimmelpilzkonzentration in der Außenluft schwankt jahreszeitlich sehr stark: Im Sommer finden sich rund 4.000 koloniebildende Einheiten je Kubikmeter Luft, im Winter sind es draußen gerade mal 50 Kolonien pro Kubik-

meter. Doch Schimmel findet sich auch im Haus: So genannte Hausschimmelpilze ernähren sich von Hausstaub, Tapeten, Putzmörtel und Ähnlichem. Sie brauchen genügend Feuchtigkeit und Wärme zur Entwicklung. Die meisten davon sind für uns harmlos.

Machen Schimmelpilze krank?

Die meisten Menschen sind fest davon überzeugt, dass Schimmelpilze krank machen. Und tatsächlich können Schimmelpilze Atemwegsbeschwerden auslösen: Sporen und Stoffwechselprodukte von Schimmelpilzen können laut *Umweltbundesamt* allergische und reizende Reaktionen beim Menschen auslösen. Schimmelpilze werden daher als Allergene eingestuft. Damit stehen sie auf einer Stufe mit bekannten Allergenen wie Blütenpollen, Mehl, Holzstaub, Mil-

Kalte feuchte Luft lässt Pilze gedeihen

benkot, aber auch Erdbeeren, Nüssen oder Fisch. Welche Allergene bei einem Menschen tatsächlich Allergien auslösen, hängt vom Immunsystem des Betroffenen ab. Zu den Beschwerden können dann zum Beispiel Asthma, Husten, Schnupfen und tränende Augen gehören. Betroffene Personen sollten den Kontakt mit dem Auslöser strikt meiden – dann verschwinden die Beschwerden. Dagegen sind krankmachende Infektionen durch Schimmelpilze sehr selten.

Vorsorglich sollte man Schimmelpilzbefall in Innenräumen in jedem Fall sanieren, um die zusätzliche Belastung zu reduzieren. Panikmache ist jedoch fehl am Platz, denn laut *Umweltbundesamt* kann man nicht aus gemessenen Schimmelpilz-Konzentrationen unmittelbar auf gesundheitliche Wirkungen schließen.

Ursachen für Schimmelpilzbefall

Schimmelpilzsporen sind praktisch überall vorhanden. Schimmelpilze können aber nur dort wachsen, wo es dauerhaft feuchte Oberflächen gibt. Deshalb muss man der Feuchtigkeit in der Wohnung auf den Grund gehen. In einem Vier-Personen-Haushalt werden täglich zehn Liter Wasser als unsichtbarer Dampf an die Raumluft abgegeben: 4,5 Liter durch Atmen und Schwitzen, 2,5 Liter durch Kochen, ein Liter durch Duschen und 1,5 Liter durch Pflanzen. Dieser Wasserdampf kann nicht durch die Wände entweichen: Denn Wände sind stets undurchlässig für Wasserdampf – er kann nur durch Lüften aus der Wohnung ins Freie abziehen. Das geschieht bei alten Gebäuden meist automatisch durch Ritzen an Türen und Fenstern. Sanierte Gebäude sollten auf jeden Fall über eine Lüftungsanlage verfügen. Ansonsten müssen die Bewohner mehrmals täglich die Fenster kurz öffnen. Die Luft sollte in jedem bewohnten Raum alle zwei Stunden vollständig ausgetauscht werden.

Eine kalte Bierflasche beschlägt sofort bei Zimmertemperatur. Genauso schlägt sich Wasserdampf als Feuchtigkeit an Wänden nieder. So kommt es zu feuchten Wänden. Ein Rechenbeispiel soll dies verdeutlichen: Bei 20 Grad Raumtemperatur und 70 Prozent Luftfeuchtigkeit beträgt die so genannte Taupunkt-Temperatur 14,4 Grad. Ist es draußen minus zehn Grad kalt, dann ist

- eine ungedämmte Wand innen 14,5 Grad warm,
- eine gut gedämmte Wand (zwölf Zentimeter Dämmung) 19 Grad warm,
- eine Fensterscheibe mit Doppelverglasung 15 Grad und
- eine Fensterscheibe mit Dreifach-Verglasung 18 Grad warm.

Hilfe für Mitglieder

Der Bund der Energieverbraucher bietet seinen Mitgliedern Hilfe an: Der Verein verleiht eine Anti-Schimmel-Box. Sie enthält einen Feuchtigkeitsmesser für Luft und für die Wand, ein Infrarot-Thermometer, eine Anleitung und ein Messprotokoll. Die Aktion wird unterstützt von der Firma TFA Dostmann.

Schreiben oder mailen Sie bei Interesse an die Bundesgeschäftsstelle des Vereins.



Wenn die Möbel zu dicht an der Wand stehen, kühlt eine dahinter befindliche Außenwand ab. Kondenswasser und Schimmel können die Folge sein

Verbesserte Dämmung führt also zu höheren Temperaturen an den Außenwänden und Fenstern. Die Raumfeuchte schlägt sich deshalb nicht an Wänden und Fenstern nieder. Wer jedoch nicht oder nur unzureichend lüftet, muss trotz exzellenter Dämmung mit feuchten Stellen rechnen, denn wenn die Luftfeuchtigkeit ansteigt, werden selbst gut gedämmte Wände und Scheiben feucht. Dabei gilt es jedoch, die relative Luftfeuchtigkeit zu beachten: Wärmere Luft nimmt mehr Feuchtigkeit auf als kalte Luft. Bei gleicher Wassermenge ist die relative Luftfeuchtigkeit bei 18 Grad höher als bei 22 Grad. Das erklärt auch, warum ein gut geheiztes Wohnzimmer kaum ein Schimmelproblem aufweisen wird, während sich die Luftfeuchtigkeit in nicht geheizten Schlafzimmern schneller an Fenstern und Außenwänden niederschlägt.

Wer sparsam heizt, muss gut lüften

Wer also beim Heizen spart, muss öfters lüften, um Feuchte- und Schimmelprobleme zu vermeiden. Darüber hinaus gibt es bestimmte „Risikofaktoren“ für Schimmelpilzbefall. Dazu zählen häufiges Baden oder Duschen sowie Wäschetrocknen in der Wohnung. Viele Personen auf engem Raum begünstigen ebenso das Schimmelpilzwachstum. Wer zum Fensteröffnen zunächst das Fensterbrett von Pflanzen freiräumen muss, hat ebenfalls ein höheres Risiko für Schimmelpilzbefall. Eine Untersuchung zeigte, dass die

Luftfeuchtigkeit und die Temperatur großen Einfluss auf das Wachstum von Schimmelpilzen haben: In befallenen Räumen lag die Luftfeuchtigkeit durchschnittlich bei 51 Prozent und die Wandtemperatur der befallenen Wände bei 15 Grad, während die Luftfeuchtigkeit in Vergleichswohnungen durchschnittlich 47 Prozent betrug und die Wände 17 Grad warm waren. In den mit Schimmelpilz befallenen Zimmern lag die Anzahl der Sporen um 1.800 über den von gesunden Vergleichswohnungen.

Eine Frage der Dämmung

Feuchte Stellen im Putz oder Mauerwerk treten häufig dort auf, wo falsch gedämmt wurde, etwa bei undichten Dampfsperrefolien. Schränke, die zu nah an den Außenwänden stehen, sind ebenfalls ein Risikofaktor, denn dann kann die Luft dahinter nicht ausreichend zirkulieren. Die entsprechende Wand kühlt stärker ab, Feuchtigkeit schlägt sich nieder und bietet Schimmelpilzen einen idealen Nährboden. Experten empfehlen daher, Schränke im Abstand von mindestens fünf Zentimetern zur Außenwand aufzustellen. Besonders kritisch sind die Ecken von Räumen, die zwei oder gar drei Außenwände haben. Doch auch andere Eigenheiten des Gebäudes können zu kalten Stellen an der Außenwand führen: die sogenannten Wärmebrücken. Das sind zum Beispiel ungedämmte Träger eines Außenbalkons oder Schäden im Außenputz.

Pilzgutachten aus dem Labor

Viele Schimmelpilze kann man mit bloßem Auge erkennen. Oft gedeihen Pilze aber an verborgenen Orten, etwa hinter Möbeln. Wer wissen möchte, wie es um den Pilzbefall in seiner Wohnung steht, kann die Zahl der Pilzsporen in der Innenluft bestimmen lassen, indem man die Luft über einen Filter ansaugt. Der Filter wird in einem Labor auf einem Nährboden ausgewertet. Zeitgleich sollte man immer auch in der Außenluft eine Probe entnehmen. Denn nur die Differenz zwischen Innenraum- und Außenluftbelastung gibt einen Hinweis auf einen Pilzbefall im Innenraum. Zudem sind mehrere Messungen notwendig. Auch der Hausstaub im Staubsauger kann auf Pilzsporen untersucht werden. Die Stiftung Warentest bietet einen sogenannten Abklatschtest für 47 Euro an. Dazu berührt man mit einem speziellen Nährmedium mögliche Schimmelflecken und sendet die Petrischale ein. Es gibt noch eine Reihe weiterer Nachweisverfahren, deren Nutzen allerdings teilweise fraglich ist: Es muss sichergestellt werden, dass die Probe auf dem Weg ins Labor nicht verunreinigt wird und während des Transports kein Schimmelpilzwachstum stattfindet, das die Ergebnisse verfälscht. Für eine genaue Analyse ist es zudem wichtig, zu wissen, welche Pilze in der Wohnung wachsen. Doch solche Analysen kosten stets mehr Geld. Darüber hinaus zeigt die Praxis, dass auch Labore die Pilze nicht immer korrekt bestimmen. Meist dominieren die Arten *Aspergillus*, *Penicillium* und *Cladosporium*.

Dem Schimmel auf der Spur

Ein einfaches Hygrometer, das für wenige Euro im Baumarkt erhältlich ist (zum Beispiel das digitale Thermo-Hygrometer „Comfort Control“ von TFA, etwa 25 Euro), erlaubt eine eigene Kontrolle der Raumfeuchte. Die relative Luftfeuchtigkeit sollte unter 65 Prozent bleiben. Es gibt auch günstige Geräte für das Messen von Oberflächentemperaturen und Oberflächenfeuchte. Mit einem Thermometer kann man kalten Stellen (Wärmebrücken) an der Wand auf die Spur kommen. Wer bereits sichtbare Schimmelflecken hat, sollte sich vor der Beseitigung über die Ursachen Klarheit verschaffen, sonst kehrt der Schimmel schnell zurück.

Bei kleinerem Befall kann man die befallenen Materialien selbst vollständig entfernen. Bei oberflächlichem Schimmelpilzbefall können die befallenen Wände mit Ethylalkohol gereinigt wer-

den (Brand- und Explosionsgefahr!). Meist kann man glatte Oberflächen abwischen, Möbel feucht reinigen oder bei stärkerem Befall entsorgen. Haben sich die Pilze jedoch stärker ausgebreitet, sollte eine darauf spezialisierte Firma die Beseitigung übernehmen.

Wann müssen Mieter zahlen?

Bei Feuchte und Schimmel gibt es meist Streit zwischen Mieter und Vermieter: Der Vermieter behauptet, durch eine höhere Raumtemperatur und besseres Lüften ließe sich ein Schaden vermeiden. Der Mieter ist dagegen der Ansicht, die Wohnung dürfe bei üblichem Gebrauch keine Feuchte- und Schimmelschäden aufweisen. Beide Auffassungen sind richtig. Ein Gutachten eines Sachverständigen kostet zwischen einigen Hundert und einigen Tausend Euro. Einfacher und billiger ist eine gütliche Einigung. Die schon vorhandene Rechtsprechung weist dafür einen Weg.

Feuchtigkeitsschäden und Schimmelpilze sind Mängel der Mietsache. Der Vermieter muss unverzüglich, am besten schriftlich, informiert werden. Der Vermieter muss sich um den Mangel kümmern. Bis zur Beseitigung kann der Mieter sogar die Miete kürzen. Der Vermieter reagiert meist mit dem Hinweis, der Mieter habe durch falschen Lüften und Heizen den Schaden verursacht. Dringt jedoch nachweislich Feuchtigkeit von außen in die Wohnung ein – etwa durch einen Rohrbruch oder ein defektes Dach – so liegt eindeutig ein Wohnungsmangel vor.

Viel häufiger stammt die hohe Luftfeuchtigkeit jedoch tatsächlich von innen. In dem Fall muss der Vermieter beweisen, dass kein Baumangel vorliegt. Andersherum muss der Mieter nachweisen, wie lange und wie häufig er die Wohnung lüftet und heizt und wie die Wohnung möbliert ist. Das Kippen der Fenster ist als Lüftung nicht ausreichend, da dabei aus physikalischen Gründen kaum ein Luftaustausch stattfindet. Dreimal täglich zehn Minuten kräftig Durchlüften ist dagegen ausreichend. Zudem



Das Risiko im Blick mit der Anti-Schimmel-Box: Mitglieder können es kostenlos ausleihen. Scantemp 380 Infrarotthermometer, digitales Thermo-Hygrometer Comfort Control, Humidcheck Mini Materialfeuchte-Messgerät. Mit freundlicher Unterstützung der Firma TFA Dostmann.

gilt, dass der Mieter Mängel in der Isolierung nicht durch übermäßiges Heizen ausgleichen muss. Er darf seine Wohnung nach seinen Bedürfnissen einrichten und Möbel auch mit geringem Abstand zur Wand aufstellen.

Trifft den Mieter keine Schuld, kann er bei Schimmelpilzbefall die Miete mindern, im Extremfall bis 100 Prozent. Wenn die Ursache eindeutig feststellbar ist, kann der Mieter nach erfolgloser Mahnung selbst Handwerker beauftragen und vom Vermieter einen Ersatz der Kosten verlangen. Bei Erstbezug ist die Rechtslage

allerdings bisher umstritten. In jedem Fall gilt: Hat der Mieter den Schimmelbefall zu verantworten, dann muss er ihn auch beseitigen.

Fogging

Nicht jeder dunkle Fleck an Wänden und in Ecken ist gleich ein Zeichen für Schimmelpilzbefall: Es gibt auch harmlose Staubablagerungen, die man als Schwarzstaub oder magic-dust bezeichnet. Meist sind Neubauten betroffen. Der Effekt tritt in der Winterzeit – also in der Heizperiode – auf, die Flecken bleiben jedoch. Organische Stoffe wie Weichmacher verbinden sich mit Staub- und Rußpartikeln und lagern sich als schmutziger Film an Wänden ab. Es handelt sich dabei um einen Mietmangel und der Mieter hat Anspruch auf Beseitigung (BGH-Urteil vom 28. Mai 2008 - VIII ZR 271/07). Macht der Mieter einen Schadenersatz geltend, dann muss er das Verschulden des Vermieters beweisen. AP

Weitere Hilfe:

Energieberatung bei den Verbraucherzentralen, Deutscher Mieterbund, Gesundheitsamt

Weitere Informationen:

- Schimmelpilz-Leitfaden des Umweltbundesamts (<http://tinyurl.com/schimmelleitfadenuba>)
- Dissertation Schimmelpilz von Sabine Fleischmann (<http://tinyurl.com/fleischmannndiss>)
- Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg: Schimmelpilz in Innenräumen (<http://tinyurl.com/bawueschimmel>)

Wenn der Feger zweimal klingelt

Das Schornsteinfeger-Recht ist völlig neu: Künftig kommt der Feger seltener – außer, wenn man mit Öl heizt.

Die *Energiedepesche* skizziert die neuen Vorschriften und erklärt, was sie für Verbraucher bedeuten.



Leider bringen die Neuregelungen kaum Entlastungen für Verbraucher. Stattdessen gibt es an verschiedenen Stellen sogar Verschärfungen. So muss die Abgaswegeprüfung künftig bei allen raumluftabhängigen Öl- und Gasheizungen jährlich durchgeführt werden. Das galt früher nur für Gasheizungen. Bei raumluft-unabhängigen Feuerstätten muss alle zwei, bei Anlagen mit CO-Sensor alle fünf Jahre geprüft werden.

Messung nach BImSchV

Die Abgasverluste aller Öl- und Gasheizungen mit mehr als vier Kilowatt Leistung müssen nach der *Bundes-Immissionsschutzverordnung (BImSchV)* nur noch alle drei Jahre, wenn die Heizung älter als zwölf Jahre ist, nur alle zwei Jahre, gemessen werden.

Früher brauchten Anlagen mit einer Leistung unter elf Kilowatt keine BImSchV-Messung, diese Ausnahme gilt nun nicht mehr. Auch brauchten früher Heizungen mit Solarunterstützung keine BImSchV-Messung. Diese Ausnahmen wurden abgeschafft. Brennwertgeräte brauchen auch nach der neuen Regelung keine BImSchV-Messung.

Feuerstättenschau

Das Gesetz schreibt für alle Feuerungsanlagen alle 3,5 Jahre (zweimal in sieben Jahren) eine Feuerstättenschau durch den Bezirksschornsteinfegermeister persönlich vor. Dabei gilt es, die Arbeiten zusammenzulegen: Wenn nur eine Öl- oder Gasheizung im Keller steht, muss der Schornsteinfeger die Messung und Abgaswege-

Neue Regeln und höhere Kosten

prüfung von Schornstein und Feuerstätte an einem Termin vornehmen, statt zweimal zu kommen. Ist ein Kaminofen vorhanden, muss also jährlich zweimal gefegt werden, so soll nun eine Kehrung bei der Messung stattfinden, also nur zwei statt drei Termine anfallen.

Geändert haben sich mit den neuen Gebührensätzen auch die Grundgebühren. Diese sind nun in Grundgebühr je Gebäude und in Fahrtkostenpauschalen aufgeteilt. Jede Nutzungseinheit (Arbeitsplatz) wird einzeln gerechnet. Das ist unter Umständen sehr viel teurer als bisher.

Das Monopol fällt Ende 2013

Die Schornsteinfegerarbeiten sind bis Ende 2012 den Schornsteinfegern vorbehalten. Im Anschluss daran darf jeder Fachkundige tätig werden. Ab 2013 fallen auch die in der Kehr- und Überwachungsverordnung festgelegten Gebühren weg, die Preise werden dann frei vereinbart.

Bisher war der Schornsteinfeger auf Lebenszeit für einen amtlich zugeteilten Kehrbezirk zuständig und er war der einzige, der dort tätig sein durfte. Die Bestellung aller Bezirksschornsteinfegermeister endet mit dem Jahr 2014 und geht dann in eine auf sieben Jahre befristete Bestellung über. Die Stelle muss dann ausgeschrieben werden und jeder Befähigte darf sich bewerben. Der Titel lautet dann „bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger“.

Alle vorgeschriebenen Arbeiten für jede zu kontrollierende Feuerstätte trägt der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger in ein Kehr- und Überwachungsbuch ein.

Freie Schornsteinfeger

Seit dem Jahr 2009 dürfen auf Druck der EU auch zum Beispiel belgische, polnische oder französische Schornsteinfeger die hiesigen Kamine kehren. Basis ist die *EU/EWR-Handwerksverordnung* (§ 7-9). Dies haben sich in Deutschland schon etliche freie Feger zunutze gemacht.

Hausbesitzer können deshalb fortan den Schornsteinfeger ihres Vertrauens frei wählen und dabei zehn bis 30 Prozent der Kosten einsparen. Das gilt für alle Arbeiten, die nicht ausdrücklich dem Bezirksschornsteinfegermeister vorbehalten sind, also hauptsächlich Kehren und die Überprüfung von Anlagen. Doch damit man einen freien Schornsteinfeger beauftragen darf, benötigt man zunächst einen kostenpflichtigen Feuerstättenbescheid vom Bezirksschornsteinfeger, der alle durchzuführenden Arbeiten aufführt. Die kostet etwa zwölf Euro.

Für die Arbeit der Schornsteinfeger gibt es ganz neue Regelungen, die Verbraucher kennen sollten:

- Am 29. November 2008 wurde ein neues Schornsteinfeger-Handwerksgesetz erlassen:
<http://tinyurl.com/schornsteinfeger08> (PDF)
- Für den Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 31. Dezember 2012 hat die *Bundes-Kehr- und Überprüfungsverordnung (KÜO)* die Leistungen und Gebühren aller Schornsteinfegerarbeiten bundeseinheitlich festgelegt. Erst nach dieser Frist können Preise frei vereinbart werden:
<http://tinyurl.com/kehrverordnung> (PDF)
- Die Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen (1. BImSchV) wurde vom Bundestag beschlossen und ist seit dem 22. März 2010 in Kraft:
<http://tinyurl.com/immissionsschutzgesetz> (PDF)

Tipps fürs Tanken

Heizöl ist je Kilowattstunde meist deutlich günstiger als Erdgas. Doch anders als das Gas, das ständig und ohne Aufwand ins Haus fließt, muss der Ölkunde selbst aktiv werden, etwa bei der Auswahl des Händlers, der Wahl des Lieferzeitpunkts und den Preisverhandlungen. Wer diese Schritte klug plant, kann tüchtig sparen. Die Energiedepesche gibt wichtige Tipps.

2009 flossen in Deutschland 21 Millionen Tonnen leichtes Heizöl in die Tanks privater Kunden. Experten schätzen, dass es dabei nicht immer mit rechten Dingen zugeht: Bei ein bis fünf Prozent aller Lieferungen tricksen die Lieferanten und prellen ihre Kunden um schätzungsweise bis zu 1,2 Milliarden Euro. So mussten sich im Frühjahr 2010 zwei Inhaber eines Mineralölhandels sowie drei Fahrer wegen „gemeinschaftlich begangenen gewerbsmäßigen Betrugs“ vor dem Amtsgericht Köln verantworten: Mit ausgeklügelten Manipulationen an den geeichten Messanlagen gaukelten sie den Kunden vor, bis zu 600 Liter Öl mehr geliefert zu haben, als tatsächlich in den heimischen Tank flossen. Die Kunden mussten zwischen 100 und 300 Euro zu viel bezahlen – und wunderten sich, warum sich ihr Heizöltank binnen Rekordzeit wieder leerte.

Vor einigen Jahren kam heraus, dass ein Händler in Nordrhein-Westfalen seine Kunden allein innerhalb von zehn Monaten um 25.000 Euro geprellt hatte. In Stuttgart erwischten die Ermittler der Eichdirektion kürzlich einen raffinierten Betrüger, der serienmäßig zu viel Heizöl berechnete – und das im großen Stil: Sein Tankwagen hatte einen doppelten Boden. Von außen war die Manipulation nicht zu erkennen, doch über eine Fernbedienung konnte der Fahrer einen Teil des bezahlten Heizöls unbemerkt hinter den Zähler zurück in den eigenen Tank schleusen. Andere Fälschungsmöglichkeiten sind vorgefertigte Quittungen mit falschen Zahlen, verborgene Magnete oder Ventile. Für den Verbraucher sind sie auf den ersten Blick meist nicht zu erkennen. Die Kunden können lediglich die Lieferung äußerst wachsam kontrollieren und die Plausibilität der gelieferten Ölmenge kritisch überprüfen. Im Zweifelsfall führt dies dazu, dass ein möglicher Betrüger nervös wird und seine Machenschaften unterlässt.

1. Preise vergleichen und gemeinsam sparen
Heizölkunden sollten das ganze Jahr über die Ölpreisentwicklung beobachten, etwa im Internet unter www.energieverbraucher.de oder in der Tageszeitung. Vor dem Kauf sollte man unbedingt die Preise verschiedener örtlicher Händler vergleichen. Allerdings ist bei besonders niedrigen Angeboten Skepsis angebracht. Es könnte sich um illegal beschafftes Öl handeln.

Lassen Sie den Lieferanten nicht aus den Augen

Wenn Nachbarn oder Freunde gemeinsam Heizöl bestellen, kann man durch die größere Abnahmemenge unter Umständen einen Preisvorteil aushandeln. Idealerweise wohnen die Sammelbesteller dicht beieinander. Doch auch bei einer solchen Sammelbestellung sollte jeder eine eige-

ne Rechnung erhalten und selbst bezahlen. Dadurch bleibt die Bestellung juristisch eine Einzelbestellung. Andernfalls kann es passieren, dass sich der Lieferant mit einer Geldforderung an alle Besteller wendet, wenn einer seine Rechnung nicht bezahlt.

2. Augen auf bei der Lieferung

Führen Sie eine Liste mit folgenden Daten: Datum der Lieferung, Restmenge im Tank, getankte Menge Öl. Dazu müssen Sie kurz vor der Lieferung die Restmenge im eigenen Heizöltank möglichst genau feststellen. Bei einem quaderförmigen Tank messen Sie dazu am besten die Füllhöhe. Bei einem Kunststofftank oder einer Tankbatterie markieren Sie den Füllstand mit Filzstift auf der Behälterwand. Wer einen Kugeltank im Keller stehen hat, misst mit einem Längenmaß oder Peilstab die Füllhöhe. Dabei muss man darauf achten, den Peilstab auf den letzten 30 Zentimetern nur sehr langsam einzuführen, um den Schmutz auf dem Tankboden nicht aufzuwirbeln.

Notieren Sie das amtliche Kennzeichen des Straßentanklastwagens, bei einem Sattelaufleger das Kennzeichen des Aufliegers. Achten Sie auf die Gültigkeit der Eichplakette (Hauptstempel). Diese befindet sich auf dem Messanlagenschild der Tankwagen-Messanlage.

Bleiben Sie während des Liefer- und Tankvorgangs vor Ort. Lassen Sie den Fahrer nicht aus den Augen! In der Regel dauert der Vorgang höchstens eine Viertelstunde. Kontrollieren Sie vor dem Start, ob das Zählwerk auf Null steht. Falls Sie den Summierzählwerksstand erkennen können, notieren Sie diesen. Steht der Zähler nicht auf Null, verlangen Sie eine Rückstellung oder verweigern Sie die Annahme der Lieferung. Sie können die Zählerstände auch fotografisch festhalten.



Augen auf beim Heizölkau

Achten Sie auf das Schauglas am Gasmess-
verhütergehäuse: Ihr Lieferant darf es nicht mit
einem Lappen verdecken. So lange der Zähler
läuft, müssen Sie hinter dem Schauglas oben am
Gasmessverhüter stets Mineralöl sehen können.
Beim Wechsel einer Kammer des Tankwagens
bei der Anlieferung kann sich das Messgut hin-
ter dem Schauglas vorübergehend für etwa 20
Sekunden eintrüben. Wird jedoch Schaum sicht-
bar und verschwindet das Mineralöl völlig aus
dem Schauglas, muss Ihr Lieferant die Messung
unterbrechen: Sobald im unteren Schauglas kein
Öl mehr sichtbar ist, misst der Zähler Luft statt
Öl und Sie zahlen zu viel.

3. Nachmessen rechnet sich

Messen Sie nach der Lieferung vor dem Ausdruck
der Lieferquittung den letzten Zählwerksstand
und notieren sie diesen. Idealerweise unter-
schreibt der Fahrer den Stand und bezeugt ihn
damit. Die letzte Zähleranzeige muss mit dem
Ausdruck übereinstimmen. Sollte der Ausdruck
von der Zähleranzeige abweichen, sollten Sie
dies sofort reklamieren und den Lieferschein
nicht unterschreiben.

Ermitteln Sie kurz nach der Beendigung des
Füllvorgangs den Mineralölstand in Ihrem Tank.
Beachten Sie dabei, dass sich ein genauer Füll-
stand erst nach etwa einer Viertelstunde ein-
stellt. Bei einem Batterietank kann eine längere
Wartezeit notwendig sein.

Haben Sie Zweifel an der Richtigkeit der gelie-
ferten Mineralölmenge, sollten Sie unverzüglich
das zuständige Eichamt informieren. Zwar ist es
im Einzelfall nicht immer möglich, dem Liefe-
ranten eine manipulierte Messung nachzuwei-
sen. Doch wenn das Eichamt eine Fülle von Hin-
weisen zu einem bestimmten Lieferanten erhält,
kann es eine mögliche Schummelei aufdecken,
etwa durch einen Funksender am Tankwagen.
Eichrechtlich gilt bei einer Mineralöllieferung
das Messergebnis der eichpflichtigen und gültig
geeichten Messanlage innerhalb der so genann-
ten Verkehrsfehlergrenzen von 0,5 Prozent: Bei
einer Heizöllieferung von 3000 Litern darf die
tatsächlich gelieferte Menge von der berechne-
ten Menge um maximal 15 Liter abweichen.

4. Die Temperatur im Auge behalten

Im Hochsommer oder wenn es frisch aus der
Raffinerie kommt, ist Heizöl mitunter 30 Grad
warm. Wenn es so warm aus dem Tankwagen
fließt und auf normale 15 Grad Raumtemperatur

Mineralölbuch					
Datum und Uhrzeit	Füllhöhe	Volumen	Volumen- änderung	amtliches Kennzeichen	Menge nach Lieferschein

Mit einer solchen Tabelle haben Ölkunden Kosten und Verbrauch gut im Blick

abkühlt, schrumpft das Volumen: Bei 3.000 Liter
und einer Temperaturdifferenz von 20 Grad be-
trägt die Abnahme 52 Liter.

Um diesen Misstand abzustellen, muss der
Lieferant die Heizölmenge bei der Lieferung auf
eine Temperatur von fünfzehn Grad umrechnen.
Der Kunde erhält also vom warmen Heizöl gera-
de so viel Öl mehr, dass nach der Abkühlung auf
fünfzehn Grad genau die bestellte und bezahlte
Menge verbleibt. Umgekehrt läuft es, wenn Öl
geliefert wird, dass nicht einmal 15 Grad hat:
Hier muss nur entsprechend weniger geliefert
werden. Trotz dieser Vorschrift sollte der Kunde
bei der Lieferung die Augen aufhalten: Die meis-
ten Heizöllieferanten geben Heizöl über einen
sogenannten temperaturkompensierten Mess-
zähler ab.

Zwar besteht der Gesetzgeber nicht auf einem
elektronischen 15-Grad-Messzähler. Doch sollte
der Verbraucher Lieferanten meiden, die manu-
ell umrechnen: Wer die Liefermenge lediglich
mit einem Kugelschreiber auf dem Lieferschein
notiert, öffnet Manipulationen Tür und Tor.

5. Anonyme Liefersituationen vermeiden

Je größer die Anlieferungsmenge und das Objekt
– etwa ein großes Miethaus – desto verlockender
ist auch die Anonymität einer solchen Lieferstel-
le und die Versuchung für ein „schwarzes Liefer-
schaf“: Wenn keine wachsamten Mieter mitkon-
trollieren, erfolgt möglicherweise gar keine
Kontrolle der Anlieferung oder aber der „Kont-
rollierende“ – etwa der Hausmeister oder ein
beauftragter Mieter – kooperiert mit einem be-
trügerischen Heizöllieferanten. Die Rechnung
bezahlen alle Mieter durch eine unnötig hohe
Nebenkostenabrechnung. Deshalb sollten sich

Mieter unbedingt absprechen und die Heizöllie-
ferung wechselweise überprüfen. Die Hausver-
waltung sollte zu einer entsprechenden Kontrol-
le aufgefordert werden, an der sich die Mieter
beteiligen können.



„Waschen mit gutem Gefühl“

Die Sparsteuerung „MS1002 plus“ für Waschmaschinen nutzt ökonomisch erwärmtes Wasser (ideal in Verbindung mit Solaranlagen) und hilft:

- > den Energieverbrauch zu senken...
 - > Geld zu sparen...
 - > mit weniger Chemie zu waschen...
 - > die Sicherheit zu erhöhen...
 - > die Haut zu schonen...
- (Durch die effektivere Entfernung von Restwaschmittel)



Martin Elektrotechnik GmbH

Dr.-Gartenhof-Str. 4 • 97769 Bad Brückenau
Tel. +49 (0) 97 41-15 00
sparsteuerung@ms1002.de

www.ms1002.de

Auf diesen Seiten kommen Sie als Leser zu Wort
Mit Ratschlägen, Anregungen und Meinungen,
auch Polemik. Zu kontroversen Themen sollen
möglichst beide Seiten zu Wort kommen. Kürzere
Zuschriften werden bevorzugt, wir behalten uns
Kürzungen vor. Also schreiben Sie uns doch!

Energie für Verbraucher

Dieses Buch sollte eigentlich jedem privaten Endverbraucher vom Staat kostenlos zur Verfügung gestellt werden, damit er sich gegen die Energie-monopolisten wehren kann. Der private Endverbraucher wartet schon seit Jahren auf einen Wettbewerb zwischen den Energieanbietern.

Bei einer Neuauflage des Buches sollten Sie auch auf den Heizstrommarkt eingehen. Hier ist die Monopolsituation der vier Stromkonzerne *E.on*, *RWE*, *EnBW* und *Vattenfall* besonders dramatisch.

Felix Kötting, Havixbeck

Herr Oettinger bedankt sich herzlich für die Übermittlung des Buches „Energie für Verbraucher“. Herr Oettinger findet dieses Buch äußerst interessant und sehr gelungen.

Andrea Schmid, Kabinett Kommissar Günther H. Oettinger, Europäische Kommission, Brüssel

Bei unserer Arbeit sind wir auf den im Juli 2010 vom Bund der Energieverbraucher veröffentlichten Ratgeber „Energie für Verbraucher“ gestoßen. Wir halten diesen Ratgeber für eine sehr informative und für die Arbeit im Ministerium sehr brauchbare Lektüre (Bundesumweltministerium).

Name ist der Redaktion bekannt

Bonus für Klein-BHKW gestrichen

Mit den aktuellsten Festlegungen wurde die BHKW als einzig technologisch vorwärts weisende Energie-Effizienzmaßnahme aus der weiteren Förderung gestrichen. Damit ist im Verhältnis Anzahl installierter Anlagen pro Zeiteinheit das bisher erfolgreichste Marktanreiz-Programm zunichte gemacht worden. Vergleicht man die möglich gewesene Fördersumme der seit Juli 2009 (!?) abgelehnten Anträge, mit der Mehrwertsteuersumme, welche bei Kauf dieser Anlagen zuzüglich Kollateraleffekten vereinnahmbar gewesen wäre, ist der Schluß naheliegend, das das *BMF/BMU/BAFA* durch den Druck der Strommonopolisten vorsätzlich auf Steuereinnahmen verzichtet und somit einer ganzen Wirtschaftsbranche zu Gunsten der „vier Großen inklusive AKW“ das Genick gebrochen und zusätzlich Arbeitsplätze vernichtet haben! Mir ist dadurch nachweislich ein reeller Schaden von rund 16.000 Euro entstanden.

Michael Schmidt, Görlitz

ZU ED 3/10

Kernige Emissionen

Es wird sehr oft behauptet, Atomstrom sei CO₂ frei – auch von Politikern, die es besser wissen! Natürlich stimmt das nicht, wenn man den ganzen Kreislauf betrachtet, genauso wenig wie es für Solarenergie stimmt.

Die Herstellung des Kraftwerks braucht sehr viel Energie – laut Bericht in einer der letzten *Spiegel*-Ausgaben ist die Zementherstellung weltweit die Branche mit dem höchsten CO₂-Ausstoß, noch vor Verkehr, Chemieindustrie und anderen, da dafür zum Brennen (1.200°C) Unmengen von Energie verbraucht werden – AKW's enthalten sehr viel Beton.

Zum anderen wird sehr viel Energie zum Abbau des Urans aufgewendet. Transport, Aufbereitung, Abbau der AKW's und Endlagerung tragen auch zum CO₂-Ausstoß bei. Zudem verbieten es die vielen Toten und die riesigen Umweltzerstörungen beim Uranabbau, neben der ungelösten Endlagerung meiner Meinung nach auch den Weiterbetrieb auch bestehender „sicherer“ AKW's. Zudem ist der Atomstrom ja auch sehr hoch subventioniert und nur billig für die Betreiber – sonst müsste ja der bayerische Strom billiger sein als in den anderen Bundesländern. Meines Wissens sind aber die Tarife hier mit am höchsten!

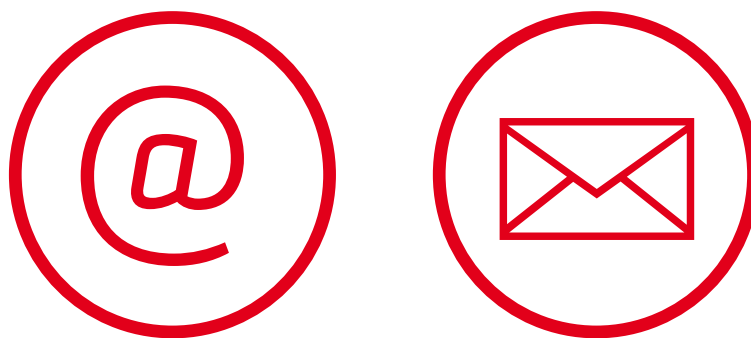
Michael Tischler, Heroldsberg

ZU ED 3/10

Folgenreiches Grundeinkommen

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ist unabhängig von Partei und Weltanschauung umstritten und bedarf daher einer intensiven Diskussion. Das scheinbar einfache Konzept hat nämlich sehr weitreichende Folgen für die gesamte Gesellschaft, die von den Befürwortern nicht beantwortet werden. Beispielsweise die Frage, wie sich das Grundeinkommen auf den Arbeitsmarkt auswirkt und wie in Gesellschaften mit rasant steigender Arbeitsproduktivität in Zukunft die Arbeit organisiert, beziehungsweise so verteilt werden soll, dass jeder Mensch einen angemessenen Anteil mit angemessener Entlohnung erhält. Der als Kostenvorteil gepriesene Abbau der Sozialverwaltung würde dieses Problem noch weiter verschärfen.

Neben dem bedingungslosen Grundeinkommen gibt es auch andere Konzepte, mit denen sozial gerecht Energie verteuert und Arbeit verbilligt werden kann. Eins davon ist die Ökosteuer, die in Deutschland zwar ein-



geführt, aber leider nicht weiterentwickelt wird. Denn zum einen soll sie vom Umfang her weiter steigen und zum anderen sollten soziale Ungerechtigkeiten abgebaut werden. Derzeit werden in Deutschland nämlich weite Kreise der Gesellschaft zwar mit den Abgaben belastet, kommen aber nicht in den Genuss des finanziellen Ausgleiches. Dazu gehören, Freiberufler, Rentner und die Menschen, die von staatlicher Grundsicherung leben. Ein anderes Konzept wird unter dem Namen Ökobonus diskutiert. Hierbei würde auf Energie und umweltbelastende Konsumgüter ein Aufpreis eingeführt und die Mittel dann an alle Bürger gleichmäßig verteilt. Die Wirtschaft könnte durch einen festen Betrag pro Lohnsumme oder versicherungspflichtigen Arbeitsplatz, den sie anbietet, den Ausgleich erhalten. Dieses Konzept würde umweltgerechte Konsumenten entlasten und Umweltbelastungen verteuern. Gleichzeitig ginge das in Richtung Grundeinkommen, allerdings in viel geringerem Maße. In der Stadt Basel gibt es das schon seit über zehn Jahren unter dem Namen Stromsparerfonds. Dort erhält jeder Bürger 75 Franken (etwa 55 Euro, die Redaktion) im Jahr und jede Firma ca. 0,5 Prozent der Lohnsumme zurück.

Was noch erwähnt werden sollte, Erich Fromm hat in seinem Beitrag von 1966 das Thema durchaus auch kritisch beleuchtet. So schreibt er: „Eine volle Wirksamkeit des Prinzips eines garantierten Einkommens für alle ist nur zu erwarten, wenn es gleichzeitig gekoppelt ist an (1.) Eine Änderung unserer Konsumgewohnheiten () (2.) die Herausbildung einer neuen geistigen Haltung des Humanismus (...) (3.) eine Renaissance echter Demokratie (...)“.

Wolfgang Heins, Wehrheim

ZU ED 3/10

Klimawandel

Im Editorial wird angekündigt, dass der Leser auf Seite 18 „die wichtigsten Fakten zur aktuellen (Klima-)Diskussion“ lesen könne. Ich war enttäuscht, als ich die Argumente der Kritiker nur in unvollkommener Weise dargestellt fand. Dass zum Beispiel in der Vergangenheit die Erwärmung einem CO₂-Anstieg um 800 Jahre vorausging, wird zwar erwähnt; dabei wird aber der Hinweis verschwiegen, daß dies eigentlich ein Gegenargument für die Behauptung ist, die Erwärmung ginge vom „Treibhausgas“ CO₂ aus. Die im Text geäußerte Vermutung, die Ozeane würden die gelösten Gase – unter anderem CO₂ – entlassen, wenn sie wärmer werden, dürfte wohl zutreffen. Die Zunahme der CO₂-Konzentration ist dann eine Folge der Erwärmung und nicht die Ursache.

Die ausführlichere Argumentationskette findet sich im Internet unter der Adresse: <http://tinyurl.com/klimaretter> (PDF, Anm. der Redaktion). Die Leser der Energiedepesche haben wohl so viele Physik-Kenntnisse, dass sie die Argumentationskette nachvollziehen beziehungsweise gegebenenfalls als falsch erkennen können. Ich bin gespannt, was sie dazu zu sagen haben.

Jürgen Typke, Backnang

Neue Kohlekraftwerke

Es gibt eine ganze Riege von Stadtwerken, die sich an Kohlekraftwerksneubauten beteiligen. Das kann weder Ziel der CO₂-Reduzierung (da kommen wir alle nicht drumrum), noch dem Strompreis förderlich sein.

Wir wissen ja inzwischen (fast) alle, dass durch den Windstrom der Strompreis niedrig gehalten wird. Große dreckige Anlagen wie die Kohlekraftwerke werden die Preise wieder hoch treiben (erst werden die Preise sicherlich aus Akzeptanzgründen künstlich niedrig gehalten, das kennen wir ja), denn die Firmen wollen ja was verdienen.

Zu den schlimmen Stadtwerken kommt man am besten über www.kohleprotest.de. Dort finden sich alle Neubautenstandorte und alle Details.

Ich finde, man sollte die Stadtwerke und andere Beteiligte beim Namen nennen. Stadtwerke finde ich im Grunde sehr wichtig und gut. Sie leben von den Steuergeldern der BürgerInnen, deshalb dürfen diese Vorhaben auch nicht geheim sein.

Karin Zieg, Bamberg

Das Energie-Debakel

42 Seiten stark ist das Energiekonzept, das der Bundestag am 28. Oktober 2010 beschlossen hat. Es betrifft verschiedene Gesetze und Regelungen, die im kommenden Jahr umgesetzt werden sollen – allen voran die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. Dabei soll der Bundesrat umgangen werden, doch die Länder wehren sich. Möglicherweise werden in dieser Angelegenheit sogar Deutschlands höchste Richter das letzte Wort haben.

Am 28. Oktober 2010 beschloss der Bundestag nach turbulenter Debatte (siehe Seite 20) das Kernbrennstoffsteuergesetz, zwei Gesetze zur Änderung des Atomgesetzes und das Gesetz zur Einrichtung des „Sondervermögens Energie- und Klimafonds“ in zweiter und dritter Lesung. Änderungen stehen auch für das Energiewirtschaftsgesetz an.

Die Richtung stimmt

Im Internet beschreibt die Bundesregierung ihr Energiekonzept so: „Das Zeitalter der erneuerbaren Energien so schnell wie möglich erreichen und gleichzeitig den Preis für Strom bezahlbar halten: Mit dem Energiekonzept 2050 schlägt Deutschland eine neue Seite der Energieversorgung auf - zum Wohle aller.“ Wer das Konzept genauer liest, sucht jedoch vergeblich nach einer grünen Revolution:

Entsprechend der Koalitionsvereinbarung sollen bis 2020 40 Prozent und entsprechend der Zielformulierung der Industriestaaten bis 2050 mindestens 80 Prozent der Energie eingespart werden. Als Referenz dient der Energieverbrauch von 1990.

Bis 2020 soll der Primärenergieverbrauch gegenüber 2008 um 20 Prozent und bis 2050 um 50 Prozent sinken. Bis 2020 soll der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 35 Prozent betragen. Die Sanierungsrate für Gebäude soll zwar von derzeit jährlich weniger als einem Prozent auf zwei Prozent des gesamten Gebäudebestands verdoppelt werden. Der Sanierungsfahrplan für Bestandsgebäude soll jedoch erst 2020 beginnen. „Wir werden den unbegrenzten Einspeisevorrang (für Erneuerbare) erhalten und zugleich die Förderung wirtschaftlicher und die Einspeisung effizienter gestalten“, heißt es in dem Papier.



VIER GEWINNEN. MILLIONEN VERLIEREN.

Heute entscheidet der Bundestag über die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken. Dies ist eine Entscheidung über Zukunft oder Vergangenheit. Während sich E.ON, EnBW, RWE und Vattenfall durch die Laufzeitverlängerung jeden Tag Millionen-Gewinne sichern, werden die Länder, Kommunen und Stadtwerke geschwächt. Die Folgen für Millionen Bürgerinnen und Bürger: noch weniger Geld für öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen und Schwimmbäder.

1. DER WETTBEWERB WIRD VERHINDERT.

Nur im Wettbewerb können sich die Energiepreise langfristig kostengerecht entwickeln. Börsennotierte Großkonzerne sind jedoch auf hohe Gewinne aus, um die Interessen der Anleger zu bedienen.

6.

KOMMUNALE MILLIARDEN-INVESTITIONEN WERDEN VERNICHTET.

Stadtwerke und regionale Energieversorger haben seit dem Atomausstiegsbeschluss 6,5 Milliarden Euro in eine CO₂-arme Energieversorgung investiert. Eine Laufzeitverlängerung macht die Investitionen unrentabel. Vermögen der Bürgerinnen und Bürger wird im großen Stil vernichtet.

Mit dieser Anzeige mahnten am 28. Oktober 2010 zahlreiche Stadtwerke den Bundestag zur Vernunft.



Die Laufzeitverlängerung

Der stärkste Zündstoff des Energiekonzepts sind die Atomkraftwerke: Im Schnitt zwölf Jahre länger sollen die 17 deutschen Atommeiler am Netz bleiben. Die sieben ältesten Reaktoren bekommen acht Jahre plus, die zehn jüngeren, die ab 1980 erbaut wurden, 14 Jahre. Damit dürfen die Atomkraftwerke zusätzlich 1804 TWh Strom erzeugen – mehr als das Dreifache des gesamten jährlichen Stromverbrauchs. Die Strommengen lassen sich weiter von Alt- auf Neureaktoren übertragen. In der Praxis bedeutet dies, dass einzelne KKW über das Jahr 2040 hinaus laufen werden. Es gibt neue

Greenpeace veröffentlichte zuerst den Geheimvertrag

Regeln für die Reaktorsicherheit, mit denen die Länder künftig schärfere Auflagen machen können. So müssen die Meiler zwar nach dem Stand der Technik nachgerüstet werden. Ältere Reaktoren brauchen aber keinen Schutz vor Flugzeugabstürzen. Für das Laufzeit-Plus will die Regierung insgesamt 30 Milliarden Euro von den erwarteten Zusatzgewinnen der Betreiber einstreichen.

Nacht- und Nebelaktion

In der Nacht vom 5. auf den 6. September 2010 haben das Finanzministerium und die Atomkraftbetreiber einen Vertrag ausgehandelt, den beide Seiten um 5.23 Uhr unterzeichnet haben. Einen Tag zuvor hatten die Minister Rainer Brüderle (FDP) und Norbert Röttgen (CDU) das Energiekonzept der Presse präsentiert und ausführlich die Rahmenbedingungen der Laufzeitverlängerung erläutert. Den Vertrag erwähnten sie mit keiner Silbe. Er regelt die Zahlung von 20 Milliarden Euro an den Bund. Nachdem Greenpeace den Vertrag veröffentlicht hatte, nahm auch die Bundesregierung dazu Stellung und veröffentlichte Details.

Die gekaufte Laufzeitverlängerung

Der Vertrag sieht zwei Mechanismen vor: Für sechs Jahre gilt eine Kernbrennstoffsteuer. Sie soll dem Bundeshaushalt 2011 bis 2016 jährlich bis zu 2,3 Milliarden Euro einbringen. Parallel zur Steuer zahlen die Unternehmen in einen eigens geschaffenen „Energie- und Klimafonds“ ein: 300 Millionen Euro in den kommenden beiden Jahren, 200 Millionen von 2013 bis 2016 und von 2017 an je neun Euro je Megawattstunde. Laut der Studie „Stromwatch 3“ verbleibt jedoch insgesamt bei den Stromkonzernen durch die Laufzeitverlängerung ein Zusatzgewinn von über 70 Milliarden Euro netto – und nicht nur das, die Konzerne umgehen auch teilweise die Brennelemente-Steuer: So hat RWE bereits angekündigt, noch bis zum Jahresende fast die Hälfte der Brennelemente zu erneuern und somit etwa 280 Millionen Euro Brennelemente-Steuer zu umgehen.

Der Deckel für Erneuerbare

Laut den Regierungsgutachtern sollen bis 2020 33 Gigawatt Leistung aus Photovoltaikanlagen stammen. Bereits im August 2010 waren 15 Gigawatt installiert. Um also nicht über das Ziel hinauszuschießen, muss man den PV-Zubau auf jährlich 1,5 GW begrenzen. Das entspricht dem derzeitigen Photovoltaikausbau pro Monat. Das vermeintlich ehrgeizige Ziel ist also nichts anderes als eine Bremse für das Wachstum der Erneuerbaren – oder anders herum formuliert: Wenn das Energiekonzept der „große Wurf ist“ (Zitat Umweltminister Röttgen), dann ist es ein Wurf mit großen Steinen gegen die PV.

Kritik am Konzept

Der Bund der Energieverbraucher lehnt das Energiekonzept der Bundesregierung entschieden ab: „Die Ziele des Konzepts sind richtig formuliert, zum Beispiel die Halbierung des Energieverbrauchs bis 2050“, fasst der Vereinsvorsitzende, Dr. Aribert Peters, zusammen. Die konkreten Maßnahmen strafen die Regierung jedoch Lügen: So sei die Laufzeitverlängerung



ein Wettbewerbskiller und damit ein Kostentreiber. Ausgerechnet das Atomkraftwerk mit der weltweit längsten Laufzeit, Biblis A, soll weitere acht Jahre laufen. Alle anderen derart alten Atomkraftwerke sind weltweit mit gutem Grund abgeschaltet. „Unsere Regierung will ihre Bevölkerung viele Jahre gravierend gefährden – und das, obwohl der Strom gar nicht gebraucht, sondern ins Ausland exportiert wird“, mahnt Peters.

Das Konzept fordere zwar vollmundig eine Gebäudesanierung, verschiebt diese jedoch praktisch bis ins Jahr 2020.

Der Präsident des Verbands kommunaler Unternehmen, Stephan Weil, kritisiert ebenfalls die Laufzeitverlängerungen. „Mit dem auf Kernkraft fixierten Energiekonzept wird ein gesellschaftlicher Großkonflikt wieder belebt, der weitgehend befriedet schien“, so Weil. Die Regierung habe den Fehler gemacht, fast nur über Kernkraft und Laufzeiten zu reden. „Die Regierungsszenarien zeigten, dass eine Verlängerung der Laufzeiten zum Erreichen der Klimaschutzziele nicht erforderlich ist und bei einer Laufzeitverlängerung die Energiepreise für die Verbraucher nicht sinken werden.“ Eine Anzeige von 50 Stadtwerken bringt es auf dem Punkt: „Vier gewinnen, Millionen verlieren“.

Gegenwind vom Bundesrat

Die Länder Rheinland-Pfalz, Berlin und Nordrhein-Westfalen hatten am 8. Oktober 2010 einen Antrag an den Bundesrat gestellt (Drs. 633/10). Sie kommentieren darin das Energiekonzept inhaltlich und formell und kritisieren insbesondere die Beschränkung der Mitwirkungsrechte des Bundesrates. Der Bundesrat lehnte die Zustimmung zu diesem Antrag in seiner Sitzung am 5. November ab. Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Berlin und Brandenburg wollen nun vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Außerdem könnte auch noch Bundespräsident Christian Wulff die umstrittenen Laufzeitenverlängerungen stoppen, indem er seine Unterschrift unter das Gesetz verweigert.

- **Das Energiekonzept der Bundesregierung:**
<http://www.bmu.de/energiekonzept>
- **Der Antrag von Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Berlin:**
<http://tinyurl.com/bundesrat-antrag-energiekonzept>
- **Die Debatte im Bundestag:**
<http://tinyurl.com/atomdebatte-oktober>

Bundestagsdebatte am 28. Oktober 2010

„Sie haben ein paar Lastwagen mit Geld in Bewegung gesetzt. Das kann man wirklich nicht anders sagen. Die Richtung ist eindeutig. Die Lastwagen fahren nacheinander vier Adressen ab. Die vier großen Dinosaurier der Energiewirtschaft bekommen, je nachdem, wie sich die Strompreise entwickeln, zwischen 40 und 100 Milliarden Euro zugeschustert. (...) Wir werden dieses Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht zu Fall bringen, und alles, was Sie hier noch zustande bringen, werden wir nach der nächsten Bundestagswahl zurückschrauben. Damit werden wir dem Vermächtnis von Hermann Scheer gerecht.“ **Sigmar Gabriel (SPD)**

„Sie sagen, Sie hätten viel gesprochen und viel geredet. Das stimmt: mit den Konzernleitungen. Aber den Bundestag haben Sie so gut wie ausgeschlossen. Das verletzt schwerwiegend das Grundgesetz und die Demokratie in unserem Lande.“ **Dr. Gregor Gysi (LINKE)**

„Ich will Ihnen einmal eines sagen: Diejenigen, die hier sitzen und nur kritisieren können, sind in Wahrheit energiepolitische Blindgänger. Sie haben nichts drauf. Sie wissen nicht, wie wir die Zukunft in unserem Land bewältigen wollen.“ **Dr. Norbert Röttgen (CDU)**

„Wir sind uns, auch wenn das in vielen Debattenbeiträgen nicht so klar zum Ausdruck gekommen ist, in einem Punkt einig: Wir wollen den Wechsel hin zu den erneuerbaren Energien.“ **Dr. Georg Nüßlein (CDU)**

„Ich habe 1969 mein erstes Auto gekauft, nämlich einen VW, ein wunderbares Auto mit Seilzugbremsen und unsynchronisiertem Getriebe. Aus demselben Baujahr, der Baulinie 1969, ist Isar 1. Das ist eine Sicherheitsarchitektur, die heute keine Genehmigungsbehörde mehr akzeptieren würde. Aber deren Laufzeit wollen Sie jetzt verlängern. 225 Tage wäre das Kraftwerk nur noch gelaufen. Jetzt wird es über 3.000 Tage laufen. Wollen Sie das weiter verantworten?“ **Dr. Thomas Gamke (Grüne)**

„Heute ist unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten ein schwarzer Tag. Mit Blick auf die Sicherheit der Menschen in meinem Wahlkreis und der gesamten Republik wäre es eine Affenschande, wenn Sie heute diesen Gesetzen zustimmen würden.“ **Dr. Constantin von Notz (Grüne)**

„Meine Damen und Herren, wir alle sind gewählt worden, um das Gemeinwohlinteresse im Auge zu behalten und zu vertreten. Wir sind nicht gewählt worden, um die Interessen der Atomlobby zu vertreten.“

Brigitte Pothmer (Grüne)

„Die Wählerinnen und Wähler können nicht billigen, dass Sie, um die vier Konzerne immer reicher zu machen, den Willen der Bevölkerung missachten und die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel setzen. Deshalb werde ich gegen dieses Gesetz stimmen.“ **Hans-Christian Ströbele (Grüne)**

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) enthielt sich bei der Abstimmung zur Laufzeitverlängerung der Stimme („Verdacht mangelnder Sorgfalt bei der Gesetzgebung“, „eigentlich unzumutbar“).

Markttöffnung per Dekret

Über 530.000 Heizstrom-Kunden können sich freuen: Ihre Versorger müssen insgesamt 27,2 Millionen Euro zurückzahlen. Das Bundeskartellamt hat die Missbrauchsverfahren gegen 17 Heizstromversorger erfolgreich abgeschlossen. Ergebnis: 13 Versorger haben zu viel kassiert und müssen nun ihren Kunden Geld zurückzahlen.

Strom kommt sowieso ins Haus – mit diesem Versprechen köderten einst die Energieversorger Heizstromkunden. Rund vier Prozent aller Haushalte heizen heute noch mit Strom. Der Heizstrommarkt umfasst 1,6 Millionen Nachtspeicherheizungen und 350.000 Wärmepumpen. Seit 2006 ist die Zahl der Stromheizungen um 27 Prozent gesunken.

Bislang waren die Heizstrom-Anbieter in ihren jeweiligen Versorgungsgebieten praktisch ohne Wettbewerber: Anders als auf dem Markt für „normalen“ Haushaltsstrom gab es auf dem Heizstrommarkt zahlreiche Marktzutrittsschranken für neue Anbieter. Unzufriedene Verbraucher hatten keine Möglichkeit, zu einem anderen Versorger zu wechseln.

Abzocke und Quersubventionierung

Das Bundeskartellamt hat die Preisgestaltung für rund 70 Prozent des Heizstrommarkts untersucht. Das Ergebnis zeigt zwei Extreme: Die Hälfte der Unternehmen verkauft den Heizstrom unter Einstandspreis, lassen also die übrigen Stromkunden den Heizstrom subventionieren. Auf der anderen Seite stehen Unternehmen, die ihre marktbeherrschende Stellung ausnutzen, um überhöhte Preise durchzusetzen. Um eine Missbrauchsverfügung des Bundeskartellamts zu vermeiden, haben sich 13 beanstandete Unter-

nehmen zu Rückzahlungen an ihre Kunden verpflichtet. Zu diesen Unternehmen gehören E.on, RWE und EWE. Das Bundeskartellamt schließt mit den Selbstverpflichtungen der Energieversorger das Verfahren ab. Die Bonner Experten gehen davon aus, dass die betroffenen Verbraucher auf diese Weise schneller profitieren, als wenn sie das Verfahren weiterführen und sich möglicherweise langwierige Rechtsstreitereien anschließen.

Preiserhöhungen werden verschoben

Die Entlastungen kommen den Kunden entweder in Form einer einmaligen, pauschalen Gutschrift mit der nächsten Abrechnung zugute. Möglich ist auch, dass der Anbieter geplante Preiserhöhungen entsprechend verschiebt. Dazu muss das Unternehmen Kostensteigerungen nachweisen, etwa die gestiegene EEG-Umlage, und nachweisen, dass die Preiserhöhungen ohne das Eingrei-

Die beobachteten Konzerne hielten plötzlich still

fen des Bundeskartellamts zu einem früheren Zeitpunkt erfolgt wäre. Die Versorger haben außerdem zugesagt, die gewährten Entlastungen nicht durch Aufschläge im Jahr 2011 zu kompensieren. Diese so genannte „norepeated-game“-Klausel besagt, dass die Unternehmen für 2011 auf eine Margenausweitung verzichten. Das gilt jedoch nicht für die Weitergabe gesteigerter Beschaffungskosten, gestiegene EEG-Kosten sowie sonstige Abgaben und Steuern.

Zusätzlicher Preisdämpfer

Neben den unmittelbaren finanziellen Zusagen haben die Verbraucher in vielen Fällen zusätzlich von einem weiteren preisdämpfenden Effekt profitiert: Angesichts der laufenden Verfahren haben die betroffenen Unternehmen seit September



2009 teilweise erhebliche Kostensteigerungen nicht an ihre Kunden weitergegeben. Dazu gehört zum Beispiel auch der Anstieg der EEG-Kosten zum 1. Januar 2010. Daraus ergeben sich Entlastungen von mindestens 20 Millionen Euro. Spätestens bei einem neuerlichen EEG-Kostenanstieg Anfang 2011 müssen Heizstrom-Kunden jedoch wieder mit höheren Heizstrompreisen rechnen.

Im Rahmen der nun abgeschlossenen Verfahren des Bundeskartellamts haben alle Unternehmen marktöffnende Maßnahmen zugesagt, wie transparente Veröffentlichung von Heizstromtarifen und Lasttarifen im Internet. Darüber hinaus haben sich die Unternehmen verpflichtet, für Heizstromlieferungen nur die niedrige Konzessionsabgabe für Sondervertragslieferungen von derzeit 0,11 Cent/kWh zu erheben. Je nach Versorgungsgebiet resultiert daraus eine zusätzliche Entlastung der Verbraucher.

Liste der Unternehmen (als PDF):

<http://tinyurl.com/heizstromanbieter>

Bericht des Bundeskartellamts (als PDF):

<http://tinyurl.com/kartellamtsbericht>

Alternative Anbieter

Die Vereinigten Stadtwerke Ratzeburg liefern Heizstrom in ganz Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, die EWS Schönau versorgen das ganze Bundesgebiet mit Heizstrom, liegen jedoch mit ihren Preisen über denen der örtlichen Versorger. Nachtstrom liefert auch Evita Energie und die Kieler enQu (Tarif Duett).

Der lange Arm der Energiewirtschaft

Die deutsche Energiewirtschaft bildet ein ökonomisches und politisches Machtkartell, das demokratiebedrohende Formen angenommen hat. Mit ihrer wirtschaftlichen Stärke und einem engen personellen Geflecht mit Ministerien, Behörden und Parteien sichert sie ihre Machtposition innerhalb von Staat und Gesellschaft ab. Von Privat-Dozent Dr. Lutz Mez.

Vier große Konzerne beherrschen den Energiemarkt in Deutschland: *E.on*, *RWE*, *Vattenfall Europe* und *Energie Baden-Württemberg (EnBW)*. Wenn es gelingt, an Unterlagen aus internen Verhandlungsrunden zu gelangen und diese auszuwerten, wird neben ökonomischen Verflechtungen vieles deutlich, was man meist nur ahnt, aber leider meist nicht belegen kann: geschickte Personalpolitik, Kontakte zur Ministerialbürokratie, in den Bundestag und ins Europa-Parlament, interessengesteuerte Gutachten sowie die de-facto-Ausschaltung der zuständigen parlamentarischen Gremien.

Ökonomische Verflechtungen

Wie der Abbildung „Wirtschaftliches Netzwerk der Energiewirtschaft“ (Stand 31. Dezember 2009) zu entnehmen ist, sind die genannten vier Konzerne untereinander sowie mit der Gaswirtschaft vielfach verflochten. Besonders spektakulär war in den letzten zehn Jahren die Übernahme von *Ruhrgas* durch *E.on* per Ministererlaubnis, die in der Amtszeit des damaligen Bundeswirtschaftsministers Werner Müller zustande kam. Neben den dargestellten Verbindungen untereinander sind vor allem *E.on* und *RWE* eng mit der Bank- und Versicherungswirtschaft verflochten, die entweder direkt oder indirekt über Privatkunden Aktienpakete dieser Unternehmen halten.

2007 stellte das Bundeskartellamt fest, dass *E.on* und *RWE* ein marktbeherrschendes Duopol bilden. Gemeinsam haben die großen Vier einen Marktanteil an der Netto-Stromproduktion von etwa 80 Prozent. Nach Angaben des Bundeskartellamtes kamen 2007 allein *E.on* und *RWE* auf einen Anteil von insgesamt 57 Prozent. Vor allem diese beiden Unternehmen haben laut Monopolkommission seit Beginn der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes (1998) ihre Beteiligungen an Stadtwerken konsequent ausgebaut. Dadurch

konnten sie ihre herausragende Marktstellung auf dem Strommarkt absichern. In Deutschland gibt es rund 900 Stadtwerke. Mitte 2009 besaßen *E.on* und *RWE* an über 200 kommunalen Versorgungsunternehmen zumindest eine Minderheitsbeteiligung. Der Aufkauf geschah teilweise direkt, teilweise auch durch Konzern-Töchter.

Zukauf-Politik sichert Absatzmarkt

Vattenfall Europe und *EnBW* versuchten sich ebenfalls am Aufkauf, allerdings nicht so erfolgreich wie die zwei anderen Giganten. Um auf ein Stadtwerk maßgeblichen Einfluss zu nehmen, reicht laut *E.on*-Finanzbericht 2009 bereits ein 20-prozentiger Anteil. Energieexperten veranschlagen dagegen nur zehn Prozent. Neben den

Beteiligungen sichern Lieferverträge den Stromabsatz der Versorger-Giganten: Die Stadtwerke beziehen Strom vom vorliefernden Energiekonzern, statt selbst Kraftwerke zu betreiben.

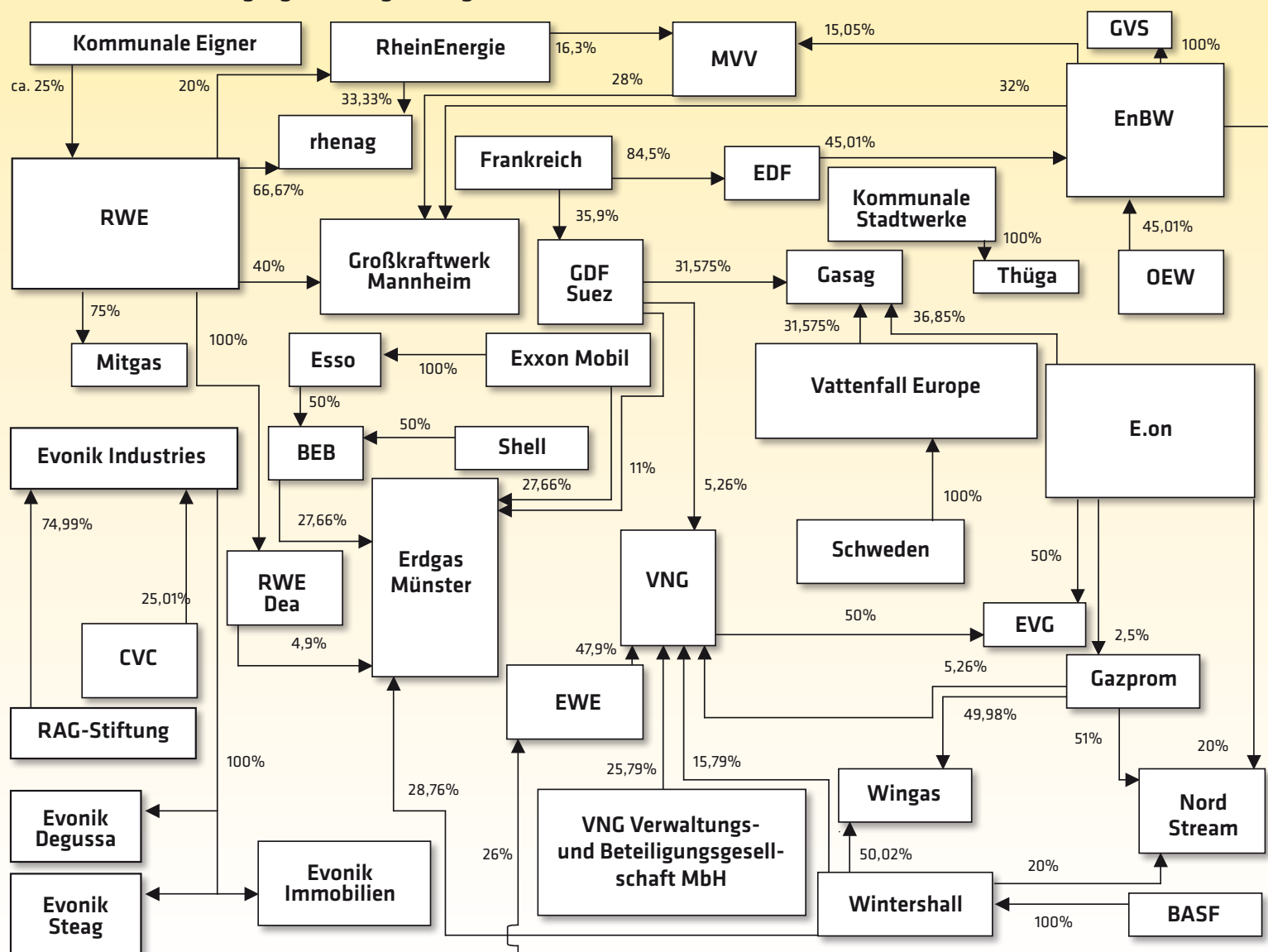
Renaissance der Stadtwerke

In den letzten Jahren ist jedoch ein gegenteiliger Trend zu beobachten: eine sich verstärkende Re-kommunalisierung. Interventionen des Kartellamtes verhinderten Unternehmensverkäufe an große Energiekonzerne oder gestatteten diese nur unter Auflagen. Teilweise müssen diese daher Beteiligungen wieder abstoßen. Einige kleinere Kommunen beginnen, eigene Firmen zu gründen oder Anteile der großen Vier zurückzukaufen. In Leipzig zum Beispiel verhinderte die Bevölkerung per Volksentscheid den Verkauf der örtlichen Stadtwerke. Im Herbst 2009 kaufte ein Bund kommunaler Firmen die *E.on*-Tochter



Unternehmensverflechtungen behindern den Wettbewerb – sie sind der Kitt der Versorgungsbranche.

Unternehmensbeteiligungen wichtiger Energieunternehmen



GVS: Gasversorgung Süddeutschland

MVV: Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft

EDF: Electricité de France

GDF: Gaz de France

OEW: Zweckverband Oberschwäbischer Elektrizitätswerke

BFB: Brigitta Elwerath Betriebsführungsgesellschaft

VNG: Verbundnetz Gas

EWE: Energieversorgung Weser Ems

CVC: Capital Partners

EVG: Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen

Stand: 31. Dezember 2009

Thüga. Allein damit gelangten Beteiligungen an knapp 100 kommunalen Unternehmen wieder in die Hand von Stadtwerken. Die *Geso*, eine Stadtwerke-Holding im östlichen Sachsen, ging Anfang 2010 von *EnBW* an die *Technischen Werke Dresden*. Eine Genossenschaft tausender Bürger, die „Energie in Bürgerhand“ heißt, steht unter anderem kurz vor dem Einstieg bei den Stadtwerken *Jena-Pößneck* und könnten die Beteiligungen von *E.on* und *Evonik* verdrängen: Ab 500 Euro aufwärts können Bürger sich beteiligen.

Rückzug zum Kerngeschäft

Ferner haben die Energiekonzerne Beteiligung an Industrieunternehmen mit energieintensiver Produktion gehalten, etwa in der Chemieindustrie. Ein Beispiel ist die *Degussa*, bis vor wenigen Jahren direkt und indirekt im Eigentum von *E.ON* und *RWE*. Heute ist sie Teil des Mischkon-

zerns *Evonik*. Dr. Manfred Schneider ist Aufsichtsratsvorsitzender von *RWE* und von *Bayer*. Die Verflechtungen verhinderten, dass diese Firmen eigene Kraftwerkskapazitäten aufbauten. In den letzten Jahren ist jedoch ein Rückzug der Energieversorger auf ihr Kerngeschäft Energie zu beobachten. Bis heute sprechen sich jedoch diese energieintensiven Unternehmen an der Seite der Energiewirtschaft für angeblich „billigen“ Kohle- und Atomstrom und gegen erneuerbare Energien aus. Einige Gewerkschaften unterstützen diese Politik, vor allem die *Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE)*, die die Belegschaften der Chemieindustrie sowie des Bergbaus vertritt.

Historisch gewachsenes Umfeld

Bereits zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts integrierten Unternehmen wie RWE Kommunal-

politiker in ihren Aufsichtsrat, um sich so ein wohlwollendes politisches Umfeld zu verschaffen. Zusätzlich beteiligten sie die Kommunen am Aktienkapital, um als Gegenleistung ihr Gebiet mit RWE-Strom versorgen zu können.

Daraus ist ein gigantisches Geflecht von personellen Verbindungen und Abhängigkeiten entstanden, vom Minister bis zum Kommunalpolitiker. Beispielsweise unterhalten etliche große Energieversorger so genannte Beiräte, in denen sie vor allem wohlgesonnene Lokalpolitiker platzieren. Diese erhalten mehrere tausend Euro für einige Treffen im Jahr. Bei RWE sind es beispielsweise 4.650 Euro zuzüglich 500 Euro pro besuchter Sitzung und einer weiteren Pauschale von 100 Euro. Der RWE-Konzern unterhält vier regionale Beiräte mit zusammen 114 Mitgliedern, die meisten sind Bürgermeister, Oberbürgermeister oder Landräte.

Zugriff auf Entscheidungsträger

In Konflikten, etwa um eine Klimaschutzmaßnahme, kann sich in der Regel der durchsetzen, der Zugang zu relevanten Politikern hat und diesen glaubhaft drohen kann, viel Schaden anzurichten, falls seine Interessen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Wichtig sind dabei Aspekte, die für die jeweiligen Politiker von großer Bedeutung sind, etwa Investitionen vor Ort oder Arbeitsplätze.

Einen Zugang beziehungsweise Kontakt zu Parlamentsabgeordneten, Staatssekretären oder Ministern lässt sich auf verschiedene Weise herstellen: über die Mitgliedschaft in einer regierungsinternen Arbeitsgruppe oder über Unternehmensbeschäftigte als Abgeordnete. Hilfreich sind auch ehemalige Angestellte von Parteien oder Ministerien, die nach dieser Tätigkeit zu einem Verband oder Unternehmen wechseln. Sie kennen die internen Abläufe und Zuständigkeiten im Hause ihres ehemaligen Arbeitgebers genau und wissen, wen sie gezielt mit welchem Anliegen ansprechen können.

Diese Zugangsmöglichkeiten können einen sehr formalen Charakter haben, wie eine Mitgliedschaft in der erwähnten Arbeitsgruppe zu einem Gesetzesvorhaben. Ein Beispiel ist die Arbeitsgruppe Emissionshandel im Bundesumweltministerium, zu der viele Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltverbände Zutritt haben. In anderen Zirkeln wie Staatssekretärsrunden kann es wesentlich exklusiver zugehen. Gewerkschaften oder Umweltverbände sind dort in der Regel nicht mehr zu finden. Hier wird in kleinen Runden zwischen leitenden Ministerialbeamten und Konzernvorständen über anstehende Gesetzesvorhaben verhandelt – von der Öffentlichkeit ungestört, versteht sich.

Lobbyismus als Chefsache

Neben diesen formalen existieren auch informelle Zugangsmöglichkeiten. Für derartige Lobby-Aktivitäten ist es wichtig, über Mitarbeiter zu



Fliegender Wechsel zwischen politischer Verantwortung und hoch bezahlten Positionen in der Versorgungswirtschaft untergräbt die Demokratie. Das Wohl der Konzerne wird zur Handlungsmaxime der Politik.

verfügen, die zuvor für ein relevantes Ministerium oder eine der Regierungsparteien gearbeitet haben. Ein Beispiel von vielen ist Gert von der Groeben, Cheflobbyist von *E.on*, der als einer der einflussreichsten Interessenvertreter seiner Branche gilt. Er war in den 1990er Jahren Energiereferent der SPD-Bundestagsfraktion und ist mit ihr gut vernetzt. Außerdem sind viele Bundestagsabgeordnete für Verbände oder Unternehmen tätig. Für Firmen sind vor allem die für das jeweilige Sachthema zuständigen Fachpolitiker der verschiedenen Fraktionen wichtig. Über diese lassen sich Inhalte in Gesetzesvorhaben einspeisen.

In diesem Zusammenhang ist Joachim Pfeiffer aus Baden-Württemberg zu erwähnen, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von 2005 bis 2009 deren Koordinator in Energiefragen. In den 1990ern war er bei einem Vorläuferunternehmen von *EnBW* tätig. Als Mitglied des Wirtschaftsausschusses setzte er sich in der Vergangenheit massiv für die Interessen großer Energiekonzerne ein. Bei der Bundestagsdebatte über die Einführung des Emissionshandels (2004) warnte er von einer „Gefahr für den Industriestandort Deutschland“ und einer gezielten „De-Industrialisierung Deutschlands“. Heute ist er unter anderem im Kuratorium der „Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg“ zu

finden. Was auf den ersten Blick sehr ökologisch klingt, wurde 2007 unter anderem vom Atomkonzern *EnBW* ins Leben gerufen. Hervorgegangen ist sie aus dem „Forum Kernenergie Baden-Württemberg“, an dem auch *EnBW* beteiligt war. Ziel ist offenbar eine stärkere Akzeptanz für die Atomenergie, für deren Nutzung sich Pfeiffer öffentlich einsetzt. Darüber hinaus sitzt er im Beirat der *Hitachi Power Europe GmbH*, einem Hersteller von fossil befeuerten Kraftwerken.

Der „Drehtür-Effekt“

Häufig wechseln Personen im Laufe ihrer Karriere zwischen Unternehmen, Ministerien oder Behörden sowie relevanten Interessenverbänden hin und her. Dies kann unter Umständen zu Konflikten zwischen verantwortlicher Berufsausübung und persönlicher Karriereplanung führen. Aktuelle Beispiele für derartige Lebensläufe sind Gerald Hennenhöfer und Bruno Thomauske. Hennenhöfer war von 1994 bis 1998 Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium. Als Ministerin amtierte damals die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel. Später verhandelte er für den Atomkonzern *E.on* den so genannten Atomkonsens mit der Rot-Grünen Bundesregierung. Seit 2004 setzte er sich als Jurist für die Interessen der Atomindustrie ein. Zu seinen Mandanten zählte unter an-

derem der frühere Betreiber des maroden Atom-
müllendlagers *Asse II*, das *Helmholtz-Zentrum
München*. Bundesumweltminister Röttgen holte
diesen Atomlobbyisten wieder an seine frühere
Wirkungsstätte zurück: Hennenhöfer wurde er-
neut Abteilungsleiter Reaktorsicherheit im Bun-
desumweltministerium.

Bruno Thomauske ist promovierter Physiker.
Von 1983 bis 2003 arbeitet er für die *Physikalisch-
Technische Bundesanstalt* und das *Bundesamt für
Strahlenschutz (BfS)*. Während dieser Zeit war er
zeitweise für das Endlagerprojekt Gorleben ver-
antwortlich. 2003 schied er beim *BfS* aus und
wurde Leiter der AKW-Sparte von *Vattenfall
Europe*. Im Zuge eines schweren Störfalls in
dem Pannemeiler Krümmel wurde er entlassen.
Aktuell hat er an der *Aachener Technischen Uni-
versität (RWTH)* eine Professur, deren Einrich-
tung von den Konzernen *RWE* und *Thyssen* finan-
ziert worden ist. Trotz seiner Vergangenheit
als Verfechter der Atomenergie-Nutzung und
Manager des AKW-Betreibers *Vattenfall* wurde er
von der neuen Bundesregierung engagiert und
arbeitet mit anderen Wissenschaftlern an einer
vorläufigen Sicherheitsanalyse über den Salz-
stock Gorleben – dem umstrittenen Endlagerpro-
jekt der Bundesregierung für hochradioaktiven
Atom Müll.

Druckmittel gegenüber Staat und Gesellschaft

Häufigstes Druckmittel der Energiekonzerne in
Auseinandersetzungen um politische Vorhaben,
sind Drohungen mit Investitionszurückhaltun-
gen und Arbeitsplatzabbau. Hinzu kommen An-
zeigenkampagnen oder die Vergabe von wohl-
wollenden Studien. Auch in Deutschland finden
sich renommierte Forschungseinrichtungen, die
sich ein gewünschtes Ergebnis mehr oder weni-
ger vorgeben lassen. Ein Beispiel ist die Studie
des *Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirt-
schaftsforschung (RWI)* im Zuge der Verhandlun-
gen um den Emissionshandel 2003. Damals ließ
sich der *BDI* bescheinigen, dass in Deutschland
keine besonderen Maßnahmen zur Erreichung
der Klimaschutzziele ergriffen werden müssten.
Und sollten diese dennoch verfehlt werden, seien
„externe Faktoren“ und nicht die deutsche Wirt-
schaft verantwortlich. Anschließend argumen-
tierte der *BDI* gegenüber den Medien mit den
Ergebnissen dieses Gutachtens. Ein aktuelles Bei-
spiel ist eine *RWI-Studie*, in der die Kosten für
erneuerbarer Energien hoch gerechnet und po-
sitive Aspekte ausgeblendet werden. Finanziert
wurde diese Arbeit von dem Washingtoner *Insti-
tute for Energy Research*, das der Öl- und Kohlein-
dustrie nahe steht – was in der Medienberichter-
stattung zu dem Thema nicht erwähnt wird.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, wohl-
gesonnenen Politikern nach ihrem Karriereende
einen gut dotierten Arbeitsplatz in der Industrie
anzubieten. Auf diese Weise könnten bestimmte
Politiker während ihrer aktiven Amtszeit zu
einem gewissen Wohlverhalten gegenüber
bestimmten Unternehmen geneigt sein. Zum
Beispiel findet man heute den früheren Bundes-
kanzler Gerhard Schröder (*Nord Stream*) oder den
ehemaligen Wirtschaftsminister Wolfgang Cle-
ment (*RWE*) oder Joschka Fischer (*RWE, OMV*) mit
Funktionen in der Energiewirtschaft wieder.

Fazit

Mittlerweile hat das dargestellte Geflecht der
Energiewirtschaft demokratiebedrohende For-
men angenommen. Dies zeigt sich an der Fähig-
keit der großen Konzerne, Regierungsvorhaben
massiv zu beeinflussen, oftmals am eigentlich
zuständigen Parlament vorbei. Neuestes Beispiel
sind die Kungeleien um die Verlängerung der
Laufzeiten von Atomkraftwerken.

PD Dr. Lutz Mez ist Politikwissenschaftler mit dem
Schwerpunkt Atom-, Klimaschutz- und Elektrizitäts-
politik. Er ist Mitgründer der *Forschungsstelle für Um-
weltpolitik (FFU)* der Freien Universität Berlin sowie
Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von *Attac*.

Wechseln Sie zu sauberem Anti-Atomstrom:

Strom aus Erneuerbaren Energien und klimaschonender Kraft-
Wärme-Kopplung – der schnellste Weg in eine atomstromfreie und
klimaschützende Zukunft. Die EWS sind **aus einer Bürgerinitiative
entstanden**, versorgen **98.000 Kunden** und haben bereits rund
1.700 Kraftwerke in Bürgerhand gefördert. Dieses Engagement
wurde mit vielen Preisen wie dem **Europäischen Solar-
preis**, dem **Nuclear-Free-Future Award** und dem
Deutschen Gründerpreis ausgezeichnet.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH
www.ews-schoenau.de



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Atomausstieg? Das machen wir!

Dr. Michael Sladek hat nach Tschernobyl mit anderen Schönauer Bürgern
das örtliche Stromnetz freigekauft und liefert heute bundesweit Ökostrom.

**Jetzt
wechseln**



Anleitung zur Energie-Revolution

Über 270 Seiten stark ist das Vermächtnis von Hermann Scheer: „Der energetische Imperativ“ heißt sein letztes Buch, in dem der renommierte Energieexperte und SPD-Politiker skizziert, wie der vollständige Wandel der Energieversorgung gelingt.

„Größer als die Beatles, schneller als der Rest“ schreibt die TAZ, er galt als „Hero of the Century“, Solarpapst und Sonnengott – kaum einer hat sein Leben derart den erneuerbaren Energien gewidmet wie Hermann Scheer. Wenige Tage vor seinem plötzlichen Tod erschien sein letztes Buch. Der renommierte Energieexperte fordert darin eine massive Beschleunigung des Energiewandels hin zu erneuerbaren Energien: „100 Prozent jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist“, lautet der Untertitel der Analyse.

Sein Buch ist nicht nur eine Abrechnung mit der schwarzgelben Regierung und der Atomlobby, sondern zeigt konkrete Möglichkeiten auf, wie eine Energieversorgung aus regenerativen Quellen aussehen wird – und zwar nicht irgendwann in der Zukunft, sondern schon in wenigen Jahren. Mit dieser Forderung stellt sich Scheer in die Tradition des Chemie-Nobelpreisträgers Wilhelm Ostwald, der schon 1912 in seinem Buch „Der energetische Imperativ“ forderte, Energie von der Sonne zu nutzen – daher auch der Titel. Am Beginn seines Buchs steht eine systematische Bestandsaufnahme unserer Gesellschaft und ihrer Energieversorgung. Dreh- und

sicher lagern sollen und welche Probleme und Kosten er für undenkbar lange Zeiträume hinterlässt“, schreibt Scheer. Nüchtern stellt er dabei fest, dass Experten das Potenzial der Erneuerbaren über viele Jahre hinweg unterschätzt haben: Vor 30 Jahren hielten es selbst Befürworter der Erneuerbaren für unmöglich, dass Erneuerbare

über Jahrzehnte gehegten Felle davonschwimmen. Deshalb versuchen sie, den Wechsel zu verhindern oder zu verschleppen. Dazu gehörten auch die Investitionen in große Windparks und solare Großkraftwerke: Laut Scheer sind solche Großprojekte Ablenkungs- und Bremsmanöver für den Wechsel. „Weil der Energiewechsel

„Das Schicksalsspiel mit der Erde wird fortgesetzt, immer mit der Rechtfertigung, dass das Potenzial erneuerbarer Energien »derzeit« nicht ausreichend sei.“

eines Tages mehr als fünf Prozent unseres Energiebedarfs decken. Die bisherige Entwicklung zeigt jedoch, dass die Erneuerbaren alle Erwartungen übertroffen haben – und eine 100-Prozent-Versorgung durch Wind- und Sonnenkraft in greifbare Nähe rückt.

Denkfehler im System

Dabei sei es ein „Denkfehler, dass der Bann der Energiewirtschaft gegen erneuerbare Energien gebrochen wäre, sobald diese „wettbewerbsfähig“ seien oder gar kostengünstiger produziert“, betont Scheer. Es gehe vielmehr um einen

schnell gehen muss, kann er nicht von denjenigen abhängig gemacht werden, die ein wirtschaftliches Eigeninteresse an seiner Verlangsamung haben“, mahnt er.

Einige Aufschiebestrategien sind besonders auffällig, etwa der Ruf nach einer „Brückentechnologie“, was die weiteren Laufzeiten der Atomkraftwerke rechtfertigen soll. Doch gerade Atomkraftwerke mit über Jahrzehnte kalkulierten Bau- und Laufzeiten hemmen die Erneuerbaren eher, als dass sie ihre Entwicklung beflügeln – zumal die bestehenden Kohlekraftwerke für die „Grundlast“ ausreichen. Schließlich seien Solarmodule zum Teil binnen weniger Stunden installiert – allerdings nur, wenn es sich um dezentrale Module handele, und nicht um Großanlagen. Zudem seien konventionelle Kraftwerke nicht geeignet, um im Fall eines Energiemangels bei den Erneuerbaren einzuspringen: Sie lassen sich gar nicht tief genug regeln, beziehungsweise brauchen zu lange, um auf wechselnden Bedarf zu reagieren.

Scheer fordert statt der herkömmlichen Kraftwerke deshalb dezentral gelegene Motorkraftwerke, die bei Bedarf „so schnell anspringen wie ein Auto und beliebig hoch- und runtergeschaltet werden.“

„Der wichtigste Beschleunigungsfaktor ist, jegliche willkürliche Verhinderungspolitik gegen erneuerbare Energien bei Standortgenehmigungen auszuschließen.“

Angelpunkt ist dabei die Atomindustrie: „Wäre () vor einem halben Jahrhundert mit derselben Intensität auf erneuerbare Energien gesetzt worden, so hätten wir wahrscheinlich heute kein die Weltzivilisation bedrohendes Klimaproblem (...) – und keinen Atom Müll, von dem wir nicht wissen, wo, wann und wie wir ihn dauerhaft und

radikalen Systemwechsel – einen Wechsel, in dem die Großversorger unweigerlich die Verlierer sein werden, denn erneuerbare Energien sind heimisch, dezentral und naturgemäß von vielen Anbietern verfügbar. Kein Wunder also, dass den beteiligten Konzernen ein schneller Energiewechsel unmöglich erscheint – sie sehen ihre



Neue Endlager für CO₂?

Auch an der CCS-CO₂-Abscheidetechnologie lässt Scheer kein gutes Haar: Die Probleme dieser Endlagerung würden „von den CCS-Befürwor-

„Das CCS-Projekt ist ein Tanz auf dem Vulkan.“

tern genauso heruntergespielt, wie es die Atomenergie-Protagonisten mit dem Atommüll tun.“ Vielmehr sei die Frage, ob es sicher ist, das CO₂ so zu lagern – und ob diese Strategie überhaupt sinnvoll ist: Zum einen kann niemand ausschließen, dass das CO₂ nicht doch irgendwann entweicht, zum anderen erfordere die Technologie riesige Endlagerkapazitäten. Darüber hinaus verschlechtere das Verpressen den Wirkungsgrad der Kohlekraftwerke dramatisch und verteuere den Kohlestrom.

Scheer fordert, die Kosten für Energie neu zu berechnen und sich dabei an der „ökologischen Wahrheit“ zu orientieren: „Die überkommene Energiewirtschaft wird heute laufend von der Gesellschaft und aufgrund der Langfristeffekte der Umweltschäden auch von den nächsten Generationen subventioniert“, mahnt er.

Scheer fordert eine Energierevolution und mehr Widerspruch: „Jede Revolution wird zur Farce, wenn den „revolutionären Kräften“ Zeitpunkt, Methode und Standort ihrer Aktionen zugewiesen werden sollen, wenn sie sich dafür anmelden und bewerben müssen“, schreibt der SPD-Politiker. Die Ablösung der konventionellen Energien könne nur durch viele unabhängige Initiativen an vielen Plätzen erfolgen: „Auch bei der Breiten-einführung der PCs wurde keine Rücksicht auf die Existenz der Schreibmaschinenhersteller genommen, die mittlerweile nahezu verschwunden sind.“

„Knapp sind nicht die erneuerbaren Energien, knapp ist die Zeit.“

Ein weiteres Argument der Verschleppungs-Taktiker sei die Forderung, der Wechsel müsse in einem „internationalen Gleichklang“ erfolgen. Das lähme den Wandel, dabei seien Alleingänge durchaus produktiv: „Das deutsche EEG war der Mutmacher für eine halbe Hundertschaft

von Staaten, die erneuerbaren Energien auf gleichem Weg voranzutreiben.“ Insgesamt habe das EEG „indirekt wahrscheinlich sogar weltweit mehr Klimaschutzmaßnahmen angestoßen als das gesamte Kyoto-Protokoll“, fasst Scheer zusammen.

Beschleunigung heißt das zentrale Stichwort des Buchs: Scheer setzt auf technologische Innovationen, etwa noch bessere Wirkungsgrade von Solarzellen und neue Möglichkeiten, Solarmodule künftig auch in Fenster und Fassaden zu integrieren, das Spektrum solarthermischer Stromerzeugung, solarthermische Kraftwerke, Flüssigsalzspeicher oder Magnesiumhydridsysteme, in denen Wasserstoff einen Stirling-Motor antreibt. Das Potenzial von Kleinwindkraftanlagen und Windkraft in der Stadt, etwa zwischen Hochbauten, sei bislang unterschätzt worden. Das gelte auch für Kleinwasserkraftwerken oder Wellenkraftwerke, schwimmende Solarzellenplattformen und das Potenzial von Biomasse, Doppelnutzung von Freiflächen für Landwirtschaft und Solar- und Windstromerzeugung – und auch die Möglichkeit, den Energiebedarf noch stärker zu senken, etwa durch neue, organische Baumaterialien.

Scheer fordert hauptsächlich zwei Dinge, um den System- und Energiewechsel zu beschleunigen: eine Emissionssteuer und eine grundsätzliche Vorrangstellung für erneuerbare Energien. „Alles andere besorgt die Gesellschaft mit ihren wirtschaftlichen Kräften dann fast von allein, insbesondere auf kommunaler Ebene und mit der sich industriell entfaltenden Technologie.“

Aktiver Naturschutz

Zwar seien Erneuerbare-Energie-Anlagen Landschaftseingriffe, aber „sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum generellen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, also zum Natur- und Landschaftsschutz“, betont Scheer und for-

gewinnung und Dämmung. Besonders vielfältige Möglichkeiten für Synergien sieht Scheer in der Landwirtschaft, denn sie ermöglicht es, die Produktion von Nahrungsmitteln, Energie- und Industrierohstoffen miteinander zu verknüpfen, etwa dadurch, dass Reststoffe aus der Nahrungsmittelerzeugung zur Energiegewinnung dienen. So entstünden umfangreiche Verwertungsketten und letztlich eine Kreislaufwirtschaft, die Landwirtschaft nicht nur ökologischer, sondern auch ökonomischer mache.

Scheers Fazit lautet: Wir brauchen den Energiewandel – jetzt, und je schneller und je radikaler, desto besser. Wenn wir jetzt alle Kräfte mobilisieren und den Ausbau der Erneuerbaren

„Erneuerbare-Energie-Anlagen sind Landschaftseingriffe, aber sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum generellen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, also zum Natur- und Landschaftsschutz.“

dert damit ein Umdenken vom passiven zum aktiven Naturschutz, der Natur und Zivilisation möglichst harmonisieren will, statt Eingriffe zu vermeiden.

Die Energiewende wird weitreichende Folgen für die Wirtschaft haben: Wirtschaftliches Wachstum wird mit Umwelterhaltung und Naturwachstum verknüpft. „Der Gegensatz von Ökologie und Ökonomie hebt sich auf, zumal Ökonomie nur eine Unterkategorie von Ökologie sein kann“, schreibt Scheer. Dabei eröffne der Energiewandel für die produzierende Wirtschaft neue Wachstumsmöglichkeiten, etwa der Automobilindustrie die E-Fahrzeuge. Synergien ergäben sich auch für die Baustoffwirtschaft, etwa bei der Erfindung und Herstellung von Dächern, Fassaden und Fenstern für Solarstromerzeugung, Wärme-

ultimativ beschleunigen, kann die Energieversorgung bereits innerhalb von 25 Jahren vollkommen auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Voraussetzung ist dabei, dass die Politik die Hemmnisse für das Wachstum der Erneuerbaren entfernt und den erneuerbaren Energien endlich den Stellenwert einräumt, der ihnen gebührt: Vorrang.

„Es ist die historische Verantwortung der jetzt aktiven Generation, diesen Energiewechsel schon für die nächste Generation zu vollziehen. Es gibt keine Ausreden mehr. Alle Schwierigkeiten auf diesem Weg sind leichter zu bewältigen als die Folgen des Weitermachens.“

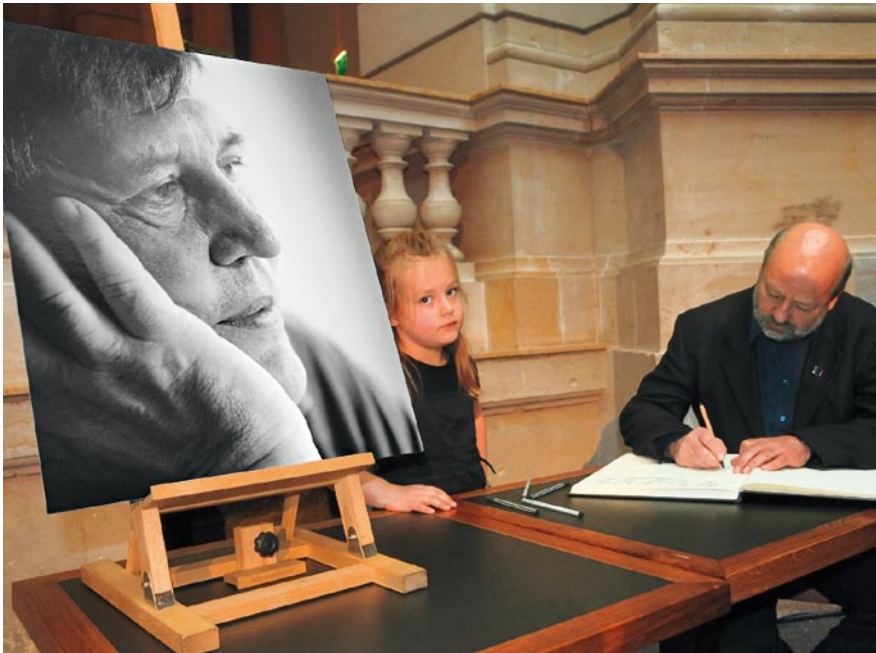


Hermann Scheer

Der energetische Imperativ

100 Prozent jetzt:
Wie der vollständige Wechsel
zu erneuerbaren Energien zu
realisieren ist.

Kunstmann Verlag,
ISBN 978-3888 976 834
272 Seiten, 19,90 Euro



Das Vermächtnis von Hermann Scheer

Der plötzliche Tod unseres Freundes Hermann Scheer verpflichtet uns: Sein Humor sollte uns von unangebrachter Trauer abhalten, seine Mission ist auch unsere Mission, sein klarer Geist öffnete uns die Augen. Ein ganz persönlicher Rückblick von Dr. Aribert Peters.

Am 14. Oktober 2010 starb Hermann Scheer nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 66 Jahren. Der Bund der Energieverbraucher hat damit einen langjährigen Freund und Wegbegleiter verloren.

Zum 20. Jubiläum des Vereins am 5. Mai 2007 hielt Hermann Scheer die Festrede. Er begann mit den Worten: „Die meisten Menschen fangen viel zu früh damit an, die wichtigen Dinge im Leben zu spät zu tun“.

Zu einer Versammlung in seinem Wahlkreis Waiblingen lud er mich ein, über den Energiepreisprotest zu sprechen. Es war keine leichte Aufgabe, als Gast eines brillanten Rethorikers wie Hermann Scheer aufzutreten.

Scheer war ein klarer Denker, ein strategischer Kopf und ein brillianter Redner. Wenn der Anteil der erneuerbaren Energien in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland Jahr für Jahr um zehn Prozent zugenommen hat, so hatte der Träger des Alternativen Nobelpreises einen guten Anteil daran. Er hat nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt inspiriert und begeistert von der Idee, rasch und vollständig auf Erneuerbare umzusteigen. Seine Argumente waren unwiderlegbar. Das Stromeinspeisegesetz hat er gegen den Widerstand des Wirtschaftsministeriums als Bundestagsabgeordneter durchgesetzt.

Noch vor einigen Wochen hatten wir telefoniert. Hermann Scheer legte mir sein noch im Druck befindliches neues Buch ans Herz und mailte mir den Text vorab für die Energiedepesche. Als er mich vor dem Gleitschirmfliegen warnte („Sei vorsichtig, wir brauchen dich noch“) wusste ich noch nicht, dass diese Mahnung eigentlich für ihn selbst galt.

Für den Bund der Energieverbraucher ist der frühe Tod von Hermann Scheer ein herber Verlust. Sein Lebenswerk will der Verein würdigen: Deshalb hat die Hauptversammlung des Vereins am 6. November 2010 den Beschluss gefasst, den Platz vor dem Vereinsgebäude in Unkel als „Hermann Scheer Platz“ zu bezeichnen.

Erhard Eppler schreibt in seiner Trauerrede: „Es ging ihm letztlich nicht nur um neue Energiequellen, sondern um eine neue Gesellschaft. So wie die fossilen Energiequellen, ergänzt durch die Atomenergie, eine bestimmte Form des Kapitalismus hervorgebracht hätten, so sollte – und musste – die dezentrale Gewinnung erneuerbarer Energien eine neue, freiere, weniger vermachtete, offenere, vor allem aber eine zukunftstaugliche Gesellschaft zur Folge haben. Das war auch der Grund dafür, dass ihm Großprojekte auch dann suspekt waren, wenn sie aussahen wie ein Triumph der Sonne über Öl und Atomenergie. Auch ein Grund dafür, dass er in seinem letzten Buch schreiben konnte: „Der suggerierte Konsens über erneuerbare Energien lenkt davon ab, dass die eigentlichen Konflikte erst begonnen haben.“ Peter Unfried schrieb in der TAZ zum Tod von Hermann Scheer: „Dass die Welt nur einen Hermann Scheer hatte, ist kein Pathos, sondern ein Fakt. Vor allem ist es ein Problem.“

Trauerfeier für Hermann Scheer am 1. November 2010 in Berlin, Hermann Scheers Enkelin Lilly, der sein letztes Buch gewidmet ist und Hans Josef Fell, der zusammen mit Hermann Scheer das EEG durchgesetzt hat.

Das Ende der Ölpreisbindung?

Weil zu Beginn der nächsten Heizsaison eine Welle von Gaspreiserhöhungen ansteht, fordert Professorin Claudia Kemfert vom Berliner DIW ein Ende der Ölpreisbindung: Es gebe Gas im Überschuss und die Börsenpreise seien stark gefallen, so Kemfert. Die Verbraucher zahlten zu viel für Gas, weil die Versorger den Preis künstlich erhöhten, indem sie ihn an den Preis des knappen werdenden Öls koppelten.

Online-Kaufgemeinschaft für Strom und Gas

Durch Verbrauchermacht Preise drücken: Mit diesem Konzept geht die *Wir-Preis* im Oktober 2010 mit einem Internetportal an den Start. Unter www.wirpreis.de können sich Interessenten kostenlos für Strom- oder Gasbezug anmelden. Das Portal sammelt die Anfragen und schreibt sie unter den Versorgern aus. An der 2010 in Hamburg gegründeten *WirPreis GmbH* sind die Gründer Arne Flick und Michael Grodd beteiligt. Die Firma verfügt nach eigenen Angaben über Kapitalreserven für die nächsten drei Jahre.

Ein ähnliches Konzept hat *heizpool.de* für Sammelbestellungen bei Heizöl realisiert. Der in Belgien und den Niederlande tätige Internetdienstleister *ichoosr* will mit demselben Konzept nun auch in Deutschland einen gemeinsamen Anbieterwechsel beim Strom organisieren. Bei einem regional begrenzten Test mit dem *Bund der Energieverbraucher e. V.* hat sich die Zusammenarbeit allerdings nicht bewährt und wurde beendet. Nun kooperiert die Tageszeitung *Die Welt* mit *ichoosr*.

Weltgrößtes Solarkraftwerk

Zusammen mit dem US-Ölkonzern *Chevron* plant die Erlanger *Solar Millennium AG* das größte Solarkraftwerk der Welt. Das mindestens sechs Milliarden Dollar teure Projekt soll bis zu 1000 Megawatt leisten und 2013 mit der Stromerzeugung starten. Jetzt erhielt es die Baugenehmigung von der Energie-Kommission des Bundesstaates Kalifornien.

Eigenverbrauch günstiger?

Besitzer einer Photovoltaikanlage erhalten eine Vergütung, wenn sie ihren Strom ins Netz einspeisen. Doch auch Selbstverbraucher bekommen zusätzlich Geld. Ob die Einspeisung oder der Eigenverbrauch günstiger ist, das ist eine komplizierte Rechnung. Der *Solarenergie-Förderverein* hat dafür ein kleines Rechenprogramm entwickelt, das auf der Internetseite nutzbar ist: <http://tinyurl.com/eigenverbrauchsrechner>

ERNEUERBARE

Der grüne Trend

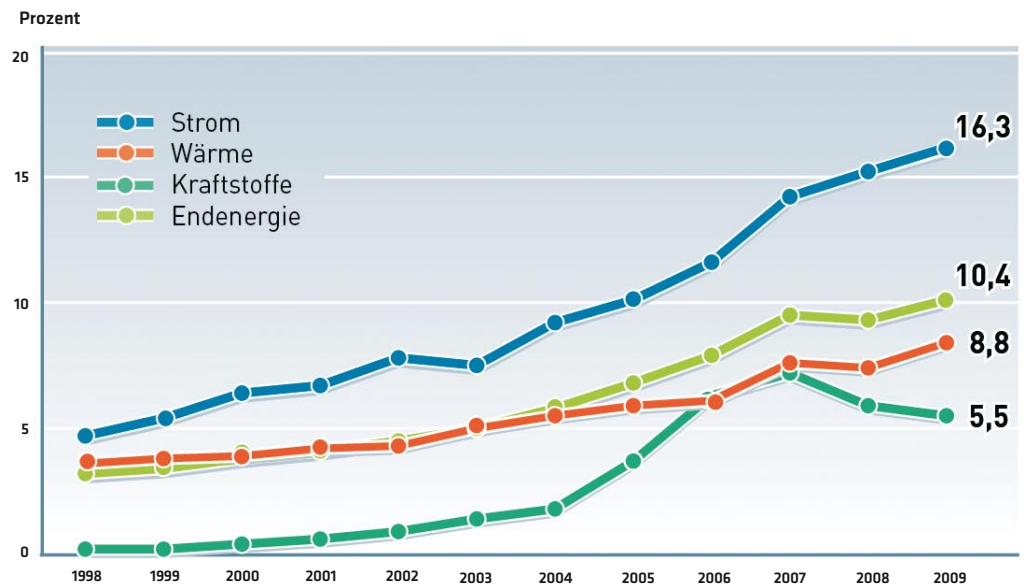
Schon im Jahr 2030 könnten uns erneuerbare Energien zu 100 Prozent versorgen – zumindest, wenn das rasante Wachstum der vergangenen Jahre anhält. Eine mathematische Trendverlängerung beweist, dass das Zeitalter der Erneuerbaren bereits zum Greifen nahe ist.

Zunächst etwas Mathematik: Die Stromerzeugung aus Wind ist zwischen 1990 und 2009 auf das 533-fache gestiegen, von 71 auf 37.809 Gigawattstunden ($37.809 / 71 = 533$). Das jährliche Wachstum betrug im Schnitt über diese Jahre hinweg 40 Prozent: $71 \cdot 1,4 \cdot 1,4 \cdot (19 \text{ mal}) \dots \cdot 1,4$ ergibt 37.809. Ähnlich kann man die Wachstumsraten anderer erneuerbarer Energien ausrechnen und in die Zukunft verlängern.

Betrachten wir den Anteil der erneuerbaren Energie an der gesamten Endenergie. Er ist von 3,2 Prozent im Jahr 1998 auf 10,3 Prozent im Jahr 2009 gestiegen, also um das mehr als Dreifache entsprechend einer jährlichen Wachstumsrate von 11,2 Prozent. Im Jahr 2020 würde dieser Anteil dann bei 33 Prozent liegen, im Jahr 2030 bei 96 Prozent.

Diese Zahlen stellen natürlich keine Prognosen dar. Sie zeigen aber sehr deutlich, in welchem Tempo die erneuerbaren Energien in den vergangenen Jahren gewachsen sind. Sie zeigen auch, dass wir uns mitten in einem radikalen Umbruch der gesamten Energieversorgung befinden.

Anteil Erneuerbarer Energien am Energieverbrauch 1998–2009 in Deutschland



Quelle: BMU; Stand: 8/10; www.unendlich-viel-energie.de, © Agentur für Erneuerbare Energien

Deutschland benötigt jedes Jahr etwa 600 Terrawattstunden Strom. Schon im Jahr 2020 würde bei derzeitigem Wachstumstempo die deutsche Windstromerzeugung diesen Stromverbrauch um das Dreifache übersteigen.

Die Stromerzeugung aus Photovoltaik-Anlagen wächst gleichfalls rasch: Betrachtet man nur die vier Jahre zwischen 2005 und 2009, dann liegt die jährliche Wachstumsrate bei 57 Prozent. Wenn es in diesem Tempo weiterginge, dann läge 2020 die Stromerzeugung aus PV schon bei 863 Terrawattstunden und würde gleichfalls den hiesigen Stromverbrauch übersteigen.

Bereits im Jahr 2008 hat Andreas Henze die Wachstumsraten der Erneuerbaren fortgeschrieben. Bis 2016, rechnete Henze, erreicht man bei Fortdauer des bisherigen Wachstums 100 Prozent Ökostrom. Vergleicht man seine damaligen Rechnungen mit den tatsächlichen Zahlen bis 2009, dann lag Henze ziemlich richtig.

Alle Zahlen sind der Broschüre *Erneuerbare Energien in Zahlen* des Bundesumweltministeriums entnommen.

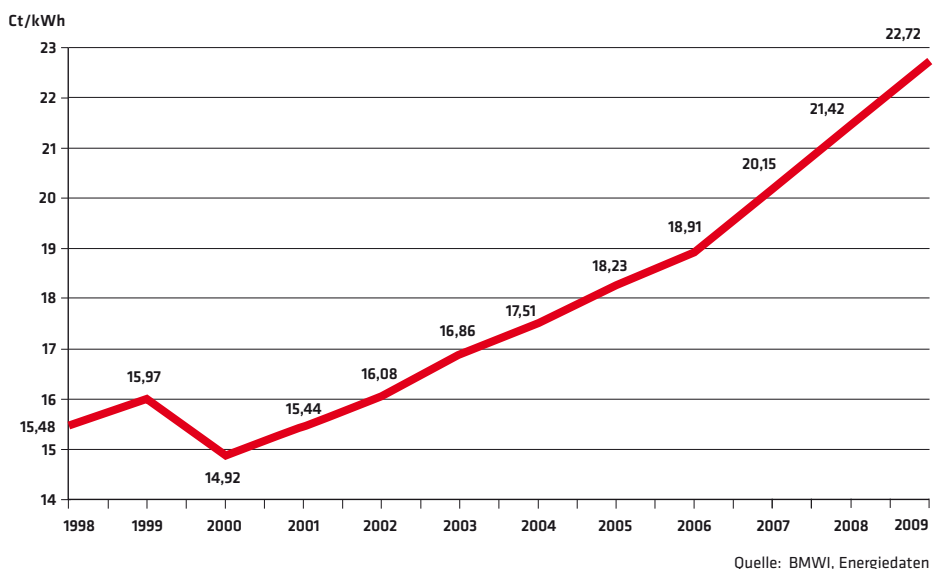
Erneuerbare als Prügelnabe

Ausgerechnet die zukunftsfähigen erneuerbaren Energien müssen derzeit als Sündenbock herhalten: Angeblich sind sie schuld an den jüngsten Strompreiserhöhungen. Entsprechend heftig werden die Erneuerbaren befehdet. Doch die Polemik gegen Erneuerbare ist in Wahrheit ein Ablenkungsmanöver, mit dem die Stromkonzerne von ihren überzogenen Preisen und Gewinnen ablenken.

- Tatsächlich steigt die Umlage für erneuerbare Energien ab 1. Januar 2011 um 1,5 Cent je Kilowattstunde von bisher 2,05 auf dann 3,53 Cent je Kilowattstunde. Diese Umlage müssen jedoch nicht die Stromkunden zahlen, sondern zunächst die Stromversorger. Es ist deshalb nicht wahr, dass sich die Haushaltsstrompreise automatisch um diesen Betrag erhöhen müssten.
- Die Stromeinkaufspreise der Stromfirmen haben sich, auch durch die Einspeisung von erneuerbarem Strom, in den vergangenen zwei Jahren deutlich verringert. Zwischen 2009 und 2010 um 0,9 Cent/kWh und zwischen 2010 und 2011 um 0,5 Cent/kWh. Die KWK-Umlage sinkt zudem zwischen 2010 und 2011 um 0,1 Cent/kWh. Von der Kostenseite her gibt es deshalb keine Rechtfertigung für eine Strompreiserhöhung.
- Es ist unredlich, lediglich die Kostensteigerung des EEG an die Verbraucher weiterzureichen und die Kostensenkungen beim Stromeinkauf stillschweigend als Zusatzgewinn einzustreichen.
- Die Gewinne der drei größten Stromkonzerne sind in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen: von sechs Milliarden Euro jährlich im Jahr 2002 auf über 23 Milliarden jährlich im Jahr 2009 (siehe Seite 4).
- E.on-Vorstand Dr. Johannes Teyssen sagte auf der Bilanzpressekonferenz am 10. November 2010 klar und öffentlich, dass sich die Strompreise für Haushaltskunden nicht an den Kosten, sondern am Wettbewerb orientieren.
- Die branchenweite Erhöhung der Strompreise um 1,5 Cent/kWh hat also den Charakter einer Preisabsprache unter den Stromanbietern. Die Begründung „gestiegene EEG-Umlage“ ist lediglich ein Codewort, um die Öffentlichkeit in die Irre zu leiten und die erneuerbaren Energien zu diffamieren.

Entwicklung der Strompreise für private Haushalte von 1998 – 2009

(einschl. MWSt., in Ct/kWh)



- Bereits in den vorangegangenen Jahren hatten die Stromversorger die Preise jeweils um gut einen Cent erhöht – ohne ausreichende Begründung.
- Die Preise wurden in den vergangenen Jahren hauptsächlich von den Grundversorgern erhöht.
- Der Bundesgerichtshof hat die Versorger in der Grundversorgung verpflichtet, alle Kostensenkungen unmittelbar an die Kunden weiterzugeben (BGH VIII ZR 138/07 Rn. 39, VIII ZR 81/08 Rn. 18). Die Preiserhöhungen stellen damit vermutlich einen Rechtsbruch dar.
- Der rasche Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung vermindert den Stromabsatz aus konventionellen Kraftwerken und damit das Kerngeschäft der Stromkonzerne. Diese Konzerne haben also allen Grund, um ihre gewaltigen Gewinne zu zittern und die Öffentlichkeit gegen die Förderung erneuerbarer Stromerzeugung aufzubringen.
- Verbraucher müssen den Neubau von Kraftwerken stets über den Strompreis bezahlen. Die Einspeisevergütung nach dem EEG senkt die Erzeugungskosten der erneuerbaren Energien mit großer Geschwindigkeit. Sie entspricht daher den Kosten für den Bau neuer Kraftwerke. Durch die Finanzierung über das EEG ist von vornherein entschieden, dass mit diesen Geldbeträgen nur die Erneuerbaren ausgebaut werden. Den Stromversorgern ist die Entscheidung darüber, welche Kraftwerke gebaut werden, aus der Hand genommen.
- Der Vorsitzende der Bundesnetzagentur, Mathias Kurth, warnte die Stromversorger davor, die gestiegene EEG-Umlage in voller Höhe auf die Strompreise der Verbraucher aufzuschlagen. Auch der Vorsitzende der Monopolkommission, Professor Justus Haukap äußerte sich in diesem Sinne.

Fortsetzung auf Seite 39

Energie-Ernte im Flug



Das kalifornische Start-Up-Unternehmen *Makani Power* hat Flugdrachen entwickelt, die aus Windenergie Strom erzeugen. Die Leistung der Drachen beträgt ein Megawatt. Dabei können die Konstruktionen im Jahresdurchschnitt dieselbe Leistung erzeugen wie konventionelle Windkraftanlagen mit zwei Megawatt – und das bei einem erheblich geringeren Aufwand an Ressourcen und Installation, berichtet das Magazin *Technolo-*

gy Review. Der neue Prototyp des Drachens besteht aus einem Carbonfaser-Flügel mit acht Metern Spannweite samt Bordelektronik, an dem drei Propeller angebracht sind. Die Propeller erzeugen die meiste Zeit Strom, der über ein Kabel zum Boden gelangt. Bei Flaute halten die Propeller den Drachen in der Luft. Je höher der Drache fliegt, desto kräftiger weht der Wind und desto größer ist die Stromausbeute. Es ist möglich,

mehrere Drachen zu einer Windfarm zu kombinieren. Die US-Regierung hat das Projekt mit drei Millionen Dollar gefördert, der Suchmaschinenbetreiber *Google* steigt mit 20 Millionen Dollar ein. Bis 2012 soll es nach Unternehmensangaben eine kommerzielle Version mit einem Megawatt geben, die bis 2015 marktreif sein soll. Der Drache soll rund zwei Tonnen wiegen und eine Spannweite von 35 Metern haben.

KLIMAAANLAGEN

Sonnige Kühlung

Mit Sonnenkraft nicht nur wärmen, sondern auch kühlen – das geht, wie die weltweit erste, direkt solarbetriebene Klimaanlage zeigt. Sie war kürzlich auf dem *World Solar-Powered Air Conditioning Development Forum 2010* in Dezhou in der chinesischen Provinz Shandong zu sehen und ist das Ergebnis dreijähriger Arbeit chinesischer und amerikanischer Wissenschaftler. Die Entwicklung stammt von der *Vicot Air Conditioning Ltd.* und ermöglicht eine

ununterbrochene Kühlung, Erhitzung und Warmwasserversorgung. Als ergänzende Energiequelle kann Erdgas dienen.

Die Klimaanlage erreicht eine optimale thermale Kühleffizienz von 85 Prozent. Ihre Nutzbarmachung der Solarkraft liegt beim 27-fachen eines herkömmlichen Warmwasserbereiters. Die Erstinvestition in eine Anlage amortisiert sich nach 3,5 Jahren, hieß es von *Vicot*, die Gesamtinvestition nach 6,7 Jahren.

PEAK-OIL

Erdölverknappung bedroht Sicherheit

Das Zentrum für Transformation der Bundeswehr hat in einer Studie die Auswirkungen einer weltweiten Erdölverknappung auf unsere Sicherheit untersucht. Danach führt die Verknappung von Erdöl zu einem systematischen Risiko, da nahezu jedes gesellschaftliche Subsystem mittelbar oder unmittelbar betroffen ist. Die Konzentration der verbliebenen Lagerstätten geht mit einer weitreichenden Verschiebung globaler Machtstrukturen einher,

verbunden mit einem Bedeutungsverlust der westlichen Industriestaaten. Die Folgen des Peak-Oil, der bereits um das Jahr 2010 liegen könnte (siehe Seite 6), werden mit einer Zeitverzögerung von 15 bis 30 Jahren erwartet. Es sei notwendig, die Risiken zu erkennen und Alternativen zu etablieren.

Die Studie ist als PDF im Internet abrufbar unter <http://tinyurl.com/sicherheitsbericht>.

Windige Geldanlagen oder stürmische Rendite?

Grünes Geld liegt im Trend: Viele nachhaltige Fonds arbeiten gut, solide und erfolgreich. Andere Anlageoptionen dagegen erweisen sich als Geldgrab. Orientierung gibt ein neuer Ratgeber für Anleger.



Der siebenköpfige Anlegerbeirat des Bundesverbandes Windenergie vertritt etwa 17.000 Anleger. Er hat einen Ratgeber für Anleger zusammengestellt. Er wird erstmals auf den Internetseiten des Bund der Energieverbraucher e.V. veröffentlicht.

Die Windenergie-Branche in Deutschland hat sich in den vergangenen 15 Jahren rasant entwickelt: Mittlerweile sind über 22.000 Megawatt Nennleistung am Netz. Anleger und Unternehmen haben insgesamt etwa 25 Milliarden Euro investiert. Ein großer Teil dieser Investitionen ist über klassische Publikumsgesellschaften in der Rechtsform einer GmbH & Co. KG finanziert worden. An diesen Windparkfonds haben sich über 100.000 Kommanditisten beteiligt, oft als Mehrfachzeichner bei verschiedenen Fonds.

Über die Hälfte der Anleger zufrieden

Nach einer Umfrage des Bundesverbandes Windenergie e. V. sind über die Hälfte der antwortenden Anleger mit ihrer Investition zufrieden. So mancher Fonds entpuppt sich jedoch auch als Finanzdesaster. Auffallend häufig passiert dies bei Publikumsgesellschaften großer Emissionshäuser. Häufige Fehler sind dabei Überbewertungen der Windertagspotentiale, die von der angestrebten Zielrendite aus berechnet wurden, unausgereifte Anlagentechnik oder zu niedrig

angesetzte Wartungskosten. Ein weiterer Grund für die Ernüchterung vieler Anleger sind völlig überzogene weiche Kosten wie Provisionen und Aufschläge, und ein inkompetentes und wenig engagiertes oder gar trickreich-unredliches Management.

Doch woran erkennen Anleger, ob ihr Windpark gut läuft? Und was gilt es zu tun, wenn die im Verkaufsprospekt versprochenen Ausschüttungen ausbleiben, die Reparaturen immer teurer werden und man den Eindruck hat, dass alle vom Windpark profitieren – außer den Anlegern?

Der Ratgeber zeigt Möglichkeiten auf, wie geprellte Anleger vorgehen können, etwa durch eine genaue Analyse, mögliche Umfinanzierungen oder Repowering, also dem Austausch unwirtschaftlicher Module durch neue, verbesserte Technologie.

Hilfe bei der Wertermittlung

Wer trotz allem seine Anteile am Windpark verkaufen will oder muss, der erhält einen Überblick über die Möglichkeiten des Ausstiegs, etwa über Fondsgesellschaften, Fondsbörsen oder einen Verkauf in Eigenregie. Die Broschüre gibt dabei Anhaltspunkte für die Wertermittlung des Windparks und geht auch auf mögliche Steuerprobleme der Anlage ein. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit dem Thema Prospekthaf-

tung, also der Tatsache, dass der Herausgeber des Windparkprospekts und die weiteren Beteiligten an der Emission haften, wenn der Prospekt falsche oder irreführende Angaben erhält, die den Anleger benachteiligen. Dazu gehört zum Beispiel die Tatsache, dass neben dem beworbenen Windpark weitere Anlagen installiert werden, oder wenn die Windangaben auf Messungen beruhen, die 200 Kilometer entfernt stattgefunden haben.

Konkrete Beispiele zeigen auf, welche Fallstricke lauern, falls jemand Windkraftanlagen als Altersabsicherung eingeplant hat. Musterverträge und Vorlagen für Beiratsberichte sowie Antragsmuster runden den kostenlosen Ratgeber ab.

<http://tinyurl.com/windparkratgeber>



Mit einer grünen Anlage schwarze Zahlen schreiben
Broschüre des Bundesverbandes für Windenergie für Interessenten an einer Geldanlage in einem Windpark. Für private Anleger oder zu gemeinnützigen Zwecken kann die Broschüre im Internet heruntergeladen werden: <http://tinyurl.com/bweanlegerinfo>

„Sie niveauloser Kerl!“

Elf Flüssiggasunternehmen und neun Geschäftsführer sollen insgesamt 250 Millionen Euro Bußgelder berappen. Das Bundeskartellamt wirft den Betroffenen Kundenschutzabsprachen vor. Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf zeigen sich die Flüssiggasanbieter einmal mehr von ihrer unangenehmen Seite: Sie versuchen, Zeugen zu verunsichern und leisten sich außerhalb des Gerichtssaals deftige Entgleisungen.

Nach seinen Durchsuchungen im Jahr 2005 kam das Kartellamt zu dem Schluss, dass die betroffenen Unternehmen Kundenschutzabsprachen mit einer Wirkung ähnlich einem Gebietskartell getroffen hatten – inklusive einzelnen Elementen von Preisabsprachen. Betroffen sind die führenden Flüssiggasanbieter, insbesondere die Mitglieder des *Deutschen Verbandes Flüssiggas e. V. (DVFG)*. Seit mindestens 1997 hatten sie sich darauf verständigt, sich gegenseitig keine Kunden abzuwerben. Wechselwilligen Kunden wurde auf Nachfrage kein Preis oder nur ein überhöhter „Abschreckungspreis“ genannt. Diese Absprachen schädigten die Verbraucher erheblich. Dies gilt besonders für Kunden, die einen Miettank der etablierten Flüssiggasanbieter nutzten: Sie waren den überhöhten Preisen schutzlos ausgeliefert.

Das Bundeskartellamt hat die Bußgelder nach der Mehrerlösberechnung ermittelt. Dabei hat es die Preise der freien Anbieter als Maßstab für die Berechnung der durch das Kartell erzielten erheblichen Mehrerlöse genommen. Für diese Berechnung hatte der Bund der Energieverbraucher seine Archive zur Verfügung gestellt, denn der Verein veröffentlicht seit vielen Jahren regelmäßig die regionalen Preise freier Flüssiggasanbieter.

Entgleisungen beim Einspruchsverfahren

Vor dem vierten Kartellsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf wird derzeit über die Einsprüche gegen die Bußgeldbescheide des Kartellamtes verhandelt (*Az. VI-4 Kart 2-6/10 OWi*). Die Flüssiggas-Lieferanten wehren sich gegen den Vorwurf, den Endverbraucher durch Preis- und Gebietsabsprachen übervorteilt zu haben. Das Kartellamt spricht von teilweise bis zu 100 Prozent überhöhten Preisen. In dem Verfahren wurde Aribert Peters als Vorsitzender des Bundes der Energieverbraucher, der Flüssiggasexperte des



Vereins Gert Gaetke und Bernadette Hövelmann als Zeugen vernommen. In den über Stunden andauernden Zeugenbefragungen versuchten die zahlreichen Anwälte der betroffenen Flüssiggas-Unternehmen mit allen Mitteln, die Zeugen unglaublich erscheinen zu lassen und zu verunsichern. Das mag legal sein, spiegelt aber auch das Verhalten mancher Lieferanten im Umgang mit ihren Kunden sehr deutlich wieder.

Dass die Nerven bei den Lieferanten blank liegen, ist verständlich – schließlich geht es um sehr, sehr viel Geld. In einem E-Mail-Schriftwechsel

schrieb der Vorsitzende des DVFG Richard Hareiner und früherer Geschäftsführer von Tyczka an Gert Gaetke: „Ich verbitte mir jede weitere Kontaktaufnahme ... Sie niveauloser Kerl“. Zu solchen Entgleisungen sollte es allerdings nicht kommen, nicht im Gerichtssaal und auch nicht außerhalb.

Die Bußgeldbescheide sind noch nicht rechtskräftig. Es ist damit zu rechnen, dass erst der Bundesgerichtshof die Verfahren endgültig entscheidet. Deshalb ist noch mit länger andauernden rechtlichen Auseinandersetzungen zu rechnen.

Flüssiggas-Kunden gesucht

Den durch das Kartell geschädigten Verbrauchern steht nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen § 33 Abs. (3) ein Ersatz des Schadens zu. Erst nach der Rechtskraft der Bußgeldbescheide sind jedoch Schadensersatzprozesse erfolgversprechend. Denn dann gilt der Kartellverstoß als erwiesen und muss nicht erneut unter Beweis gestellt werden.

Der Bund der Energieverbraucher sammelt derzeit die Ansprüche der betroffenen Verbraucher, um sie später dann gebündelt geltend zu machen. Die betroffenen Verbraucher, die zwischen 1. Juli 1997 und 1. Mai 2005 von *Drachen-Propangas, Friedrich Scharr KG, Sano-Propan, Tyczka Energie, Tyczka Totalgas, Primagas, Progas, Transgas, Thermogas, Westfalen AG oder Propan Rheingas* beliefert wurden, sollten sich auf der Internet-Seite www.energieverbraucher.de/seite_2130.html unverbindlich melden und ihre Adresse hinterlegen.

Der Stromzähler im Wohnzimmer

Mit Smart Metern lässt sich vielleicht das letzte Geheimnis in deutschen Haushalten lüften: Wer verbraucht wann und wofür wie viel Strom? Wer nicht auf einen intelligenten Zähler von seinem Netzbetreiber warten will, kann sich bereits heute seine Stromzählerinformation auf ein schickes Anzeigegerät in seine Wohnung holen. Es gibt dazu bereits mehrere Modelle. Ein Praxisbericht von Oliver Stens.

Es gibt zwei Möglichkeiten, um dem eigenen Stromverbrauch auf die Schliche zu kommen: Einen intelligenten Stromzähler neu einbauen lassen. Oder den eigenen Zähler zum Sprechen bringen.

Intelligente Zähler

Bundesweit bieten derzeit zwei Unternehmen intelligente Zähler an: *Yello* und *Discovery*. Beide System arbeiten ähnlich: Für einmalig 79 Euro (*Yello*) beziehungsweise 69 Euro (*Discovery*) ersetzt der „Smart Meter“ den vorhandenen Zähler und schickt die Verbrauchsinformation über das Stromnetz im Haus an einen DSL-Anschluss – ohne den geht es nicht. Die reinen Verbrauchsinformationen werden an den Stromlieferanten übertragen, Details zeigt der heimische PC für die Auswertung.

Smarte Sensoren

Wer will, kann auch selbst den eigenen Zähler anzapfen. Dabei gibt es drei Möglichkeiten. Alle beruhen auf dem gleichen Messprinzip: Ein Sensor wird auf den Stromzähler im Keller geklebt. Er erkennt den Stromverbrauch daran, wie schnell sich die Scheibe mit der roten Markierung dreht. Der Sensor kann alternativ auch den Gasverbrauch messen: Die meisten Gaszähler haben an der letzten Kom mastelle eine Reflexionsmarkierung. Beispielsweise ist die Null mit einer Spiegelfolie ausgefüllt, die der Sensor ebenfalls erkennt.

Nach jeder Umdrehung sendet er ein Funksignal an eine Anzeigeeinheit. Diese wertet das Signal aus und zeigt das Ergebnis in ansprechender Form an. An der Frage, wie ansprechend diese Anzeige aufgebaut ist, entscheidet sich vermutlich, ob das Gerät ein hilfreiches Einspar- und Verständnis-Werkzeug wird, oder nach kurzem Anfangsinteresse unbemerkt vor sich hin misst.



Der Wattcher beobachtet den Stromzähler – die momentan bezogene Leistung kann an jeder Steckdose sichtbar gemacht werden

Die Zählerkonstante macht's

Auf jedem Stromzähler ist eine Zählerkonstante aufgedruckt. Bei den üblichen, schwarzen Ferrariszählern besagt sie, wie viel mal sich das Metallrädchen dreht, bis eine Kilowattstunde verbraucht ist. Oft liegt die Zahl bei 75 oder bei 150 Umdrehungen für eine Kilowattstunde. Neuere Digitalzähler senden über eine Leuchtdiode

Stets den Stromverbrauch im Blick

(LED) oft 1000 Blinksignale oder noch mehr für jede Kilowattstunde. Je höher die Signalfrequenz, desto besser ist das für den Kunden, denn das erleichtert die Einstellung und erlaubt eine Energieüberwachung in kürzeren Zeitabschnitten. Wer einen Zähler mit geringer Zählerkonstante hat, wartet länger auf das nächste Signal. Dann ist es hilfreich, einen bekannten Großverbraucher wie Heizlüfter oder Fön während der Installation einzuschalten, damit die Einstellung in akzeptabler Zeit erfolgen kann.

Alle Sensoren senden die Daten per Funk an das Display. Ist der Weg zu weit oder sind zu viele Mauern im Weg, kommt beim Empfänger kein Signal mehr an. Alle Geräte melden daher in der Anzeige, dass die Funkverbindung gestört ist. Im Praxistest in verschiedenen Häusern war das leider häufig der Fall. Im Zweifelsfall hilft nur: ausprobieren und gegebenenfalls zurücksenden.

Der Wattcher: Einfach und schön

Der Designer Marcel Wanders hat mit dem *Wattcher* den ITC Umweltpreis 2010 gewonnen. Das Amsterdamer Produktentwicklungsbüro *Innovaders* setzt mit dem Gerät nicht auf technische Raffinessen, sondern legt eher Wert auf die Ästhetik und die Funktionalität: Auspacken, montieren und loslegen geht sehr schnell. Los geht's mit der Sensormontage am Stromzähler.

Einer für Alle

An einem kleinen Wahlschalter im Batteriefach des Sensors wählt man seinen Zählertyp. Der Sensor benötigt zwei Batterien, die etwa ein Jahr



Leicht zu montieren: Der Wattcher beobachtet ständig, wie schnell sich die Zählerscheibe dreht.

lang reichen. Der Sensor erkennt sowohl die Markierung normaler Ferraris-Stromzähler als auch das LED-Blinken neuerer Digitalzähler. Die Befestigung des Sensors am Zähler erfolgt mit dem mitgelieferten Klebe-Klettband.

Ein großer Vorteil des Wattchers ist, dass er die Sensorempfindlichkeit automatisch einstellt – man muss ihn „nur“ an die richtige Position kleben. Kommt kein Blink-Signal, nachdem die Markierung vorbeilief, muss man die Position optimieren. Dank des Klettbandes geht das schnell.

Verständliche und deutliche Anzeige

Die Bedienungsanleitung ist in einfachen Worten klar und verständlich beschrieben. Das Display selbst ist batteriefrei: Man steckt es in eine beliebige Steckdose des Haushalts, die man gut im Blick hat. Zur Bedienung gibt es nur eine Taste, mehr ist nicht nötig. Da alle gängigen Zähler konstanten gespeichert sind, ist die passende schnell ausgewählt.

Fertig. Messung und Anzeige beginnen. Der Wattcher zeigt die momentane Leistung des Haushalts in Watt an. Es macht Spaß, auf Erkenntnisreise zu gehen. Die fünfstellige helle Digitalanzeige ist auch von Weitem noch gut erkennbar. Es ist sehr beeindruckend, zu sehen, wie die Anzeige je nach gemessener Leistung wie ein Herzschlag schneller oder langsamer pulsiert. Alternativ ist die Tagessumme (Verbrauch der letzten 24 Stunden) auf dem Display darstellbar, wahlweise in Kilowattstunden oder als Prozentwert eines vorher gesetzten Zielverbrauchs. Nützlicher Nebeneffekt: Nach einiger Zeit erkennt man allein an der Anzeige, ob ein Stromverbraucher wie der Trockner oder die Waschmaschine fertig gelaufen ist.

Der EM1010 PC: Was für Technikfans

Dieses Gerät vom *Elektronikversand ELV* bietet zwar die meisten Möglichkeiten, ist aber auch das komplizierteste der drei vorgestellten Geräte. Der Weg zu den Daten ist mühsam. Das beginnt mit der Installation und Inbetriebnahme. Man legt Batterien ein und klebt den Sensor mit doppelseitigem Klebeband auf den Zähler. Leider erkennt der Sensor nicht auf Anhieb jedes Vorbeikommen der Markierung, denn neben der optimalen Position muss man auch die Sensorempfindlichkeit richtig einstellen – ein schwieriges Unterfangen. Nach dem Ankleben kann man den Sensor kaum noch ablösen. Insgesamt kostet die Installation viel Zeit und Nerven, wenn sie überhaupt gelingt. Als Belohnung zeigt das Display zwei Verbrauchsangaben gleichzeitig an. Wählbar ist die Leistung in Kilowatt oder die Energie in Kilowattstunden als zurückliegende Stunden-, Tages-, Wochen-, Monats- oder Jahresverbrauchswerte. Auch eine Anzeige in Euro ist möglich. Im Lieferumfang ist eine Auswertesoftware enthalten. Per USB-Kabel lassen sich die Daten an den PC übertragen und als Diagramm anzeigen. Als Messdaten werden Fünfminuten-Werte der letzten Monate gespeichert. Die Software dient zur Interpretation und Archivierung. Für Präsentationen kann man Gesamt- oder Einzeldaten exportieren, um sie beispielsweise in Excel zu formatieren. Die Auswertemöglichkeiten am PC scheinen eher für den professionellen Einsatz hilfreich. Mit einer Einzelsteckdose EM 1000 FM für etwa 40 Euro als Zubehör lassen sich einzelne Verbraucher oder Verbrauchsgruppen an einer einzelnen Steckdose untersuchen.

Die Energiespar-Ampel

Die Energiespar-Ampel ist die aktuellere Entwicklung von ELV. Da die Anzeige und die Eingabefunktionen in deutscher Sprache erfolgen,

erleichtert dies das Verständnis und die Bedienung. Das Gerät gibt eine möglichst präzise Verbrauchs- und Kostenanalyse samt einer Prognose. Dazu muss man dem Gerät zahlreiche Angaben mitteilen: Strompreise mit Arbeits- und Grundkosten, Zählerstände und Daten bei Rechnungsstellung und bei der Installation.

Zudem soll man festlegen, auf welche Weise der momentane Verbrauch kommentiert und signalisiert werden soll.

Die Installation ist ähnlich umständlich wie bei dem EM 1010PC. Immerhin wird die Sensorempfindlichkeit auf einer kleinen Digitalanzeige am Sensor angezeigt. Eine verlässliche Installation ist mit dem Gerät leider nicht möglich und bleibt eine reine Glückssache. Die Energiespar-Ampel, sollte sie denn einmal funktionieren, zeigt auf dem Display den laufenden Tagesverbrauch und den von gestern und vorgestern. Zusätzlich werden Monats- oder Jahressumme in kWh angezeigt.

Ausblick

Alle drei vorgestellten *Smart-Displays* haben Charme und das Potenzial, den Stromverbrauch transparent zu machen. Der Wattcher ist am besten für eine breite Bevölkerungsschicht geeignet: Das Gerät macht den Stromverbrauch auch ohne technisches Vorwissen sichtbar. Man erkennt so nebenbei und mühelos, ob das eigene Verhalten viel oder wenig Strom verbraucht und kann so Strom einsparen. Ob es gelingt, die *Smart-Displays* zu Massenprodukten zu entwickeln, wird die Zukunft zeigen.

Wattcher: www.wattcher.nl/deutsch

Für 112 Euro (99 Euro plus Versandkosten) im Internet bestellbar. Achtung: Suchtgefahr!

dezentrale Wohnraumlüftung mit Wärmerückgewinnung

Sparen Sie Energie beim Lüften!
erfüllt die Vorgaben der
ENEV 2009 + DIN 1946-6



- keine Pollen und kein Staub ✓
- weniger Lärm von draußen ✓
- bis 91% Wärmerückgewinnung ✓
- geringer Stromverbrauch ✓
- einfache Montage / Wartung ✓
- DIBt zugelassen / TÜV geprüft ✓

inVENTer®
einfach genial lüften
Öko-Haustechnik inVENTer GmbH
www.inventer.de

Foto: Architekturbüro Agnes Weber

DER SCHIMMELWÄCHTER COMFORT CONTROL THERMO-HYGROMETER



€ 21,90

INKL. VERSAND

- Temperatur und Luftfeuchtigkeit
- Höchst- und Tiefstwerte
- Taupunktanzeige
- warnt bei Schimmelgefahr
- Anleitung mit vielen Tipps zum aktiven Heizen und Lüften

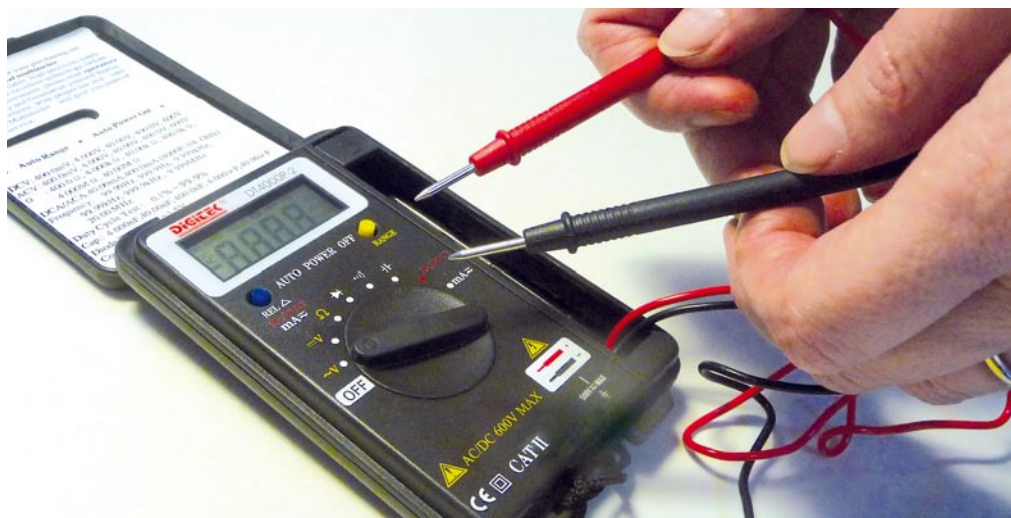


gibt's bei www.wetterladen24.de
74417 Gschwend · Tel. 07972 - 912701

ZUHAUSE

Eine spannende Frage

Ich kontrolliere die Netzspannung. Seit zwei Jahren beträgt sie durchgehend 240 Volt und einige Stunden am Tag sogar 245 Volt. Vorgeschrieben sind 230 Volt. Ist diese Abweichung zulässig? Misst der Stromzähler dann noch korrekt? Wer trägt die Schäden?



Die Spannungsqualität ist in der Euronorm EN 50160 festgelegt. Die Niederspannung ist seit 1995 auf 230 Volt festgelegt mit einer zulässigen Abweichung von zehn Prozent nach oben und unten. Für 95 Prozent aller Zehn-Minuten-Zeiträume muss dieser Wert eingehalten werden. Die Stromversorger liefern meist 240 oder sogar 245 Volt. Damit halten sie die genannte Norm ein. Für die Versorger bringen die höheren Spannungswerte Vorteile, denn die höhere Spannung erhöht auch den Verbrauch, weil eine höhere Spannung die Stromstärke erhöht. Wenn man nur 230 Volt wie vorgeschrieben liefern würde, ginge der Verbrauch um acht Prozent zurück. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Ein Heizstrahler, der bei 230 Volt eine Leistung von einem Kilowatt hat, verbraucht bei 240 Volt Spannung 1.088 Watt. Eine Glühbirne, die bei 230 Volt 1.000 Stunden brennt, hat bei 240 Volt nur noch eine drastisch reduzierte Lebensdauer von 550 Stunden. Der Stromzähler registriert den höheren Verbrauch auch bei 240 Volt völlig korrekt.

Es gibt Trafos, mit denen man die Spannung des Stromnetzes auf 210 oder 220 Volt verringern

kann. Diese kosten natürlich Geld und verbrauchen selbst auch Strom. Darüber hinaus kommt es bei vielen Anwendungen nicht auf die Spannung, sondern auf die gelieferte Energiemenge an: Wer zum Beispiel einen Liter Wasser zum Kochen bringen will, der verbraucht dafür eine physikalisch bestimmte Energiemenge, unabhängig von der Spannung. Der Verbrauch eines Bügeleisens oder eines Staubsaugers verringert sich jedoch bei geringerer Spannung.

Die Frage stellte Dieter Schulze, Nossen

Sie fragen - wir antworten!

Haben Sie Fragen rund um Ihren Energieverbrauch, Strom- oder Gas/Öl-Lieferungen, rechtliche Bestimmungen oder neueste technische Entwicklungen?

Schreiben Sie uns - wir greifen Ihr Anliegen nach Möglichkeit auf und befragen für Sie Experten. Die Antwort lesen Sie an dieser Stelle in der Energiedepesche.

ALFA MIX

Waschen mit Sonnenwärme



ALFA MIX – Das Vorschaltgerät für die Waschmaschine

ALFA MIX speist die Waschmaschine mit warmem Wasser aus Solaranlagen und anderen umweltfreundlichen Wärmequellen. Ein 4-Personen-Haushalt kann damit mehr als 300kWh Strom im Jahr einsparen. Mit ALFA MIX wird Solarwärme wirtschaftlicher nutzbar. Für Waschmaschinen mit Startzeitvorwahl auch in der Version **Autostart**.

Umweltschonende Technik
OLFS & RINGEN

Richtweg 4 • 27412 Kirchtimke
Tel. 04289-926692 • Fax. 04289-926693
info@olfs-ringen.de • www.olfs-ringen.de

Wenn Mieter nachrechnen

Wer zur Miete wohnt, braucht Betriebskosten nicht in jedem Fall widerspruchslos hinnehmen und zahlen: Einschlägige Urteile zeigen, dass der Vermieter dem Wirtschaftlichkeitsgebot unterliegt und nicht nach Gutdünken walten kann.



- Hat der Vermieter Betriebskosten nicht fristgerecht über einen Abrechnungszeitraum hinweg abgerechnet, kann der Mieter nach Beendigung des Mietverhältnisses die Rückzahlung der geleisteten Vorauszahlungen verlangen. Die Verjährungsfrist dafür beginnt mit Ende des Jahres, in welchem das Mietverhältnis beendet wurde (*AG Peine, Beschluss vom 30. Januar 2008, 16 C 321/07*).
- Materiell-rechtliche Einwände gegen die Betriebskostenabrechnung muss der Mieter dem Vermieter auch dann innerhalb eines Jahres erneut mitteilen, wenn er sie bereits gegenüber einer früheren Abrechnung erhoben hatte (*BGH Urteil vom 12. Mai 2010 Az VIII ZR 18 5/09*).
- Die Beachtung des Wirtschaftlichkeitsgebots kann es erfordern, dass der Vermieter zur Kalkulation der nach Mietvertrag umzulegenden Betriebskosten Leistungsvergleiche und Kostenangebote einholt, um die mietvertraglich geschuldete Gebäudebewirtschaftung zu leisten (*AG Aachen, Urteil vom 14. August 2009, Az 116 C 23/09*).
- Kosten der Abrechnung und Verbrauchserfassung der Heizung und Warmwasserversor-

gung, die 15 Prozent der Brennstoffkosten regelmäßig übersteigen, widerlegen die Wahrung des Wirtschaftlichkeitsgebots und sind aus der Heizkostenabrechnung zu eliminieren (*AG Regensburg, Urteil vom 21. April 2004, 8 C 3280/03*).

- Unverhältnismäßig hohe Heiznebenkosten für Abrechnung und Ausstattung mit Geräten zur Verbrauchserfassung sind aus der Heizkostenabrechnung zu eliminieren (*AG Regensburg, Urteil vom 6. Juni 2002, Az 10 C 831/02*).

Fortsetzung von Seite 31:

Fazit

Für den Stromkunden erwecken die Strompreiserhöhungen den Eindruck, die Erneuerbaren würden den Strompreis im Jahr 2011 um zusätzliche 1,5 Cent/kWh verteuern.

Dieses Argument hält einer kritischen Prüfung nicht stand. Wer dennoch so argumentiert, macht sich fehlender Sachkenntnis oder einer interessengeleiteten Argumentation verdächtig. Verbraucher wollen mit ihrem Geld den Ausbau Erneuerbarer finanzieren und sind auch bereit, dafür höhere Strompreise in Kauf zu nehmen. Versorger missbrauchen diese Bereitschaft, um sich die Taschen zu füllen.

Es stellt sich also nicht die Frage, ob wir uns den Ausbau der Erneuerbaren leisten können und wollen. Denn dazu gibt es keine Alternative. Sondern es ist zu fragen, wie lange wir den Stromversorgern ihre überzogenen Preise und ihre Lügen noch durchgehen lassen wollen. Durch den Anbieterwechsel weg von den Konzernen und ihren Töchtern kann jeder Verbraucher die rote Karte zeigen: Ohne jedes Risiko. Er wird nicht nur mit einem guten Gewissen, sondern zusätzlich noch mit Kosteneinsparungen in Höhe von mehreren hundert Euro belohnt.

<http://tinyurl.com/stromkaufbilliger>

<http://tinyurl.com/gewinnexplosion>

EcoTec-Energiesparhaus.de

...im Sommer angenehm kühl,
im Winter wohlig warm...

- * ökologischer Holzsystembau
- * hoch wärmedämmend und energiesparend
- * wasserdampfdurchlässige Gebäudehülle
- * ökologisch nachhaltige Bauweise
- * effektiver sommerlicher Hitzeschutz
- * energieeffiziente Haustechnik
- * CO₂-reduzierende Wärme-/Lüftungstechnik



Eco Tec Energiesparhaus e.K.

Joseph-Haydn-Weg 20 | 32756 Detmold
Tel. 05231-569596 | Fax. 05231-3047538
info@ecotec-energiesparhaus.de



Hauptversammlung des Vereins

Am 6. November 2010 fand in Unkel die Hauptversammlung des Bundes der Energieverbraucher e. V. statt. Die Delegierten wählten Erwin Bidder zum Versammlungsleiter. Der Vereinsvorstand berichtete über die Vereinstätigkeit der vergangenen zwei Jahre. Der Rechnungsprüfer hatte die Rechnungslegung des Vereins geprüft, ohne Beanstandungen zu finden. Der Vorstand wurde daraufhin entlastet. Als Rechnungsprüfer für die kommenden zwei Jahre wurden Erwin Bidder und Horst Allgaier gewählt. Die Versammlung beschloss mit großer Mehrheit, dem Platz vor dem Vereinsgebäude den Namen „Hermann Scheer Platz“ zu geben.



Kooperationspartner Holzleitner-Elektro-Haushaltsgeräte

Der Bund der Energieverbraucher e. V. hat einen neuen Kooperationspartner für Energieeffizienz im Bereich Elektrogroßgeräte im Haushalt gewonnen. Die Firma Holzleitner ist ein alteingesessenes Familienunternehmen betreibt rund 30 Filialen in Nordrhein-Westfalen. Speziell für unsere Mitglieder wollen wir attraktive Maßnahmen „rund um Energieeffizienz“ schmieden. Die Verhandlungen laufen – die Ergebnisse stellen wir Ihnen in der kommenden Energiedepesche vor.

INTERNET

Mein energieverbraucher.de

Die gegenseitige Hilfe von Mitgliedern untereinander ist ein wichtiger Grundgedanke im Bund der Energieverbraucher e.V. Dazu ist es wichtig, dass sich die Mitglieder untereinander vernetzen. Nun bietet der Verein seinen Mitgliedern völlig neue Möglichkeiten, untereinander in Kontakt zu treten. Dazu dient die Seite energieverbraucher.de, auf der sich ständig etwa 100 bis 200 Besucher zu Energiethemen informieren.

- Jedes Mitglied kann Name, Anschrift und eine kurze Personenbeschreibung hinterlegen und bestimmen, ob andere Besucher dies sehen dürfen.
- Zusätzlich kann man angeben, auf welchen Gebieten man selbst fachliche Kompetenzen hat, zum Beispiel Bürogeräte, Wärmedämmung usw.
- Jedes Mitglied kann gezielt nach solchen Kompetenzen suchen und mit einem Mitglied durch senden einer Nachricht in Kontakt treten, sofern dieses einer Kontaktaufnahme zugestimmt hat.
- Möglich ist auch ein Chat mit anderen Besuchern der Seite.



- Wer möchte, kann sich andere Besucher auf der Seite als „Favoriten“ merken und so schnell wieder auf dessen Daten zurückgreifen.

Wir hoffen, die Vernetzung der Mitglieder untereinander stärker voranzutreiben und dass möglichst viele Mitglieder das Angebot nutzen, um noch stärker vom Verein zu profitieren. Der Verein ist sehr gespannt, wie die Mitglieder die neuen Angebote annehmen und ob sie sich bewähren.

VERBRAUCHERORGANISATION

Verein exportiert Wissen nach Ägypten



Am 2. Oktober 2010 haben sich vier Organisationen in Kairo zusammengeschlossen, um gemeinsam eine ägyptische Vertretung von Energieverbrauchern ins Leben zu rufen. Am 2. November 2010 veranstaltete diese Gruppe ein größeres Treffen, um die Idee einer Verbrauchervertretung im Energiebereich mit verschiedenen Persönlichkeiten und Organisationen zu disku-

tieren. Das Vorhaben wurde dort mit großer Begeisterung begrüßt und seine unterschiedlichen Aspekte diskutiert. Dr. Aribert Peters berichtete von den Erfahrungen beim Aufbau einer Energieverbraucherorganisation in Deutschland.

Energietelefon

Experten beraten Mitglieder am Telefon in Energiefragen:

Allgemeine Energiefragen, Heizung, Dämmung:

Mo. 20.00 - 21.00 | 040.390 29 39 | Michael Hell

Hausgeräte, Energiesparlampen, Passivhäuser:

Mo. 19.00 - 21.00 | 0523.139 07 47 | Klaus Michael

Hausgeräte – Probleme und Reparatur:

Mo. 19.00 - 21.00 | 0800.2333 800 | Oliver Stens | keine TV-/Hifi-Geräte

Rechtsberatung:

Mo. 16.00 - 19.00 | 0800.2333 800

Mi. 16.00 - 19.00 | 0800.2333 800

Do. 18.00 - 21.00 | 0800.2333 800

Flüssiggas-Anwaltshotline:

Di. 16.00 - 18.00 | 0800.2333 800 | Gerd Rentzmann

Schornstein-Fragen:

Di. und Do. 9.00 - 12.00 | 02151.533 7020 | Frank Gärtner

Umzug: Meine neue Adresse

Zeitschriftensendungen werden selbst bei Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt!

Mitgliedsnummer

Name

Straße

Plz, Ort

Telefon

Email

Meine neue Bankverbindung lautet:

Konto BLZ

Kreditinstitut

Bitte schicken Sie mir Informationen

Bitte 2,90 Euro Rückporto beilegen, bei Mehrfachnennung fünf Euro

- ☐ Bund der Energieverbraucher e.V.
- ☐ Preis-Protest
- ☐ Flüssiggas
- ☐ Vor-Ort-Beratung
- ☐ BHKW-Infos
- ☐ Fördermittelübersicht
- ☐ Schönaauer Energiespartipps
- ☐ Liste sparsamer Hausgeräte

Von der Stiftung Warentest empfohlen



Abenteuer Energieeinsparen

DVD oder VHS

19,90 Euro (für Vereinsmitglieder 15 Euro)

zuzüglich drei Euro Versandkosten

So helfen wir Ihnen

STROM

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre Jahresabrechnung und teilen Sie uns mit, welche Abschlagszahlungen Sie geleistet haben. Nur für Privathaushalte, die Vereinsmitglied sind, 20 Euro.

Wer kann Sie günstig mit Strom versorgen?

Wir sagen Ihnen, welcher Anbieter für Sie in Frage kommt. Senden Sie uns Ihre letzte Stromrechnung oder sagen Sie uns, wie viel Strom (Kilowattstunden) Sie im letzten Jahr verbraucht haben. Für Mitglieder einmal jährlich kostenlos, für Nichtmitglieder zehn Euro.

ERDGAS

Verbrauchsdiagramm

Wollen Sie wissen, ob Sie am Ende nachzahlen müssen oder etwas zurück bekommen? Dann senden Sie uns Ihre letzte Gasrechnung. Wir berechnen Ihnen daraus den voraussichtlichen Gasverbrauch für jeden Zeitpunkt des laufenden Jahres. Für Mitglieder zehn Euro, für Nichtmitglieder 20 Euro.

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre aktuelle Abrechnung, die vorletzte Abrechnung (bei Abschlagsberechnungen) und die Abrechnung aus der die akzeptierten Preise hervorgehen. Nur für Privathaushalte, die Vereinsmitglied sind, 20 Euro.

FLÜSSIGGAS

Wollen Sie aus Ihrem Flüssiggasvertrag heraus?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihren Vertrag. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags und eine eidesstattliche Versicherung, dass die lange Laufzeit nicht auf Ihren Wunsch zustande gekommen ist – Muster im Infopaket Flüssiggas, bei uns anfordern oder unter <http://fluessiggasraus.energieverbraucher.de>. Für Mitglieder 25 Euro, für Nichtmitglieder 50 Euro.

Preisklausel ungültig?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihre Preisgleitklausel. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags. Für Mitglieder 50 Euro, für Nichtmitglieder 100 Euro.

HEIZKOSTENNABRECHNUNG

Ist Ihre Abrechnung richtig?

Unser Gutachten sagt es Ihnen. Schicken Sie uns die Heizkostenabrechnung Ihres Vermieters, Größe der Wohnung/ Haus in Quadratmetern, möglichst Tarifinformationen Ihres Gas-/Fernwärmeversorgers, Baujahr des Gebäudes. Für Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder 50 Euro.

SOLARSTROM-EINSPESIVERTRÄGE

Werden Ihre Interessen als Solarstrom-Erzeuger im Einspeisevertrag fair berücksichtigt? Wir lassen Ihren Vertrag von einer Rechtsanwältin überprüfen. Schicken Sie uns den Einspeisevertrag. Nur für Mitglieder – eine Prüfung jährlich kostenfrei.

Bitte einsenden an:

Bund der Energieverbraucher e.V.,

Frankfurter Str. 1, 53572 Unkel, Fax 02 22 4 - 10 32 1

service@energieverbraucher.de · www.energieverbraucher.de



Die Bundesregierung fördert seit Juli 2007 die ausführliche Energie-diagnose von Wohngebäuden, die vor 1994 gebaut wurden. Der Förderzuschuss beträgt für Ein- und Zweifamilienhäuser 300 Euro, für Drei- und Mehrfamilienhäuser 360 Euro maximal jedoch 50 Prozent der Kosten. Darüber hinaus gehende Kosten trägt der Eigentümer. Die Diagnose deckt erfahrungsgemäß Einsparmöglichkeiten von mehreren hundert Euro auf, die bisher ungenutzt blieben.

LEITZONE 00000

04103 Leipzig Dipl.-Ing. Ronald Heller, Baubiologischer Gebäude-Energieberater, Täubchenweg 1, T. 0341.3318508

LEITZONE 10000

10115 Berlin (Mitte) Dipl.-Ing. Franco Dubbers, Architekt und Energieberater, Bernauer Str. 8, T. 030.28099390 **10829 Berlin** (Schöneberg) AZI-MUT, Andreas Heinrichs, Hohenfriedbergstr. 27, T. 030.7877460 **17509 Katzow** Dipl.-Ing. (FH) Rolf Schade, Unterreihe 10a, T. 038373.20283

LEITZONE 20000

22147 Hamburg sparWatt, Nienhagener Str. 168, T. 040.6047877 **22339 Hamburg** Ökoplan, B. Schwarzfeld, Hummelsbütteler Weg 36, T. 040.5394143 **22765 Hamburg** H-M. Hell, Behring Str. 23, T. 040.3902939 **24306 Plön** Architekt Rainer Marcus Birkner, Knivsberggring 49, T. 04522.593722 **24340 Eckernförde** Dipl.-Ing. Architekt BDB Jörg Faltin, Rendsburger Str. 35, T. 04351.767591 **24629 Kisdorf**/Kisdorfer Wohld Dipl.-Ing. Carsten Heidrich, EnergieSystem, Ing.-Büro für Gebäudetechnik, Segeberger Str. 71a, T. 04194.9881883 **25337 Elmshorn** Dipl.-Ing. Max-Peter Hell, Effiziente Energie, Hans-Böckler-Str. 13, T. 04121.450852 **26382 Wilhelmshaven** IBP Bauplan Ing. ges. mbH, André Mantay, Ebertstr. 110, T. 04421.926411 **27283 Verden/Aller** Dipl.-Ing. Ralf Spleet, Ing.-Büro für Haustechnik, Rosenweg 19, T. 04231.930301

LEITZONE 30000

30952 Ronnenberg Energieberatung Lau & Partner, Andreas Lau, Schilfweg 24, T. 0511.435350 **31863 Coppenbrügge** Dipl.-Ing. Architekt Boris Schwitalski, Steinweg 8, T. 05156.785252 **33613 Bielefeld** Sachverständigenbüro Hans Westfeld, Niederbrodhagen 12, T. 0521/7808833 **35614 Asslar** Matthias Muchel, Lohrer Str. 6, T. 06441.679030 **35686 Dillenburg** Dietermann Energieberatung, Ing.-Büro f. Gebäudeanalyse u. Thermografie, Kellersgraben 2, T. 02771.850486 **38104 Braunschweig** Friese & Röver, Ökologische Haustechnik, Thomas Röver, Alte Dorfstr. 15, T. 0531.7012480 **38518 Gifhorn** Dipl.-Ing. Hartwig Höfers Energieberatung, Ringstr. 31, T. 05371.6709725

LEITZONE 40000

47800 Krefeld Frank Gärtner, Magdeburger Str. 3, T. 02151.533700 **47877 Willich** Dipl.-Ing. Rainer Schneider, Jupiterstr. 36, T. 02154.205203 **49124 Georgsmarienhütte** Energieberatung Seeber, Dipl.-Ing. Dietmar Seeber, Falkenstr. 6, T. 05401.363637 **49143 Bissendorf** Dipl.-Ing. Chr. Seebold, Architektur + Umwelt, Neue Str. 6, T. 05402.984185

LEITZONE 50000

51702 Bergneustadt NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Kölner Str. 178, T. 02261.949464 **53225 Bonn** Pro Tellus, Hans-Jürgen Kalb, Neustr.116, T. 0228.464219 **53567 Asbach** Ingenieurbüro Jüngling, Müllerstr. 10, T. 02683.949232 **53721 Siegburg** Dipl.-Ing. Thomas Zwingmann, Gartenstr. 27, T. 02241.258420 **54516 Wittlich** ANDRE Konzepte, Büro für Energieberatung, Dipl.-Ing. Bernhard Andre, Eifelstr. 23, T. 06571.954622 **55425 Waldalgesheim** Dipl.-Ing. Uwe Kaska, Untere Hey 2, T. 06721.400420 **55545 Bad Kreuznach** Ing.-Büro Rainer Winkels, Bretzenheimer Str. 19, T. 0671.44002 **56070 Koblenz** Dipl.-Ing. Christfried Hausdorf, Kaiser-Otto-Str. 13, T. 0261.9835998 **56477 Rennerod** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Alter Bahnhof, T. 02664.99789-10 **58332 Schwelm** Jens Blome, Sachverständigenbüro, Energieberatung, Theodor-Heuss-Str. 60, T. 02336.17215 **59073 Hamm** Dipl.-Ing. R. + D. Sarkander, An der Heckenrose 7, T. 02381.61821 **59457 Werl** Marc Fliesenberger, Energieberatung - Modernisierungsplanung, Walburgisstr. 11, T. 0172.2316671

LEITZONE 60000

63897 Miltenberg Dipl.-Ing. Architektur Karlheinz Paulus, Mainbullau 124, T. 09371.80710 **63924 Kleinheubach** Architekturbüro ads, Dipl.-Ing. Jürgen Kubitza, Schlosspark 5, T. 09371.97950 **65510 Idstein** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Black & Decker Str. 28, T. 06126.9577-60 **66280 Sulzbach** Dipl.-Ing. P. Wünsch, Ingenieurbüro EzET, Schlachthofstr. 11a, T. 06897.7789312 **66976 Rodalben** Ing. Markus Baumgart, Ringstr. 34, T. 06331.140600 **67146 Deidesheim** Dipl.-Ing. Wolfgang Müller (TH), Ingenieurbüro Solartechnik und Energieberatung, Kirschgartenstr. 13, T. 06326.962996

LEITZONE 70000

72074 Tübingen SDU Architekten, Sigel Dubbers Unger, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Eichhaldenstr. 33, T. 07071.8884118 **74523 Schwäbisch-Hall** Dipl.-Ing. Gerhard Wiederholl, Bretzinger Steige 11, T. 0791.41240 **74589 Satteldorf**

ebp-postner, Dipl.-Ing. Manfred Postner, Hackwiesenweg 28, T. 07951.961539 **76189 Karlsruhe** Martin Lazar, freier Architekt-Energieberatung, Salmenstr. 22, T. 0721.377896 **76227 Karlsruhe** Hinrich Reyelts, Dipl.-Ing. Architekt, Strahlerweg 117, T. 0721.9415868 **78120 Furtwangen** Ingenieurbüro A. Schwarz, Vogt-Dufner-Str. 29, T. 07723.7040 **78224 Singen** Dipl.-Ing. Rainer Behn, Solar und Haustechnik, Hörstr. 7, T. 07731.795080 **79541 Lörrach** Delzer-Kybernetik GmbH, Tüllinger Str. 90, T. 07621.95770

LEITZONE 80000

82229 Seefeld Dipl.-Ing. W. Klöckner, Ing.-Büro, An den Meisterwiesen 3, T. 08152.7113 **83317 Teisendorf** Josef Eder, Energieberater, Holzfeld 24, T. 08666.986670 **85598 Baldham** INVESTIMO GmbH, Bauing. Wolfgang Huber, Heubergstr. 3, T. 08106.997444 **86152 Augsburg** Planungsbüro Strobel VDI für Haustechnik + Bauphysik, Klinkertorplatz 1, T. 0821.452312 **89520 Heidenheim** Karl Reyher, Knupfwertal 36, T. 07321.64569

LEITZONE 90000

91504 Ansbach IGA, Ing. Gesellschaft Ansbach, Rothenburger Str. 48, T. 0981.4880060 **95447 Bayreuth** Dr. Michael Schmitt, Energent AG, Moritzhöfen 7, T. 0921.50708450 **96450 Coburg** GEKO Gebäude- und Energiekonzepte, Dipl.-Ing. Jörg Wicklein, Am Schießstand 42 B, T. 09561.90290 **96479 Weitrandsdorf** GEKO-Energieberatung, Dipl.-Ing. (FH) Martin Pfränger, Gersbach 3, T. 09561.420644 **97225 Zelligen** H. Endrich, Billinghamer Str. 51, T. 09364.9319 **99096 Erfurt** Dipl.-Ing. Jans Mewes, Ingenieurbüro für TGA, Schillerstr. 6, T. 0361.3452920

Die Liste soll Rat suchenden Verbrauchern bei der Suche nach geeigneten Energie-Beratungsingenieuren helfen | Ohne Anspruch auf Vollständigkeit | Ohne Gewährleistung durch den Bund der Energieverbraucher | Wird vierteljährlich aktualisiert | Alle Berater der Liste sind Mitglied im Bund der Energieverbraucher | Probleme bitte dem Bund der Energieverbraucher mitteilen | Vergleichen Sie die Beratungskosten verschiedener Berater, da es große Unterschiede gibt | Alle Berater beantworten einfache Fragen von Mitgliedern kostenlos | Das RKW, Düsseldorf Str. 40, 65760 Eschborn, Tel. 06196.4 95 28 10, e-mail: tech@rkw.de, versendet kostenlos regionale Beraterlisten.

Eine bundesweite Liste mit Beratern gibt es im Internet unter:

www.bafa.de



Bücher

Mythos Atomkraft – Warum der nukleare Pfad ein Irrweg ist

Mit Beiträgen von Antony Frogatt, Mycle Schneider, Steve Thomas, Otfried Nassauer, Henry D. Sokolowski | Heinrich-Böll-Stiftung | Band 12
Heinrich-Böll-Stiftung Ökologie | www.boell.de | ISBN 978 386 928 0394

Panos Konstantin: Praxisbuch Energiewirtschaft

405 Seiten gebunden | Oktober 2006 | 1. Auflage | Springer-Verlag
ISBN 978 354 035 3775 | 99,95 Euro

DIN V 18599 – Energetische Bewertung von Gebäuden:

Praktisches Vorgehen Hörbuch von Lutz Dorsch von Beuth | Audio CD
Juli 2011 | ISBN 978 341 017 5209 | 38,00 Euro

Invisible Oil | Von Ernst Logar von Springer | Wien

Broschiert | 1. Mai 2011 | ISBN 978 370 910 4606 | 29,13 Euro

Öko: Lebe wild und emissionsfrei! Von Peter Unfried | Dumont Buchverlag GmbH | Broschiert | April 2011 | ISBN 978 383 216 1613 | 8,99 Euro

Kamine und Kachelöfen: Energiesparende Ausführungen:

traditionell und modern Von Kurt Jeni von Blottner | Gebundene Ausgabe | Februar 2011 | ISBN 978 382 891 7699

Altbauten sanieren – Energie sparen: Durch Sanierung zum Niedrigenergiehaus

Von Doris Haas-Arndt und Fred Ranft | Fraunhofer Irb Verlag | Broschiert | 15. Dezember 2010 | 978 381 678 3619 | 24,80 Euro

Wasser, Strom & Straßenbahn: Die öffentlichen Unternehmen

aus linker Sicht Von Steffen Bockhahn und Katharina Weise von Vsa Broschiert | Dezember 2010 | ISBN 978 389 965 3700 | 7,50 Euro

Eine solare Welt: Der SolarWorld Chef über die Zukunft unserer

Energieversorgung Von Frank H. Asbeck | Kiepenheuer & Witsch Verlag | August 2009 | ISBN 978 346 204 0807 | 14,95 Euro

Mülltrenner, Müsliesser & Klimaschützer: Wir Deutschen und unsere

Umwelt Von Volker Quaschnig | Hanser Wirtschaft | gebundene Ausgabe | September 2010 | ISBN 978 344 642 2612 | 14,90 Euro

Veranstaltungen

Lehrgang Nachhaltiges Bauen mit natürlichen Baustoffen

13. Januar 2011, Kassel
Zentrum für Umweltbewusstes Bauen e. V.,
Verein an der Universität Kassel,
www.zub-kassel.de, Tel. 0561 8043189

1st Inverter and PV System Technology Forum

24. – 25. Januar 2011, Berlin
Solarpraxis AG, www.solarpraxis.de, Tel. 030 72629630

Messe TerraTec 2011

25. – 27. Januar 2011, Leipzig
Leipziger Messe GmbH

31. Messe Haus & Energie

27. – 30. Januar 2011, Sindelfingen

E-world energy & water 2011

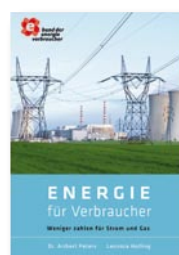
8. – 10. Februar 2011, Essen

26. Symposium Photovoltaische Solarenergie

2. – 4. März 2011, Bad Staffelstein
OTTI, Bereich Erneuerbare Energien,
www.otti.de, Tel. 0941 2968820

Europäische Pelletskonferenz 2011

2. – 3. März 2011, Wels (Österreich)
Oberösterreichischer Energiesparverband, Linz (Österreich)
www.wsed.at, Tel. 0043 732772014386



Mitglieder sparen bei Handbuch-Bestellung

„Energie für Verbraucher – Weniger zahlen für Strom und Gas“:
Seit Juli ist das erste Buch von Dr. Aribert Peters und Leonora Holling auf dem Markt.

Es gibt einen verständlichen Überblick über den Energiemarkt und enthält zahlreiche Tipps, um Strom- und Gasrechnung erfolgreich zu drosseln. Vereinsmitglieder erhalten es zum Sonderpreis von nur 14 Euro (zzgl. 2 Euro Versand) statt 18,50 Ladenpreis. Die Bestellung erfolgt per Post beim Verein oder Internet: http://www.energieverbraucher.de/seite_2672.htm

Shine baby shine!

»Solarenergie ist das Öl des 21. Jahrhunderts – nur sauber. Mit SolarWorld mache ich meinen eigenen Strom.*«



Seien Sie smart und machen Sie's wie Larry Hagman – setzen Sie auf Solarstrom als unabhängige Energiequelle. Für eine saubere, sichere Zukunft. SolarWorld bietet Ihnen eine Fülle cleverer Solarstromlösungen, damit Sie in Zukunft Ihren Strom selbst erzeugen können. Das wird vom Gesetzgeber belohnt – mit der für 20 Jahre gesicherten Vergütung und der gezielten Förderung für solaren Eigenstrom. Informieren Sie sich!
www.solarworld.de



Mit uns wird Sonne Strom.

*Schauspieler Larry Hagman, Ölbaron aus der weltbekannten 80er-Jahre-Serie „Dallas“, besitzt eine der größten, privaten Solarstromanlagen der USA mit einer Gesamtleistung von über 100 kWp.